Nummer des Abonnements | bezahlt bis ID–Nummer | Exemplare

Bei Nichtaushändigung an den Gefangenen bitte mit dem Grund der Nichtaushändigung an Absender zurückschicken.

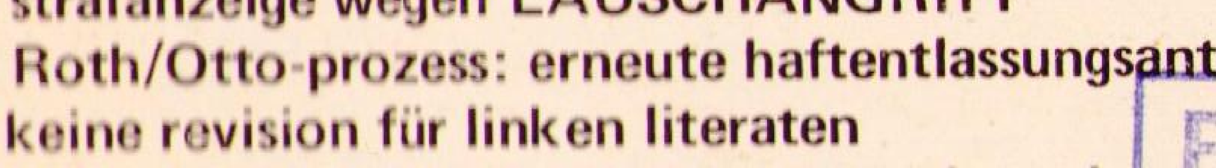
Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX
Informations Dienst
Postfach 90 03 43 6 Ffm 90

Dies hier ist die Nummer 183

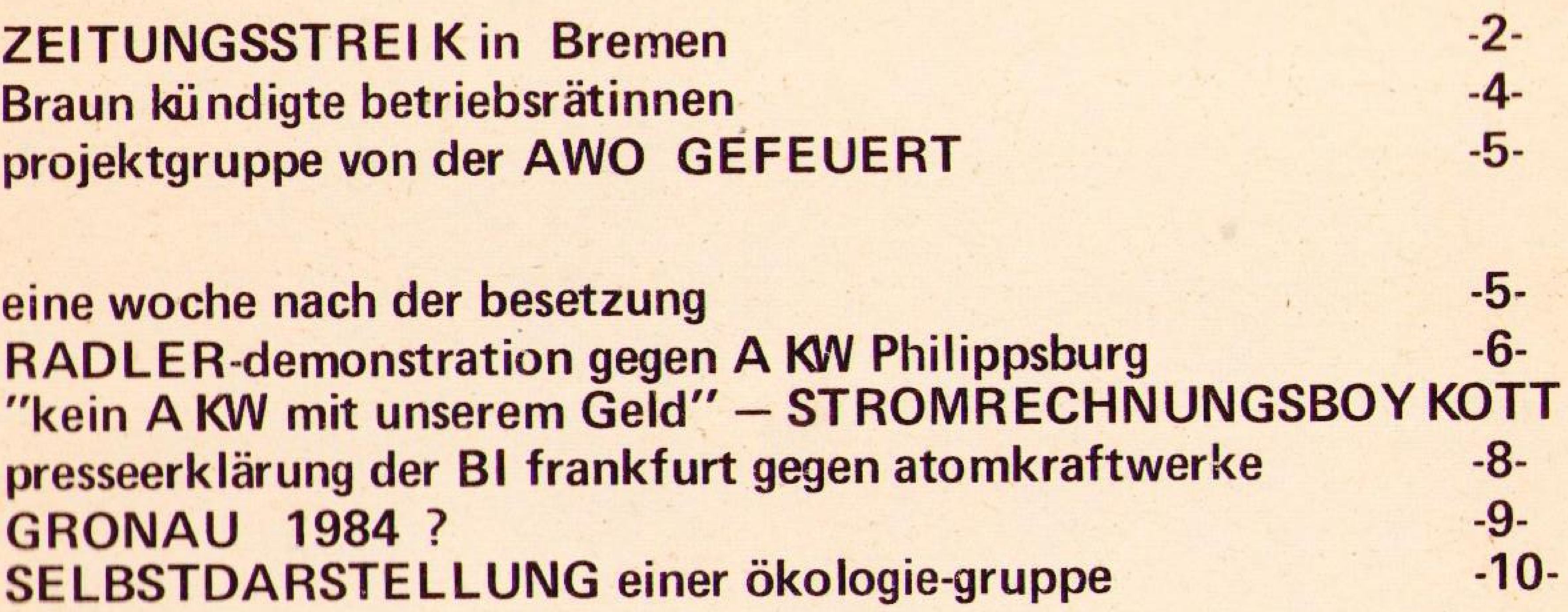


Achtung, liebe Abonennten!
Wenn auf dem Adressaufkleber das Zeichen !? ! auftaucht, bitte baldigst Geld auf das ID–Konto überweisen–sonst meinen wir, ihr wollt keinen ID mehr
UND STELLEN DIE LIEFERUNG EIN !? !

POSTEINLIEFERUNG DES ID VON LETZTER WOCHE: DONNERSTAG (!) 15. 6.



San Francisco, CA.
Übers.: z.Zt. JVA Krümmede 3, D-4630 Bochum, in Totalisolation („Maximum Row ...“), p.p.zahl



HERAUSGEBER:
Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90
Verantwortlicher Redakteur:
Peter Michael Borch



Informations-Dienst

zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

ERSCHEINT WÖCHENTLICH Nr. 183 25. Juni 1977
Redaktionsschluß : Donnerstag 16 Uhr

D 1870 CX

frankfurter informationsdienst e.V.
hamburger allee 45
6000 frankfurt 90
tel. 0611/70 43 52

postadresse:
postfach 90 03 43
6000 frankfurt 90

Seite 1: *"blätter"–krieg geht weiter/harte drogen in West-Berlin/neues vom Bilderdienst/ katastrophenschutzplan KKW Fessenheim veröffentlicht/Kirche in opposition/Portugal - ein politischer reiseführer/briefträger wird "beamter auf lebenszeit"/fachhochschule: gegen repression in der BRD*

BETRIEB

bremen	ZEITUNGSSTREIK in Bremen	-2-
frankfurt	Braun kündigte betriebsrätinnen	-4-
giessen	projektgruppe von der AWO GEFEUERT	-5-

ÖKOLOGIE

grohnde	eine woche nach der besetzung	-5-
philippsburg	RADLER-demonstration gegen A KW Philippsburg	-6-
hamburg	"kein A KW mit unserem Geld" – STROMRECHNUNGSBOYKOTT	-7-
frankfurt	presseerklärung der BI frankfurt gegen atomkraftwerke	-8-
gronau	GRONAU 1984 ?	-9-
gengenbach	SELBSTDARSTELLUNG einer ökologie-gruppe	-10-

KNAST UND REPRESSION

stammheim	Verena Becker wird ZWANGSERNÄHRT	-10-
frankfurt	staatsanwalt plädiert im Jarowoy/Reimers-prozess	-11-
frankfurt	LOG polizeipräsident Müller? – gericht sagt nein......	-12-
hamburg	erste unzensierte knastzeitung in Fuhlsbüttel	-12-
westberlin	strafanzeige wegen LAUSCHANGRIFF	-12-
köln	Roth/Otto-prozess: erneute haftentlassungsanträge	-12-
hann. münden	keine revision für linken literaten	-13-

KONTAKTZENTREN

2000 hamburg
hälfte des himmels
schlüterstr.79
tel. 040/4104262

4630 bochum
politischer buchladen
im westenfeld
tel.0234/702336

5000 köln
der andere buchladen
zülpicherstr.197
0221/420214

7400 tübingen
aktion pol. buchladen
nauklerstr.20
tel.07071/23393

„BLÄTTER"– KRIEG GEHT WEITER

BIELEFELD
Juni 77

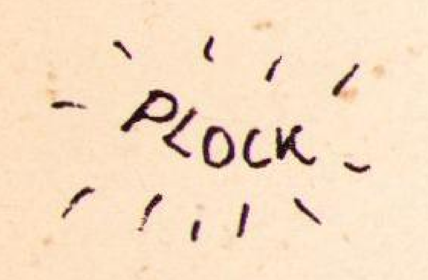
Nachdem die Nr. 288 der Bielefelder Jugendzeitung „Blätter" wegen ihrer Berichterstattung über örtliche Polizeiaktionen mit Auslieferungsverbot belegt worden war (ID 181), haben sich jetzt noch einmal vierzehn Redakteure und Mitglieder zu Wort gemeldet, die hinter den Beiträgen in der zensierten Ausgabe stehen. Sie verteilten ein Flugblatt und bitten um solidarische Unterstützung gegen die Einschränkung der Meinungsfreiheit.

Wer sich dem Protest anschließen will, kann sich an S. Müller, Fr.-Schultz-Str. 82, Bielefeld 1, wenden. Der Protest gegen das Auslieferungsverbot ist außerdem zu richten an den Vorstand des Vereins für Jugendbildung und Freizeithilfen e.V., Ravensberger Str. 12, 4800 Bielefeld 1.

HARTE DROGEN IN WEST-BERLIN

BERLIN
Juni 1977

Eine Informationsbroschüre „Harte Drogen in West-Berlin" ist jetzt erschienen. Das Material wurde von fünf Beratungs- und Kontaktstellen zusammengestellt. Es ist breit gefächert und umfaßt die Entwicklung der Drogenscene in West-Berlin, die mangelhafte Senatspolitik auf dem Drogensektor, Situationsberichte, Dokumentationen und Interviews mit jugendlichen Drogenabhängigen. Die Broschüre kostet 3,-- DM und kann bei der **Drogenberatung Gropiusstadt, Haus der Mitte, Lipschitzallee 50, 1000 Berlin 47,** Tel. 030 / 603 40 21 bestellt werden.





NEUES VOM BILDERDIENST

In der Vergangenheit haben wir ab und an Fotos verschickt, die relativ mies waren, weil sie ziemlich klein waren, auf schlechtem Papier oder u.U. nicht ganz das von den Bestellern gewünschte waren. Wir haben dann trotzdem um soundsoviel Mark gebeten, wenn die Bilder für den Zweck ausreichen sollten.
Wer jetzt also Scheiß–Bilder gekriegt hat und auch noch zahlen mußte, der soll bitte sein Geld zurückfordern, oder, was uns lieber wäre, es als freundliche Spende an den Bilderdienst auffassen. Vielen Dank.

Wer hat Fotos von Unglücken in Zusammenhang mit Kernenergie, sowohl Kernkraftwerken als auch Radioaktivität ? Wer kann uns ein paar Fotos von den Kämpfen bei Wyhl oder anderen, länger zurückliegenden KKW-Kämpfen schicken? Wir können auch ein paar Fotos von laufenden KKWs gebrauchen (wir haben nur Biblis). Nach diesen Arten von Fotos kamen in der letzten Zeit Anfragen.

Neue Bilder im Bilderdienst:

– Bilder vom Faschistentreff in Frankfurt
– Karikaturen über Repression an der Uni vom Didi aus Köln
– Bilder vom Prozeß gegen den gefeuerten Betriebsrat Bruno Belawa (Bericht folgt im nächsten ID)
– Bilder von Pfingsten in der Asse (Windmühle u.a.)

Postscheckkonto Bilderdienst: PSchKto Gerd Kever, Frankfurt Nr. 36o 811–608
Preise: 5.– DM Porto und Versand plus 1.– DM pro Bild. Sonderwünsche siehe ID 175.

KATASTROPHENSCHUTZPLAN FÜR DIE UMGEBUNG DES KKW FESSENHEIM VERÖFFENTLICHT

FREIBURG
15. Juni

In Freiburg wurde der geheime 'Besondere Katastrophenschutzplan für die Deutsche Umgebung des Kernkraftwerkes Fessenheim/Elsaß' entwendet (ID 169) und ist nun (mit Kommentaren) erhältlich bei: AK Umweltschutz, Wilhelmstr. 15, 7800 Freiburg (Konto: Nr. 200 68 13, Öffentliche Sparkasse, Freiburg i. Br.).
Es kosten ab 5 Exemplare pro Broschüre 1,– DM plus 2,–DM Porto.



KIRCHE IN OPPOSITION

KÖLN
22. Juni

Die Brasilien-Koordinationsgruppe von amnesty international hat eine Dokumentation über die Situation der verfolgten Kirche in Brasilien herausgebracht. Die geschichtliche Entwicklung der Kirche von 1964 bis heute, insbesondere ihre Stellungnahme zu Problemen der Landvertreibung, zu Indianerproblemen und zur Arbeitslosigkeit wird in den Artikeln aufgezeigt.
Die Dokumentation ist zu beziehen über:
Amnesty international, Brasilien-Koordinationsgruppe, Bergisch-Gladbacher Str. 1141, 5 Köln 80

PORTUGAL – EIN POLITISCHER REISEFÜHRER

Für alle, deren Interesse an Portugal über das reine Urlaubsinteresse hinausgeht, gibt es jetzt einen Reiseführer, der viele Tips und Verhaltensempfehlungen und viele Adressen, vor allem von Communen und Cooperativen, enthält. Autoren sind eine Gruppe Portugal–Reisender und einige Mitglieder der Portugal–Gruppe in der Frankfurter Gesundheitsgruppe.
Portugal – ein politischer Reiseführer, Autorenkollektiv, Juni 1977, 176 Seiten, Verlag Jugend und Politik, Hamburger Allee 49, 6 Frankfurt 90, 8.– . Tel: 0611/779010. Auslieferung an den Buchhandel über PROLIT–Vertrieb, Dammstr. 11, 63 Gießen.

BRIEFTRÄGER WIRD „BEAMTER AUF LEBENSZEIT"

FRANKFURT
Juni 1977

Der Briefträger Wolfgang Repp, Jugendvertreter, aktiver Gewerkschaftler und DKP-Kandidat sollte nicht Beamter werden dürfen, weil seine Verfassungstreue angezweifelt wurde. Das Hessische Komitee gegen Berufsverbote teilt mit, daß Wolfgang Repp am 16. Juni 1977 vom Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen zum Beamten auf Lebenszeit ernannt worden ist. Für Repp waren 10.000 Unterschriften gesammelt worden. Außerdem hatten sich Politiker und Gewerkschaftler für ihn eingesetzt.

AN DER FACHHOCHSCHULE: GEGEN REPRESSION IN DER BRD

WIESBADEN
23, Juni

Die Basisgruppe der Fachhochschule Wiesbaden macht am Mittwoch, 29. Juni, um 19 Uhr eine Veranstaltung gegen die Repression in der Bundesrepublik in der Aula der Fachhochschule für Gestaltung auf dem Schulberg. Dazu sollen Anwälte vom Stammheimer Prozeß, Leute vom Göttinger AStA, vom Kaiserslautener ASta und vom Internationalen Untersuchungskomitee (Ulrike Meinhof) kommen.

ZEITUNGSSTREIK: SONST WÜRDE MAN SICH ALLES ERSTREIKEN KÖNNEN

BREMEN
23. Juni

Von einem Bremer Journalisten kommt der folgende Bericht über den Zeitungsstreik vom 2. bis 22. Juni:

In der bundesdeutschen Zeitungsgeschichte ist es ein bisher einmaliger Fall: genau drei Wochen lang konnten die lokalen Bremer Abonnements-Zeitungen Weser-Kurier und Bremer Nachrichten, Auflage zusammen rund 230.000, nicht mehr erscheinen, weil sich der Verleger der beiden Blätter, Hermann-Rudolf Meyer (76 Jahre) mit den Belegschaften einen erbitterten Arbeitskampf lieferte. Anlaß für die Auseinandersetzung in dem Zeitungskonzern: der Großverleger hatte bei rund 100 Angestellten und Redakteuren in einem Willkürakt die tariflich vereinbarte Gehaltserhöhung von 6,6 % auf die übertariflichen Zulagen angerechnet — selbstredend in unterschiedlicher Höhe, um von vornherein einen Keil in die Belegschaft zu treiben. Dem einen wurden 30,-- DM, dem anderen 120,-- DM gekürzt. Aber der Bremer Pressezar, seit 1974 Herr über beide Zeitungen, hatte sich getäuscht. Wenngleich er diesmal seinen Hebel an der vermeintlich schwächsten Stelle ansetzte — der gewerkschaftliche Organisationsgrad ist bei den Angestellten am niedrigsten —, stieß er doch auf den solidarischen Widerstand aller Beschäftigten. Für die gewerblichen Arbeitnehmer aus dem technischen Bereich war es eine Selbstverständlichkeit, den Angestellten den Rücken zu stärken. Schließlich hatten sie nach dem Druckerstreik im vergangenen Jahr das gleiche miese Spiel erlebt. Damals wollte Meyer den Druckern und Setzern die Zulagen kürzen und mußte nach ein paar Tagen Produktionsausfall nachgeben (siehe ID 127).

In diesem Jahr hatte sich der Verlagsboß offensichtlich zu unnachgiebiger Härte entschlossen. Den Protest der Belegschaft in einer Betriebsversammlung und die nicht sofortige Arbeitsaufnahme danach beantwortete er kurzerhand mit einer dreitägigen Aussperrung. Gleichzeitig stieß er die Drohung aus, er könne ja auch beide Zeitungen ganz dicht machen. In seinen Briefen an die Belegschaftsmitglieder und seinen Flugblättern an die Bremer Öffentlichkeit ließ der Verleger keinen Zweifel daran, daß es ihm in erster Linie gar nicht um die Zulagen ging, sondern um die Durchsetzung des Herr-im-Hause-Standpunkts. Schließlich hätte er die Zulage von dem Geld, das ihm durch den Ausfall von 18 Ausgaben verloren ging, über Jahre, wenn nicht gar Jahrzehnte hinaus zahlen können. Meyer ging es vielmehr um die Demonstration seiner unternehmerischen Macht. „Denn sonst", so ließ er die Bremer wissen, „würde man sich künftig alles erstreiken wollen und schließlich eine ordnungsgemäße Betriebsführung zunichte machen." Im Laufe der Auseinandersetzungen verrannte sich der Unternehmer immer weiter. Erst lehnte er von der IG Druck und Papier angebotene Verhandlungen rundweg ab, dann ließ er den als Vermittler eingesetzten Bremer Bürgermeister Hans Koschnick abblitzen; schließlich forderte er die Kollegen auf, sie sollten doch kündigen, wenn es ihnen bei ihm nicht gefalle. „Wer nicht geht, will damit doch wohl sagen, daß er weiß, anderswo nichts besseres zu finden", erklärte er zynisch in einem Brief an die Mitarbeiter.

Immer wieder bombardierte er die Öffentlichkeit mit der Behauptung, es gehe in diesem Konflikt um die Pressefreiheit. Durch solches Gebaren unterstützte der Verleger freilich nur die breite Solidarisierungskampagne für die streikenden Kollegen. Denn was Meyer unter Pressefreiheit versteht, hat sich inzwischen in Bremen herumgesprochen. Schließlich war er es, der durch Dumpingpreise die traditionellen „Bremer Nachrichten" kaputtmachte und vereinnahmte und mehrere kleine Zeitungen im Bremer Umland schluckte. Schließlich ist er es, der die Redaktionsleiter seiner Zeitungen dazu verdonnerte, jeweils genau abzusprechen, welche Nachrichten in Bremen gedruckt und welche unterdrückt werden (z. B. erfuhren die Leser nichts über die Unruhen bei den Fahrpreiserhöhungen!). Schließlich ist es Meyer, der engagierte Journalisten, die es wagen, sich für die Kollegen einzusetzen, oder die nicht genügend Rücksicht auf Anzeigenkunden nehmen, rausschmeißt oder mit Schreibverbot belegt. Nicht von ungefähr lehnte der Bremer CDU-Fraktionschef Bernd Neumann eine Stellungnahme zu dem Arbeitskampf ab. Seine Begründung: „Wenn ich mich mit Meyer anlege, verbietet der, daß über meine Pressekonferenzen berichtet wird. Der kriegt das fertig. Sowas wäre auch nicht das erste Mal."

Auch mit seinen Hinweisen auf die angeblich von ihm gezahlten Spitzenlöhne konnte der Verleger die Öffentlichkeit nicht gegen die Streikenden mobilisieren. Ein Betrieb, in dem kranke Kollegen entlassen werden, in dem ein Selbstmordversuch als Arbeitsverweigerung gewertet wird, in dem gesetzlich vorgeschriebene Sicherheitskleidung nicht gewährt wird, läßt sich schlecht als sozial verkaufen.

Was die streikenden Kollegen in diesen drei Wochen an Erfahrungen sammelten, kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Da wurden Kollegen, die Angst hatten, in verständnisvoller und solidarischer Form mit Argumenten davon überzeugt, warum sie nicht in die Betriebe gehen sollten. Da lernten gerade Angestellte, die bislang oft nicht einmal gewußt hatten, was eine Gewerkschaft ist oder aber allein bei dem Wort schon die Nase gerümpft hatten, zum ersten Mal, was Solidarität heißt. Da schlossen sich die Frauen der Streikenden, nachdem sie erst durch gezielte Einschüchterung von der Verlagsleitung unter Druck gesetzt worden waren, schließlich umso massiver zusammen und unterstützten ihre streikenden Männer gemeinsam. Da wurde jedem Kollegen klar, was er von seinen Kollegen am Arbeitsplatz zu erwarten hat.

Diese Erfahrungen werden eine wichtige Hilfe sein, wenn es demnächst in den Zeitungshäusern darum geht, Entlassungen wegen Rationalisierung zu verhindern. Und sie können auch Lehrbeispiel für die Kollegen in anderen Betrieben sein. Denn trotz aller Besonderheiten handelte es sich in diesem Konflikt nicht nur um einen Fall Meyer, sondern um eine Auseinandersetzung zwischen Arbeit und Kapital.

Dennoch: der materielle Erfolg des Arbeitskampfes ist zweifelsohne nicht optimal. Mit einer knappen Mehrheit von 175 gegen 135 Stimmen wurde schließlich ein Kompromiß angenommen, der von Vertretern der Belegschaft und der Industriegewerkschaft Druck und Papier mit Meyer ausgehandelt worden war. Inhalt: Über dir Rücknahme jeder einzelnen Zulagenkürzung muß mit dem Betriebsrat verhandelt werden. Die dann gezahlten Zulagen werden festgeschrieben und können nicht mehr zurückgenommen werden. Wer die ausgefallenen Arbeitstage zu zahlen hat, ist noch nicht geklärt. Das soll von den Gerichten entschieden werden und kann sich über Jahre hinziehen. Es ist müßig, darüber zu streiten, ob dieser Kompromiß ein Erfolg oder eine Niederlage ist. „Wenn wir länger durchgehalten hätten, hätten wir auch mehr erreicht", meinte einer der Beschäftigten. Sicher richtig — aber die Existenzbedrohung durch einen zu allem entschlossenen Unternehmer war vielen zu groß geworden, trotz Solidaritätsspenden von annähernd 100.000,-- DM.

Ein Handikap war ganz sicher die Rolle der Gewerkschaftsorganisation und ihrer Funktionäre, die sich aus rechtlichen Gründen (Friedenspflicht) zu nicht mehr als verbalen Solidaritätsbekundungen herbeiließen.

Hier sind ein paar Dokumente aus dem Streik:

Geschäftsleitung Weser-Kurier an die Belegschaft, 6. Juni:

Nach offizieller Beendigung der am 2. 6. 1977 von 15.00 bis 17.00 Uhr abgehaltenen Betriebsversammlung hat der

Vorsitzende des Betriebsrates, Herr Ferdinand Kammering, alle Mitarbeiter aufgefordert, sofort die Arbeitsplätze wieder aufzusuchen und die Arbeit wieder aufzunehmen. Der größte Teil der Versammlungsteilnehmer hat sich stattdessen in den Pausenraum des Pressehauses begeben und hat trotz der Aufforderung des Betriebsratsvorsitzenden und einer nochmaligen Aufforderung durch die Geschäftsleitung die Arbeit weiterhin verweigert. Nachdem bis um 19.00 Uhr die Arbeit noch nicht wieder aufgenommen worden war und damit ein Zeitpunkt erreicht war, zu dem die ordnungsgemäße Herstellung der nächsten Zeitungsausgaben nicht mehr möglich war, hat die Geschäftsleitung die streikenden Mitarbeiter (knapp 15 % der Gesamtbelegschaft, vornehmlich gewerbliche Mitarbeiter der Satzherstellung und einige Redakteure) bis zum Beginn der Frühschicht am Montag, dem 6. 6. 1977, ausgesperrt. Die verhängte befristete Aussperrung hat sich nicht gegen Arbeitswillige gerichtet, vielmehr sind Arbeitswillige von Streikenden am Zutritt zum Betrieb rechtswidrig gehindert worden.

Belegschaft Weser-Kurier und Bremer Nachrichten an die Bremer, 8. Juni

Liebe Bremer,

noch immer müssen Sie auf Ihre Zeitung verzichten: Großverleger Meyer hat gestern verbindlich vereinbarte Schlichtungsverhandlungen mit der Delegation der IG Druck und Papier platzen lassen. Uneinsichtig und selbstherrlich beharrte er stattdessen auf seiner Forderung, wir müßten die Arbeit bedingungslos wieder aufnehmen. . . .

Glaubt man den wilden Drohungen des Verlegers, dann schreckt er sogar vor einer Politik der verbrannten Erde nicht zurück, um die Belegschaft in die Knie zu zwingen. Originalton Meyer: „Ich gehe bis zur Einstellung beider Zeitungen." Das ist ein Skandal! Schon jetzt hat Bremens Großverleger durch seine Halsstarrigkeit der Firma Einnahmeverluste in einer Größenordnung zugefügt, die ausgereicht hätten, die Zulagen über Jahre hinaus zu bezahlen. Meyer sollte sich klar darüber werden, daß er auf dem besten Wege ist, Leser und Kunden gegen sich aufzubringen.

Wir, die Belegschaft, haben diesen Konflikt nicht verschuldet. Und wir wollen und können schon gar nicht wie geprügelte Hunde in den Betrieb zurückkehren. Die IG Druck und Papier hält sich nach wie vor zu Verhandlungen bereit.
Wir bitten Sie, liebe Bremer, um Ihr Verständnis und Ihre Unterstützung.

Aus einer Belegschaftsversammlung am 8. Juni:

"DASS DU ANGST HAST, KANN ICH VERSTEHN"

Auf einer Belegschaftsversammlung meldete sich ein Kollege zu Wort, der morgens versucht hatte, die Arbeit wieder aufzunehmen und von seinen Kollegen daran gehindert wurde. Mit ausdrücklicher Zustimmung von WK- und BN-Kollegen, die das Vertrauen der Belegschaft haben, veröffentlichte das Bremer Blatt Ausschnitte aus der Diskussion.

Kollege A:
Ich möchte hier einen Standpunkt vertreten, den ich heute morgen vorm Betriebstor des Weser-Kurier durchsetzen wollte. Ich habe die Absicht, die Arbeit aufzunehmen. Ich habe heute morgen versucht, in die Firma reinzukommen, da bin ich von den Kollegen in einer Diskussion aufgehalten worden. Und ich möchte jetzt mal ganz klar sagen, daß aus den Veröffentlichungen des Rundfunks für mich eindeutig hervorgeht, daß die Gewerkschaft, auch der Betriebsrat, der es ja auch nicht kann aufgrund der Friedenspflicht, diesen Streik mehr unterstützen können. Es hat auch keine Gespräche gegeben, es ist eine Verhärtung der Standpunkte eingetreten und wir können natürlich nun hier nicht sitzen und abwarten, was da geschieht, wir müssen zumindestens unsere Taktik besprechen, was wir tun. Ich tur meinen Teil, ich kann natürlich nicht den langen Atem haben, den der Verleger Meyer aufweist. . . . Und deshalb möchte ich hier klar sagen, daß ich die Arbeit wieder aufnehmen möchte. Ich möchte aber auch von den Kollegen hören, wie sie dazu stehen. . . .

Kollege B:
Kollege, ich bin Dir dankbar, daß Du heute morgen hierher gekommen bist und Dich hier mitgeteilt hast. (Beifall) Ich finde so sollte eine solidarische und kollegiale Kritik und Selbstkritik hier erfolgen. Wir haben heute morgen vor den Toren und auch gestern abend vor den Toren einige Pannen gehabt. Ich habe vorhin mal darauf hingewiesen, daß einige Kollegen vielleicht in der Emotionalität und auch im Streß mehr oder weniger auch ein paar Worte brauchen, die wahrscheinlich die Eskalation eher betreiben, als daß hier eine rationale Diskussion geführt wird. Ich habe dies heute morgen miterlebt, habe den Kollegen beiseite genommen und mit ihm diskutiert. Ich meine, daß die Tatsache, daß der Kollege hierher gekommen ist, nicht hoch genug gewertet werden kann. Der Kollege hat hat heute morgen schon gefagt, daß er in den Betrieb reingeht. Wir haben versucht, mit verschiedenen Kollegen ihm unseren klarzumachen. Daß dies mit einigen Worten vielleicht nicht richtig geschehen ist, und die Kollegen sich vielleicht nicht überlegt haben, wie man auf einen Kollegen, der im Moment ein bißchen unsicher ist, aus welchen Gründen auch immer, am besten argumentativ eingeht, soll uns allen ein warnendes Beispiel sein, daß wir doch versuchen, uns so sachlich wie möglich zu fassen, wenn wir mit Kollegen diskutieren, die im Moment meinen, in den Betrieb reingehen zu müssen. . . . Kollege, zu Dir selber noch. Ich meine, Dein Begehren, jetzt die Arbeit wieder aufzunehmen, wird von der Mehrheit der hier Anwesenden nicht getragen. Dies ist ein Fakt. Der zweite Fakt ist, daß Deine Unsicherheit, die daraus resultiert, daß Du sagst, wir haben den langen Atem nicht, den der Meyer hat, daß die einfach aus Unkenntnis dessen geschieht, was nun sozusagen im wirtschaftlichen Bereich von Unternehmen – wie es der WK ist – geschieht. Der WK ist ein Unternehmen wie jedes andere auch, die einen stellen Marmelade her, die anderen Stahl, der WK stellt in diesem Fall Zeitungen her, macht Meinungen nebenbei, aber verkauft primär Anzeigen, denn damit macht er das Geschäft. Diese Anzeigenverluste haben sich mittlerweile schon auf eine Größenordnung von, sagen wir ruhig 2 Millionen belaufen. Wenn Du meinst, daß sich ein Verlag sowas über längere Zeit leisten kann, dann bin ich der Meinung, daß Du die wirtschaftliche Kraft eines Unternehmens falsch einschätzt . . . . Und auch ein Großverleger Meyer wird sich das kaum leisten können, auch wenn er 'ne Streikkasse hat, wie er sagt. Diese Streikkasse haben wir auch . . . . Die IG Druck und Papier wird auch hier in der Lage sein, unsererseits die Streikkasse, die Meyer sozusagen als Waffe gegen uns einsetzen will, ... hier vorzuweisen. Ansonsten würde ich meinen, gibt es überhaupt keinen Grund, daß wir zum jetzigen Zeitpunkt Schwäche zeigen, ... Die Situation, so wie die Kollegen heute diskutieren vor den Toren und auch hier im Gewerkschaftshaus ist stärker geworden. . . . . Kollege, ich meine dennoch, daß Du gekommen bist, ist ein Beweis dafür, daß Du in Deiner Position nicht ganz so starr bist, denn sonst wärst Du nicht hierher gekommen, mit uns zu diskutieren und ich hoffe, daß wir Dich auch heute noch dahingehend überzeugen können, daß unsere Argumente und unser Verhalten das Richtigere ist, und daß Du Dich uns anschließt.

Kollege C:
Kollege, ich will Dich bitten, nicht in den Betrieb zu gehen, denn es ist doch nach aller Erfahrung so: Wer jetzt reingeht, der würde zeigen, daß er bereit ist, sich Meyer zu unterwerfen und Meyer würde das auch garnicht anders verstehen, Und das bedeutet, daß Meyer bei jeder sich bietenden Gelegenheit, den Kollegen, der diese Bereitschaft sich zu unterwerfen gezeigt hat, dann auch entsprechend durch die Mangel dreht und das ist eine Gefahr für jeden Kollegen, der das macht.

Und dann das zweite, weil der Kollege das angesprochen hatte. Ich meine, man muß das so sehen, daß die Äußerungen der Gewerkschaft prinzipiell nichts anderes sind als Äußerungen, die Betriebsräte machen, wenn sie sich hinstellen und sagen, Kollegen, ihr wißt: Friedenspflicht, wir müssen euch auffordern, an die Arbeit zu gehen. Im Prinzip ist das dieselbe Geschichte, weil die Gewerkschaft auch rechtlich irgendwie gebunden ist und rechtlich angreifbar ist und . . . . eben so eine Pflichtübung absolvieren muß, mehr ist das nicht. Anders kann man das nicht begreifen.

Kollege D:
Ist es nicht so: Probleme, Unsicherheiten, Bedenken, liegen mehr oder weniger doch bei jedem von uns vor, alleine stehst Du doch mit den Dingen nicht, guck mal, wir sitzen doch alle hier, wir haben im Grunde genommen doch die gleichen Probleme. Du hast den Mut gehabt, sie zu sagen, wir versuchen vielleicht, sie zu verdrängen oder reden im kleineren Kreis darüber. . . . Ich hoffe, daß wir Dich überzeugen können. Versteh uns richtig. Falsche Informationen sind noch lange kein Grund, daß man dann sofort handeln muß, wie es im ersten Moment bei Dir vorlag. Hör Dir doch mal die andere Seite an, unsere Seite und wäge dann ab. Unsere Argumente sind doch wahrscheinlich die richtigen. Wenn da so verlogen gearbeitet wird auf der anderen Seite, ich bitte Dich, Kollege, muß man doch nicht gleich alles für bare Münze nehmen!

Kollege, da Du ja so offen gewesen bist und das hier erzählt hast, will ich mich auch zu der Tat hier öffentlich bekennen, die ich getan habe. Ich war der Kollege, der verhindert hat, daß Du in den Betrieb kommst. Ich möchte nochmal betonen, Kollege, wir arbeiten seit Jahren zusammen, ... wir müssen ja hinterher mal wieder in den Betrieb rein und zusammen arbeiten. Daß ich Dich daran gehindert habe, daß Du darein kommst, das habe ich für uns getan, für uns alle, das wollte ich Dir damit nur sagen. . . . . Daß Du Angst hast und so, das verstehe ich alles, ich versteh auch, wenn jemand finanzielle Schwierigkeiten hat, ich versteh das, aber ich habe das für [illegible]ch getan. Du glaubst da jetzt nicht dran, vielleicht kommst Du eines Tages mal zu mir und sagst: Gut, daß Du das gemacht hast. Und wir haben inzwischen ja auch erreicht, daß Du nicht drin bist und daß Du hier bist. Und das ist ja auch schon ganz gut.

Kollege A:
Ich möchte hier nur noch mal sagen, daß es mir im Prinzip gar nicht darum ging, wer mich dran gehindert hat oder wie ich daran gehindert wurde, in den Betrieb zu kommen, sondern mir ging es darum, meinen Standpunkt hier darzustellen. Sonst heißt es, da hat einer so rumgemotzt, hat sich da irgendwie dick gemacht! Ich habe mich auch nirgends reingeschlichen, ich habe das mit den Kollegen besprochen, habe den Kollegen gesagt, warum ich rein möchte. . . . . Und ich möchte das noch mal für jeden sagen: jeder sollte sich immer wieder selbst überlegen: wie muß ich handeln? Ob ich jetzt gemeinsam handle oder einzeln handle, das ist ja 'ne ganz andere Sache, aber jeder sollte nicht nur irgendwie mitlaufen. sondern sich immer wieder prüfen, ob er richtig steht und ob er etwas beitragen kann, das die ganze Lage ändert.

Ich möchte jetzt noch sagen, daß ich meinen Entschluß, in die Firma zu gehen, zurückstelle, weil sich die Situaton mir so darstellt, daß ich diesen Schritt noch mal überdenken muß.

Geschäftsleitung Weser-Kurier an die „Mitarbeiter", 8. Juni

Wer sich am wilden Streik beteiligt, hat mit folgenden Konsequenzen, auf die wir Sie wegen unserer Fürsorgepflicht hinweisen, zu rechnen:

1. Volle Haftung der Streikenden für Produktionsausfall und sonstige Streikschäden. Diese Schadensersatzverpflichtung beschränkt sich nicht auf den von dem einzelnen streikenden Arbeitnehmer verursachten Schaden. Jeder streikende Arbeitnehmer haftet vielmehr für den gesamten durch den Streik entstandenen Schaden.
2. Fristlose Entlassung wegen beharrlicher Arbeitsverweigerung.
3. Keine Bezahlung der Streikzeit, da für die Dauer des Arbeits- der Lohn- und Gehaltsanspruch entfällt.
4. Keine Urlaubsgewährung und kein Urlaubsgeld für den streikenden Arbeitnehmer während der Streikdauer.
5. Keine Arbeitslosenunterstützung.
6. Keine gewerkschaftliche Streikunterstützung.
7. Abmeldung bei der Krankenkasse und demgemäß kein Anspruch auf Krankenkassenleistungen.

Belegschaft an die Leser, 10. Juni

Liebe Leser,

eine erst aunte Öffentlichkeit erfuhr gestern . . . , daß Meyer sein starrsinniges Beharren auf den Gehaltskürzungen als Verteidigung der Pressefreiheit versteht: „Der Ausgang dieses Konflikts wird auch für die Freiheit oder Unfreiheit der Presse von entscheidender Bedeutung sein." Und das aus dem Munde eines Mannes, der in den vergangenen Jahren mit brutalen Geschäftsmethoden die vielgestaltige Zeitungslandschaft in und um Bremen eingeebnet hat.

Dies ist weder den Bürgern noch den großen politischen Parteien entgangen. Gestern stellte der SPD-Landesvorstand, der „die Aussperrung als Mittel des Arbeitskampfes nicht akzeptiert", fest: „Das für die Bürger grundgesetzlich gesicherte Recht auf Information (Art. 5 GG) kann nicht zum Spielball eines Verlegers werden. Die Herausgabe einer Zeitung darf auf keinen Fall zum Privatvergnügen eines reichen Mannes werden."

Noch gestern gingen wieder zahlreiche Solidaritätsbekundungen für die Belegschaft beider Zeitungshäuser ein. So haben Bremer Krankenhausärzte kostenlose Behandlungen für den Fall zugesichert, daß Meyer seine Drohung auf Entzug der Krankenversicherung wahrmachen sollte. Die AOK hat wenig später ihren uneingeschränkten Versicherungsschutz zugesichert. Die Neue Heimat hat sich bereiterklärt, betroffenen Belegschaftsmitgliedern bei finanziellen Schwierigkeiten die Miete zu stunden. Die Bank für Gemeinwirtschaft will mit Sonderkrediten helfen.

Diese Solidaritätsbeweise bestärken uns darin, weiterhin entschlossen für unsere Forderungen einzutreten.

Originalton Meyer:

„Was ich mache, ist Demokratie." — „Meine Gesetze heißen Meyer." — „Wilder Streik ausgebrochen." — Gewalt, Nötigung und Erpressung." — „Abmeldung bei der Krankenkasse." — „Meine Streikkasse reicht für ein halbes Jahr." — „Ich habe die Öffentlichkeit auf meiner Seite."

Öffentliche Meinung:

„Meyer soll abtreten." (dju Bremen) — „Frühkapitalist" (Süddeutsche Zeitung) — „Aussperrung" (Deutsche Journalistenvereinigung) — „Belegschaft bemerkenswert diszipliniert." (Polizeiaussage) — „Sippenhaft und Vernichtung familiärer Existenzen" (IG Druck und Papier, Bremen) — „Verlagshaus Meyer wegen Reichtums geschlossen." (Bremer Bonmot) — „Wer am längeren Hebel sitzt, zieht auch mal den Kürzeren." (Bremer Blatt)

Belegschaft an die Leser, 14. Juni

Wußten Sie schon, daß im Verlagshaus Meyer

— Blumen an den Fenstern verboten sind,

— Schreibtische parallel zu den Wänden stehen müssen,

— die Belegschaft den Aufzug nur aufwärts benutzen darf?

Kontaktadresse:
Bremer Blatt, Kohlhökerstraße 51, 2800 Bremen 1
Telefon 0421 / 32 53 44 oder 7 44 60

BRAUN KÜNDIGTE BETRIEBSRÄTINNEN: SIE HÄTTEN NUR POPULÄRE FORDERUNGEN UNTERSTÜTZT

FRANKFURT 23. Juni

Am 10. Juni kündigte die Firma Braun AG (Frankfurt—Kronberg: Trockenrasierer, Stereogeräte, Haushaltsgeräte) den beiden Betriebsrätinnen Brigitte Heidt und Anna Maria Sehring—Jüsten fristlos und zwar wegen angeblicher schuldhafter und schwerwiegender Pflichtverletzung.

Anlaß war eine persönliche Stellungnahme der beiden, in der sie die Kollegen darüber informierten, daß der Betriebsrat ihre Forderung nach Übersetzungen auf der Betriebsversammlung abgelehnt hatte. In diesem Flugblatt gaben sie auch einige ausländerfeindliche Äußerungen von Betriebsräten wider, zum Beispiel: die Ausländer sollten doch deutsch lernen, und Nationalitätenversammlungen in anderen Betrieben seien total chaotisch abgelaufen; die Ausländer hätten auf Tischen und Stühlen stehend die Internationale gesungen. Die betreffenden Betriebsräte wurden mit Namen genannt.

Einige Stunden nach der Verteilung fand eine Sondersitzung des Betriebsrates statt, in der mehrheitlich beschlossen wurde, einen Ausschluß der beiden aus dem Betriebsrat zu prüfen und möglichst einzuleiten. Natürlich stritten die Betriebsräte ihre ausländerfeindlichen Äußerungen ab bzw. behaupteten, sie seien total aus dem Zusammehang gerissen und von daher falsch. Sie wehrten sich dagegen, als ausländerfeindlich hingestellt zu werden und gaben an, mit den beiden Betriebsrätinnen nicht mehr vertrauensvoll zusammenarbeiten zu können. Einige stellten sogar die Alternative: entweder sie oder ich.

Am Montag den 6. Juni zog der Betriebsrat seinen Ausschlußantrag jedoch wieder zurück mit der offiziellen Begründung: das Verfahren bis zum Urteil sei zu langwierig. Inzwischen hatte es im Betrieb von einigen Kollegen Protest gegen den Ausschlußantrag gegeben. Welchen wirklichen Hintergrund der Rückzug des Betriebsrats aber hatte, wurde eine halbe Woche später klar, als die beiden Kolleginnen die fristlose Entlassung ins Haus geschickt bekamen. Auffälliger konnte die Zusammenarbeit zwischen Betriebsrat und Geschäftsleitung nicht sein.

Daß es hier um mehr geht, als um das besagte Flugblatt, macht eine Stellungnahme der Geschäftlseitung klar, die seit Montag, den 13.6. überall im Betrieb aushängt. Dort wird den beiden Betriebsrätinnen vorgeworfen, sie seien nicht konstruktiv und verantwortungsvoll gewesen (konstruktiv und verantwortungsvoll, für wen eigentlich?), sie hätten nur populäre Forderungen unterstützt und unpopuläre abgelehnt.
Braun sei kein unmenschliches, ausländerfeindliches und daher notwendigerweise zu bekämpfendes Unternehmen. Mit seinem sozialen Leistungen stünde die Braun AG in der Spitzen gruppe der Unternehmen. Dies sei ein Ergebnis der jahrelangen konstruktiven und verantwortungsvollen Zusammenarbeit zwischen Betriebsrat und Unternehmensleitung. (macht hier die Geschäftsleitung für die Betriebsratsmehrheit Wahlpropaganda ?)

Auch wenn die Geschäftsleitung der Braun AG es in ihrer Stellungnahme abstreitet, so geht es doch darum, zwei unbequeme Betriebsrätinnen loszuwerden und über dieses Vorgehen möglichst noch zu erreichen, daß andere kritische Stimmen im Betrieb mundtot gemacht werden.

Inzwischen hat sich eine Gruppe von Kollegen aus mehreren Betrieben gebildet, die die praktische Solidarität mit den beiden Betroffenen angehen will und die außerdem über die in der letzten Zeit verstärkten Angriffe auf linke und fortschrittliche Betriebsräte und Vertrauensleute diskutieren wollen. Diese Gruppe trifft sich freitags, 19 Uhr in „Casa di Cultura", Adalbertstraße. 36 H (interhof). Interessenten sind eingeladen. Solidaritätsadressen für die beiden Kolleginnen können an dieselbe Adresse geschickt werden.

PROJEKTGRUPPE MARGARETENHÜTTE VON DER AWO GEFEUERT

GIESSEN Juni 1977 Ein Hilferuf erreichte den ID aus Gießen. Die Projektgruppe Margaretenhütte, die Obdachlose in einer Siedlung betreut, soll gekündigt werden. Dies teilte ihr der Trägerverband, die Arbeiterwohlfahrt (AWO), die schon des öfteren fortschrittliche Projekte sabotierte, im Mai mit. Vorerst hat die AWO den monatlichen Zuschuß von 15.000 DM auf 10.000 DM gekürzt. Dazu kommt eine Zuschußkürzung vom Hessischen Sozialminister für 1977 (von 70.000 auf 50.000 DM). Damit ist die Arbeit, die Kinderbetreuung, Familienberatung, Arbeitslosenselbsthilfe, Projekte für Jugendliche und Schüler umfaßt, gefährdet. Begründet wird die Kürzung und angedrohte Kündigung mit der 'mangelhaften Buchhaltung' der Projektgruppe. Diese wehrt sich gegen solche Vorwürfe und hat ihre Abrechnungen von einem Steuerberater prüfen lassen, der bestätigt, daß die Vorwürfe aus der Luft gegriffen sind. ('Die Buchungen stimmen mit den Belegen überein und zeigen keinerlei Beanstandungen. . . '). Die Mitarbeiter der Projektgruppe fordern eine Weiterfinanzierung in bisheriger Höhe: 15.000 DM monatlich, und die Zurücknahme der Kündigung zum 31.12.77, d.h. Aufrechterhaltung der Trägerschaft für die Projektgruppe durch die AWO. Um diese Forderungen zu bekräftigen, steht eine Unterschriftenliste zur Verfügung, die an die Projektgruppe gesandt wird, die man aber auch der AWO zukommen lassen kann. Außderdem gibt es am Samstag, 9. Juli, ein Sieldungsfest.

Kontaktadresse: Projektgruppe Margaretenhütte, Margaretenhütte 41, 6300 Gießen.

CHEMIEGEWERKSCHAFTER GEGEN AKWs

HAMBURG 22. Juni *Von Hamburger Chemiekollegen erhielten wir folgende Mitteilung:*

'Liebe Freunde, unsere Bürgerinitiative ist ein Kreis aktiver Gewerkschafter, zum großen Teil Vertrauensleute und Betriebsräte der Chemischen und Mineralölindustrie Hamburgs. Einen Schwerpunkt unserer Arbeit sehen wir darin, die Anti-AKW-Bewegung auf die Betriebe und Gewerkschaften zu verbreitern. Dort müssen wir vor allem der Behauptung der AKW-Befürworter, Atomenergie sichere Arbeitsplätze, entgegentreten. Denn mit der Drohung, der Fall des Atomprogramms führt zum Verlust des Arbeitsplatzes, ist es bisher weitgehend gelungen, breite Teile der Arbeiterschaft vom Widerstand abzuhalten. Langfristig werden wir jedoch das Atomprogramm nicht zu Fall bringen, wenn wir nicht die Unterstützung der Arbeiter und Angestellten gewinnen.
Mit diesem Schreiben möchten wir Euch auf unsere Broschüre **Atomenergie und Arbeitsplätze (DIN A 5, 62 Seiten)** aufmerksam machen. Wir setzen uns faktenreich mit dem Märchen auseinander, Atomenergie sichere Arbeitsplätze und verbinden dies mit einer Darstellung, wie sich die Gewerkschaftsführer zum Atomprogramm verhält und dieses in den Reihen der Mitglieder durchzusetzen versucht. Aus dem Inhalt:
Schaffen oder vernichten AKWs Arbeitsplätze - Schafft die Folgeindustrie Arbeitsplätze - Gewerkschaftführung, Propagandafiliale des Atomenergieprogramms - In den Gewerkschaften Reppression gegen Atomkraftgegner - Widerstand in Betrieb und Gewerkschaft.
Preise: 1-10 Brosch. 2,— DM pro Exemplar + 0,60 Porto
ab10 Brosch. 1,70 DM pro Exemplar + 1,10 Porto
Wir könne aus finanziellen Gründen (äußerst knapp kalkulierter Preis) nur gegen Vorauszahlung liefern und bitten Euch, der Bestellung entweder einen Verrechnungsscheck beizufügen oder das Geld gleichzeitig per Post an unsere Kontaktadresse zu überweisen.

Wir bitten, kritisch zu der Broschüre Stellung zu nehmen und uns Material und Berichte für eine 2. erweiterte Auflage zur Verfügung zu stellen. Soweit es in unseren Kräften steht, sind wir auch bereit, Bürgerinitiativen und andere Gruppen, die zu diesem Thema arbeiten wollen, zu unterstützen, z.B. durch Referenten auf Veranstaltungen.'

Kontaktadresse: R. Trampert, Heinrichstr. 42, 2000 Hamburg 50 Tel. 43 56 43



KÜHLTURMGELÄNDE IN GROHNDE — EINE WOCHE NACH DER BESETZUNG

GROHNDE 20. Juni Am 8. Juni 1977 wurde von allen örtlichen Bürgerinitiativen eine Besetzung des Kühlturmgeländes gegenüber dem stark befestigten KKW-Bauplatz einheitlich unter folgenden Bedingungen beschlossen:

1. eine gewaltlose Durchführung der Platzbesetzung (die Frage der Gewaltlosigkeit ist keine prinzipiell ideologische, sondern eine taktische, weil das Lager militärisch nicht zu halten ist),
2. eine überparteiliche Arbeit auf dem Platz,
3. Platzbesetzung bis zur endgültigen Einstellung aller Bauarbeiten am AKW und Abzug aller Maschinen und Bauarbeiter.



In der Nacht zum 13. Juni haben etwa 30 Menschen überraschend besetzt, da Informationen vorlagen, die befürchten ließen, daß am Morgen mit Bauarbeiten begonnen werden sollte. Im Laufe des Montags wuchs die Zahl der Besetzer auf 400 Menschen. Das erste Freundschaftshaus war am Montag um 16.00 Uhr bewohnbar. Am Nachmittag gingen viele Besetzer über die Dörfer und forderten die Bevölkerung auf, zum besetzten Platz zu kommen und durch Material und Lebensmittelspenden ihre Unterstützung auszudrücken. Überrascht waren wir, daß am Montagabend nicht nur Bewohner der umliegenden Dörfer, sondern auch Arbeiter der AKW-Baustelle kamen und mit uns über die AKW-Problematik diskutierten. Dienstagfrüh war das gespendete Baumaterial und die Werkzeuge so zahlreich, daß wir unser Anti-Atom-Dorf um einen Küchenbau erweitern konnten. Auch Arbeiter „von drüben" halfen mit, eine Wand hochzuziehen. Der strömende Regen verwandelte den Platz in eine Pfütze, viele Leute fuhren ab, wir mußten unsere Arbeit immer wieder unterbrechen. Das Bekanntwerden des vorläufigen Baustops versetzte die übriggebliebenen 70 Besetzer trotz Regen in gute Stimmung. Auf dem Plenum im Freundschaftshaus (das erste Mal fanden alle Platz) analysierten wir bei gespendeter Himbeermilch, Wein, Rum und Gemüsesuppe das Urteil und sahen alles doch realistischer: wenn überhaupt, so wird der Baustop erst in drei Monaten in Kraft treten.

Und die Klagen der Stadt Hameln und des Sportfischerverbandes auf Schutz der Bevölkerung und des Lebens in der Weser wurden abgelehnt. Sinnigerweise darf die Stadt Hameln nicht für ihre Bewohner sprechen, sie darf nur für Straßen und Gebäude sprechen, und die sind angeblich vom AKW nicht betroffen. Lediglich den Klagen der Firma Lohmann (die chemische und pharmazeutische Produkte herstellen) auf Geschäftsschädigung wurden stattgegeben. Diese Firmen würden ihre Produkte ständig mit der radioaktiv verseuchten Abluft des AKWs durchlüften, was auch innerhalb der gesetzlich zugelassenen Grenzwerte zu einer Verseuchung und Wertminderung der erzeugten Produkte führen würde, wie das Gericht bestätigte.

Am Mittwochfrüh auf der Dorfversammlung beschlossen wir, eine Informationsveranstaltung zum Baustop und zu unserer Besetzung in Kirchesen (Nachbarort von Grohnde) vorzubereiten. Des weiteren wurde eine Gruppe gebildet, die die Öffentlichkeitsarbeit verstärkt weiterführt, eine Gruppe, die den Bau des neuen Versammlungshauses begann und eine Gruppe, die die Wasserschäden beseitigte. Diese Gruppe erfuhr unverhoffte Unterstützung eines Raupenfahrers von „drüben", der mal eben innerhalb seiner Arbeitszeit eine Fuhre Kies zum Wegebefestigen ablud. Sach- und Lebensmittelspenden aus der Umgebung sowie beträchtliche Geldspenden aus den umliegenden Städten flossen reichlich.

Am Donnerstag wurde intensiv am Versammlungshaus weitergebaut, die Küche eingeweiht, wieder in die Dörfer gefahren und für die Veranstaltung am Abend eingeladen. Auf der Informationsveranstaltung, zu der leider die Bevölkerung noch nicht so zahlreich erschienen war, wurde über den Prozeß, über die Situation der Firma Lohmann, die Gefahren eines Vergleiches zwischen der Firma Lohmann und der Preag berichtet. Es wurde herausgestrichen, daß mit der Inbetriebnahme des AKWs einige der Arbeitsplätze in der Lebensmittel- und chemischen Industrie in Kirchesen vernichtet würden.

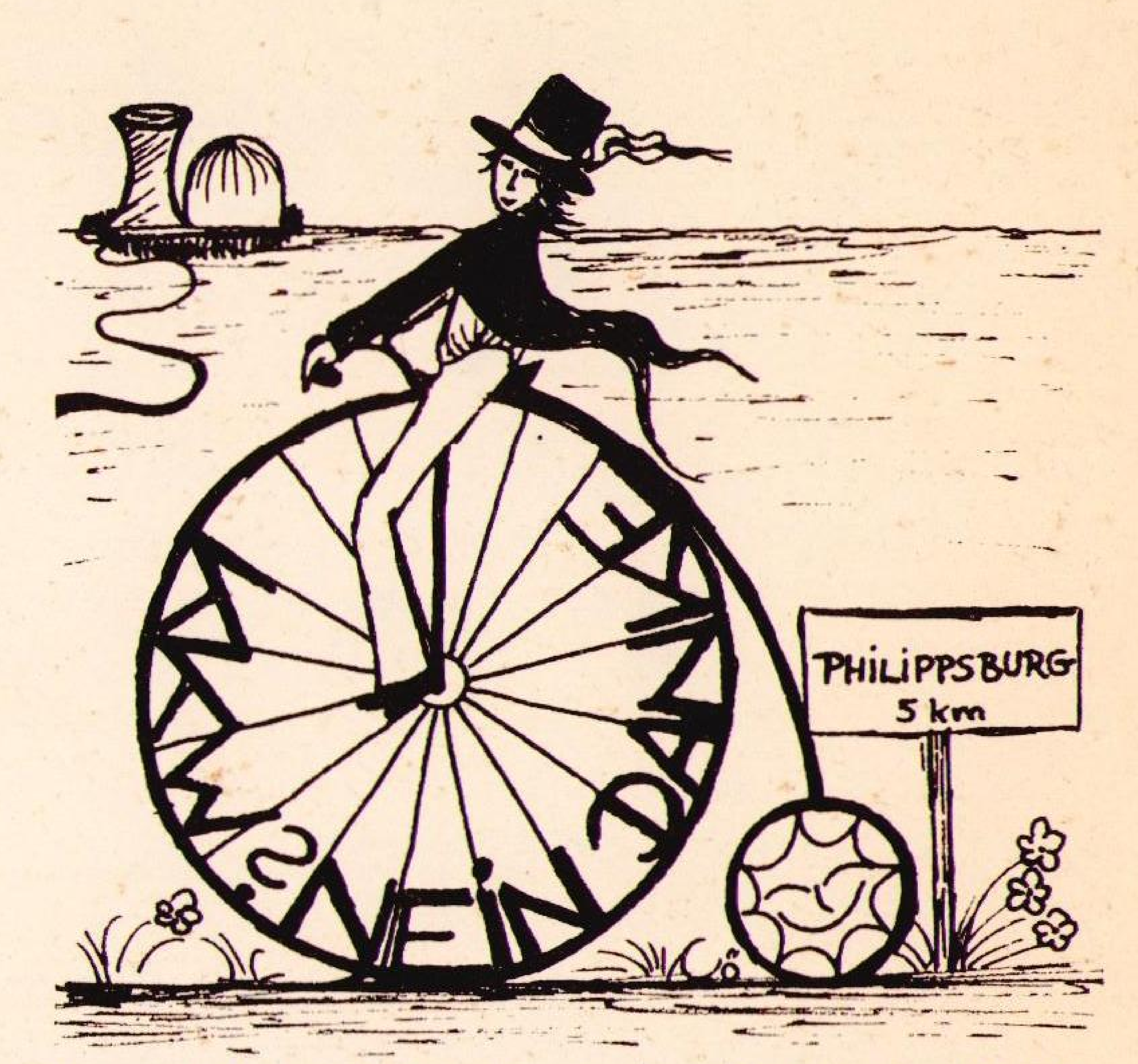
Seit Donnerstagabend kamen ständig neue Leute ins Lager, die uns vor eine völlig neue Situation stellten; bei der Arbeit im Lager (Hausbau, Straßenbau etc.) hat uns das sehr geholfen. Andererseits war die Verbindlichkeit und Eigenverantwortlichkeit, die bisher bei uns allen stark da war, verschwunden. Unsere Prinzipien, keine hierarchischen Organisationsstrukturen zu schaffen und Verantwortlichkeiten nicht an irgendwelche Gremien zu delegieren sowie die Kontinuität und Qualität der Arbeit in den Dörfern wurden durch die Masse der Neuankömmling in Frage gestellt.

Leute, die sich überlegen hierher zu fahren, sollten sich vorher klarmachen, daß dies kein Ferienlager ist, und daß man/frau die Formen studentisch-städterischer-politischer Arbeit ruhig zuhause lassen kann. Da dieses Problem an den kommenden Wochenenden wieder auftreten wird, müssen wir Dauerbesetzer uns jetzt überlegen, was wir hier am Wochenende im Lager für Arbeiten und Aktionen durchführen wollen, um so Frustrationen bei uns allen zu vermeiden. Zur Perspektive des Atomdorfes stellen wir uns vor

1. durch eine langfristige Besetzung den Bau der Kühltürme und damit die Inbetriebnahme des AKWs zu verhindern,
2. eine langfristige Besetzung des Bauplatzes läßt sich nur dadurch erreichen, daß die Bevölkerung die Platzbesetzung aktiv unterstützt und den Platz zu ihrem Platz macht.

Als erste mögliche Schritte stellen wir uns vor gegenseitige Nachbarschaftshilfe und eine Volkshochschule anstelle von Unterschriftensammlungen und Flugblattverteilen. KEINE HIERARCHIEN UND KEINE KAMPFABSTIMMUNGEN! Überlegt's euch und kommt zahlreich, sammelt für das Lager, und sendet Solidaritätsadressen an

Anti-Atom-Dorf an der B 83, 3254 Emmenthal/Grohnde 77
Kontakt: Bürgerinitiative Hameln, Tel. 05151 / 15577
Spendenkonto: Ingrid Tondok, Kreissparkasse Pyrmont, Konto-Nr. 105 006 852



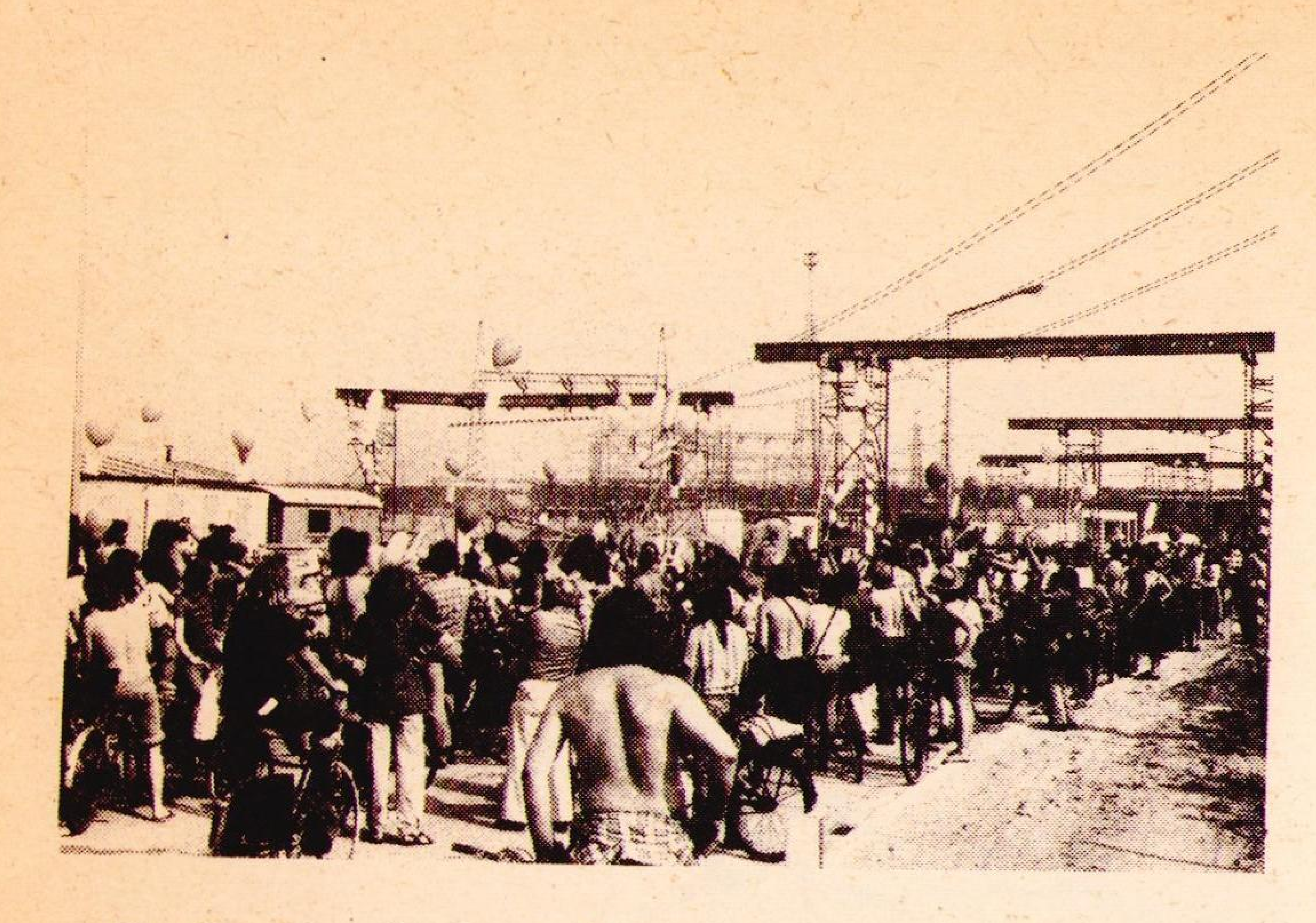
RADLER–DEMONSTRATION GEGEN AKW PHILIPPSBURG

PHILIPPSBURG 19. Juni Die größte Fahrrad-Demonstration, die Philippsburg je erlebt hat, fand am Freitag, den 17. Juni, statt. Anlaß war die angekündigte Inbetriebnahme des 1. Blockes des Kernkraftwerkes Philippsburg und die von der Landesregierung in Aussicht gestellte erste Teilerrichtungsgenehmigung für Block II noch in diesem Sommer, obwohl wichtige Sicherheitsprobleme, wie Atommüllbeseitigung usw. noch nicht geklärt sind.

Um die Mittagszeit fuhren mehr als 300 Radfahrer (aus Heidelberg, Karlsruhe, Philippsburg, Bruchsal, Bretten, Oberhausen, Waghäusel und anderen Orten, ja selbst aus der Pfalz) mit blumen- und informationsbestückten Fahrrädern durch die Strassen Philippsburgs. Mit Sprechchören wie „Atomkraftwerke in Philippsburg – nein danke!" und Songs wie „Deutscher Michel, schläfst Du noch? Spürst Du nicht die Strahlen – radioaktiv?" begann um 14 Uhr die von der Bürgerinitiative Umweltschutz veranstaltete Kundgebung auf dem Meßplatz, die unter dem Motto stand: „Atomenergie stop – in West und Ost!" Zwischen 400 und 500 Teilnehmer waren gekommen.

Der Hauptredner, Karl Meyer, Landwirt und erfolgreicher KKW-Gegner vom Kaiserstuhl („Bei der vorübergehenden Räumung durch die Polizei erhielt auch ich die Segnungen des Wasserwerfers und wurde dadurch ein getaufter Demonstrant"), schilderte in eindrucksvoller Weise den gewaltfreien Widerstand der süddeutschen Bevölkerung gegen das geplante KKW in Whyl, machte aber auch deutlich, daß dies „kein Weg des geringsten Widerstands" sei: „Wer aber den Weg des geringsten Widerstandes geht, der wird am Ende auch der Geringste sein."

Meyer appellierte an die katholische Kirche und die Kommunalpolitiker in Philippsburg, endlich mit den Bürgerinitiativen die Diskussion um die Gefahren der Atomenergie aufzunehmen und mehr Achtung vor dem Andersdenkenden zu zeigen. „Sorgen wir dafür", so meinte der vierzigjährige aktive Christ, „daß unsere Generation nicht von späteren Generationen am meisten verdammt wird, weil heute die Grundlagen gelegt werden sollen, an denen sich spätere Generationen ihre Zähne auszubeißen haben." Die Folgen der Plutoniumswirtschaft seien ungeheuerlich.



Der Sprecher der Bürgerinitiative Umweltschutz in Waghäusel berichtete von den Einschüchterungsversuchen, denen Mitglieder dieser Initiative und Unterzeichner des Sammeleinspruchs ausgesetzt sind (Verweigerung von Sälen, Druck auf die Mitglieder der Initiative, die bis ins Berufsleben hinein reichen usw.). Der Protest gegen den Betrieb von Atomkraftwerken gelte nicht nur für Philippsburg, sondern auch anderswo: „Radioaktivität kennt keine Grenzen", meinte der Redner.

Erst durch die Bürgeraktion Umweltschutz Waghäusel hat die Öffentlichkeit erfahren, daß die Sicherheitsanlagen durch einen 2,5 m hohen Stahlgitterzaun verstärkt werden, der mehrere Millionen DM kostet.

„Der Kampf gegen KKWs ist zugleich auch ein Kampf für die Freiheit", meinte der Sprecher: „An diesem 17. Juni gibt es eine Gemeinsamkeit in beiden Te ilen Deutschlands – die Herrschaft der Technokraten. Angebliche Sachzwänge werden durchgesetzt mit Stacheldraht, Mauern und Wassergräben – hüben wie drüben."

Ein Bild davon konnten sich die Teilnehmer der Fahrrad-Demonstration bei der anschließenden Fahrt auf die Rheinschanzinsel verschaffen.

Vom Dach des Reaktorgebäudes filmten Mitarbeiter der Kernkraftwerk Philippsburg GmbH (KKP) den kilometerlangen Demonstrationszug.

Abschluß des Aktionstages bildete ein massenhafter und bunter Luftballonstart zwischen Kühlturm und Reaktoranlage (s. Foto). Die Anhängsel enthielten die Forderung nach sofortiger Veröffentlichung des Katastrophenschutzplanes, der beim Regierungspräsidium Karlsruhe (Referat VII) unter Verschluß gehalten wird.

Auf der Rückfahrt verteilten einige Fahrradfahrer selbstgefertigte Papiertaschen mit der Aufschrift: „Dies ist der 1. Atommülltransport aus Philippsburg – wohin damit?"

Am Rande der friedlich verlaufenden Demonstration erfuhr die Bürgeraktion Umweltschutz von einem Mitarbeiter der KKP, daß Block I des KKW Philippsburg wegen technischer Pannen und bislang nicht abgeschlossener Sicherheitsprüfungen in diesem Jahr nicht mehr in Betrieb gehen kann. Das ist der Öffentlichkeit von offizieller Seite ebensowenig mitgeteilt worden wie die Tatsache, daß das Innenministerium eine Lade- und Betriebsgenehmigung für Block I nocht nicht erteilt hat.

Kontakt: Bürgeraktion Umweltschutz, Ostendstr. 2, 6833 Waghäusel 1

STROMRECHNUNGSBOYKOTT: „KEIN AKW MIT UNSEREM GELD!"

HAMBURG
11. Juni

Überall in der Bundesrepublik bilden sich gegenwärtig Initiativen, die einen Stromrechnungsboykott gegen die Elektrizitätsversorgungsunternehmen organisieren wollen. Kontaktadressen finden sich am Schluß des folgenden Artikels, der vom Stand und den Erfahrungen des Boykotts in Hamburg berichtet.

Zur Zeit haben wir 225 Bereitschaftserklärunen von der angestrebten Mindestzahl von 1000 Haushalten. D.h., daß bisher so gut 800 Hamburger die Idee unterstützen, da ja nur die Stromzähler gezählt werden, dahinter aber jeweils Familien, WGs, Kneipen usw. stehen. Zwar haben wir die Idee seit 19. Februar 1977 in die Welt gesetzt, die eigentliche Sammlung der Boykottwilligen läuft aber erst seit Anfang April. Der Anfang war mühsam, aber allmählich wachsen die Zahlen, z.B. am 12. Mai noch 123, einen Monat später wie gesagt schon 225. Es wird also noch etwas dauern, bis wir effektiv mit dem Boykott beginnen können, aber man muß auch bedenken, daß z.B. derzeit in ganz Frankreich nicht viel mehr als 1300 Leute die gleiche Aktion „15 % EDF" mitmachen, obwohl dort derartige Aktionen eher schon Tradition haben. Dort werden aber keine Mindestteilnehmerzahlen festgesetzt.

Da die Situation im Hamburger BUU-Plenum zeitweise derart durch Parteienhickhack gelähmt war, konnte erst vor kurzem der Boykott dort vorgestelllt werden. Wenn wir gewartet hätten, bis durch Abstimmungen der Boykott als Schwerpunkt aufgenommen wird, wären wir heute noch längst nicht soweit. So haben wir angefangen, wenn es irgend möglich war, über die bestehenden BI-Stadtteilgruppen, wenn nicht, dann eben als Initiative einzelner BI-Mitglieder, die sich wöchentlich zur Koordinierung auf gesamt Hamburger Ebene treffen. In fast allen Stadtteilen haben wir inzwischen Kontaktadressen, von denen aus die Werbungsarbeit dezentral ausgeht. Am 13. April hatten wir eine erste öffentliche Veranstaltung mit gut 100 Leuten, am 15. Juni fand eine weitere Vollversammlung der Boykottwilligen statt. Die VV ist das Gremium, das die Grundlinien der Weiterarbeit festlegt. Der Schwerpunkt soll aber im Kontakt der Boykottierenden im Stadtteil liegen; der enge Kontakt ist wichtig, wenn der eigentliche Boykott beginnt und die Hamburger Elektrizitätswerke (HEW) versuchen sollten, sich Einzelne herauszugreifen. Es wird keiner alleinegelassen und ein Rechtshilfefonds wird dafür sorgen, daß im negativsten Falle eines Prozesses (nur zivilrechtlich, nicht strafrechtlich) auch niemand zu große finanzielle Risiken tragen muß.

Die HEW hat inzwischen nicht mehr ragiert, als wir ihr mitteilten, daß wir keine Delegierten zu einem angebotenen Gespräch schicken wollten, sondern dann schon die Sache öffentlich mit allen Beteiligten stattfinden sollte. In einem Artikel des „größten Fachblattes für Gas, Strom, Wasser, Abwasser, Fernwärme, Nahverkehr, Umweltschutz, Müllbeseitigung", der „Zeitung für kommunale Wirtschaft" (8 München 90, Am Perlacher Forst 186) wurden in der ersten Maiwoche die Boykottinitiativen erwähnt, die in etlichen Elektrizitätsversorgungsgebieten auftauchen und auf eine Stufe mit Schwarzfahrern gestellt, „die auch so behandelt werden sollten, auch wenn sich ihre angebliche Gewissensmotivation von jenen unterscheiden sollte". Nach Aussagen gegenüber Journalisten soll die HEW gesagt haben, daß ca. 20 Leute bereits 10 % weniger bezahlen sollen, wir wissen jedoch nur von einem Einzigen und der hat bisher keinen Ton der HEW gehört. Scheinbar liegt denen also daran, die Sache zu vertuschen. Aber allgemeine Schlußfolgerungen kann man wohl daraus noch nicht über das zu erwartende Verhalten der HEW ziehen. In einem NDR-Radio-Interview jedenfalls zeigten sie sich scheinbar kühl abwartend, sie konnten aber auch keine massive Reaktion nennen. Wenn mindestens 1000 Haushalte kollektiv handeln, können sie auf keinen Fall

mehr nur administraitv-juristisch reagieren, dann müssen sie schon eine politische Antwort geben.

Eine der beobachteten Schwierigkeiten, AKW-Gegner für diese Aktionsform zu gewinnen, ist der ungewohnte Aspekt, nicht anonym in der Masse zu protestieren, sondern mit vollem Namen und Adresse. Ganz schlaue Leute vom KB meinten, 1000 Leute sind viel zu wenig (uns wäre es nur recht, wenn viel mehr mitmachen würden!), unter 10 000 wollen sie gar nicht erst anfangen. Aber damit wollen sie nur verschleiern, daß sie kaum etwas dazu tun, erst mal die ersten 1000 auf dem Weg zu den 10 000 und mehr zusammenzubringen. Noch schlimmer ist, daß viele warten bis die Teilnehmerzahl groß geworden ist, bevor sie auch mitmachen, aber wenn jeder so denkt, wird die Zahl nie größer werden.

Wir sind aber zuversichtlich, daß mit der Zeit genügend Leute zusammenkommen werden, das heißt nicht, daß wir selbstzufrieden sind, im Gegenteil.

Die Frankfurter Initiative zum Stromrechnungsboykott hat aus unseren Erfahrungen bereits gelernt. Sie sammelt nicht nur mindestens 1000 Teilnehmer, sondern läßt auch die Möglichkeit ankreuzen: „Ich nehme am Strompreisboykott auf jeden Fall teil, auch wenn es weniger als 1000 Haushalte sind."

In fast allen Bundesländern gibt es ähnliche Boykottinitiativen, die mehr oder weniger weit vorangeschritten sind. Eine ständig erweiterte Liste ist der Broschüre zum Stromzahlungsboykott beigelegt, die von einer ganzen Anzahl BIs und Aktionsgruppen herausgegeben wird und bei Theo Hengesbach, Große Heimstr. 66, 46 Dortmund 1, zu beziehen ist. Am weitesten fortgeschritten ist die Aktion außer in Hamburg und Frankfurt, in Freiburg, Marburg, Husum, Göttingen.

Man muß noch dazu sagen, daß die Initiative nicht von Wüstenhagens Maßnahmen zum „Bürgerlichen Ungehorsam" ausgeht, sondern sich der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) inzwischen angeschlossen hat, nachdem die Sache schon im Rollen war. Wir haben eine andere Vorstellung vom Zivilen Ungehorsam als nur einen Katalog von Atkionsmöglichkeiten aufzustellen!

In den folgenden Städten der BRD wird zur Zeit der Stromrechnungsboykott vorbereitet:

Hamburg	Hamburger Initiative Kirchlicher Mitarbeiter und Gewaltfreier Aktion, c/o W. Hertle, Großer Schippsee 28, 2100 Hamburg 90
Husum	Gewaltfreie Aktion Husum Margit Albers, 2250 Husum, Theodor Storm Str. 11
Oldenburg	Manfred Hermelbracht, AlterPostweg 4, 2901 Wiefelstede/Heidkamp
Göttingen	Gewaltfreie Aktion Göttingen Hajo Karbach, 3400 Göttingen, Speckstr. 8
Dortmund	Gewaltfreie Aktion Umweltschutz Theo Hengesbach, 46 Dortmund 1, Große Heimstr. 66
Marburg	Gewaltfreie Aktion Marburg Bernd Meyerholz, 3557 Ebsdorfergrund Heskemerstr. 2
Frankfurt	Gewaltfreie Aktion Klaus Haas, 6 Frankfurt, Bornheimer Landstr. 64, Tel. 0611/493054
Köln	Bürgerinitiative für eine menschenwürdige Umwelt, Uli Reisberg, 5 Köln 41, Zülpicher Str. 234
Freiburg	Gewaltfreie Aktion Gerd Süssbier, 78 Freiburg, Universitätsstr. 9

Die Frankfurter Initiativgruppe trifft sich am 28. Juni 20 Uhr im Alfred Delp Haus, Beethovenstraße 28.

PRESSEERKLÄRUNG DER BÜRGERINITIATIVE FRANKFURT GEGEN ATOMKRAFTWERKE

FRANKFURT 23. Juni

Am Dienstag, den 28. Juni 1977 findet in der Riedhalle in Biblis der Erörterungstermin für den Block C des Atomkraftwerks Biblis statt. Bisher ist dieser wichtige Termin in den Medien nicht aufgenommen worden. Mit dieser Presseerklärung wollen wir die Relevanz des Erörterungstermins deutlich machen und insbesondere auf die Aktionen der Bürgerinitiativen im Rhein–Main– Neckar –Raum hinweisen.

Entsprechend den Rechtsgrundlagen ist jeder Verkehr mit radioaktiven Stoffen genehmigungspflichtig. Bei nicht ortveränderlichen kerntechnischen Anlagen ist ein ÖFFENTLICHES Genehmigungsverfahren notwendig. Bei diesen Verfahren hat grundsätzlich jeder Betroffene (Einzelperson, Gemeinde, etc.) ein Einwendungsrecht, welches er schriftlich wahrnehmen kann. Der nach dem Auslaufen der Einspruchsfrist stattfindende Erörterungstermin dient zur öffentlichen Auseinandersetzung der Genehmigungsbehörde mit den Einwendern. Die Materie wird von den in den Einsprüchen benannten Standpunkten her untersucht (§ 8 Abs. I AtVfV).

Der ERÖRTERUNGSTERMIN für den Block C des AKW Biblis beginnt am 28.6., Dienstag, 10.00 Uhr in der Riedhalle. Es liegen fast 50 000 Einsprüche der Bürger aus dem Rhein–Main– Neckar– Raum vor.

Um auf den Erörterungstermin aufmerksam zu machen, haben die Bürgerinitiativen des Rhein–Main– Neckar – Raums beschlossen, am 25.6.77 *einen Aktionstag* in der gesamten Region zu machen.

Die Bürgerinitiative Ffm gegen AKWs wird folgende Aktivitäten durchführen:

Stadtteilgruppen Nordend und Sachsenhausen:

FEST , verbunden mit Informationen über die Atomenergie, am Samstagnachmittag (25.6.) im Günthersburgpark.

Die anderen Stadtteilgruppen und Gruppen der BI Ffm gegen AKWs werden Informationsstände aufbauen, Flugblattverteilung organisieren etc. Auch auf der Zeil wird ein Informationsstand aufgebaut.

AM 26.6. 77 FINDET IN BIBLIS' 17 UHR, EINE ZENTRALE REGIONALE DEMONSTRATION STATT .
Der Sammelpunkt ist der Sportplatz in Biblis.

Jede Bürgerinitiative im Rhein–Main– Neckar– Raum übernimmt eine Patenschaft für ein oder mehrere Dörfer im Umkreis von Biblis, die keine Bürgerinitiative gegen Atomkraftwerke haben. Das heißt, sie werden entsprechend ihren Möglichkeiten (Stände, Theater, Musik) die Bevölkerung des jeweiligen Dorfes über die Gefahren der ‚zivilen' und militärischen Nutzung der Atomenergie informieren und auf den Erörterungstermin aufmerksam machen. Diese Aktionen sollen am Sonntag, teilweise schon Samstag durchgeführt werden.
Die BI Ffm gegen AKWs hat folgende Patenschaften übernommen:
Nordend: Alsbach
Offenbach: Zwingenberg
Westend: Germsheim
Sachsenhausen: noch unbestimmt
Bornheim : noch unbestimmt
Die anderen Stadtteilgruppen und Gruppen werden sich an diesen Aktivitäten beteiligen

Am 25.6.77, Samstag, wird ein Zeltlager auf einer Wiese vor dem AKW Biblis organisiert. Dieses Zeltlager wird während des gesamten Erörterungstermin aufrecht erhalten.
Ein Ausschuß der Bürgerinitiativen wird während der Zeit des Erörterungstermins Pressekonferenzen einberufen bzw. Presseerklärungen abgeben.

Sehr häufig ist der Erörterungstermin von der Genehmigungsbehörde ad absurdum geführt worden, die Behörde hat für sich einen Ermessensspielraum zur Einschränkung der demokratischen Verfahrensweise benutzt. Hierher gehören speziell Redezeitbeschränkungen, Hausrecht,(„Rausschmiß") oder vorzeitiger Abbruch der Veranstaltung .

Sollte der Erörterungstermin Biblis einen ähnlichen Verlauf nehmen, die Genehmigung des Blockes C bereits beschlossene Sache sein, werden die Bürgerinititiativen selbstverständlich Klage erheben und im weiteren sich auch andere Formen des Widerstandes vorbehalten, denn es geht um das Leben.

Im übrigen protestieren wir gegen den Bau eines Millionen verschlingenden Zaunes um Block A und B. Diese Steuergelder sollten, wie jede Subvention der Atomenergie bzw. Atomindustrie für die Entwicklung der technischen Anwendung alternativer Energien und energiesparender Technologien verwandt werden.

Kontakt:
Manfred Zieran
Jens Matthaes
Neuhofstr. 42
Tel.: 599270

GRONAU 1984?

GRONAU
20. Juni

Noch in diesem Jahr soll mit der Bauplanung für die erste Urananreicherungsanlage in der BRD begonnen werden. Vier mögliche Standorte stehen zur Auswahl: Gronau und Ahaus im Westmünsterland, Lingen und Hermeskeil in Rheinland-Pfalz. Die endgültige Entscheidung soll noch in diesem Sommer fallen. In die Welt setzen will das Ding eine Firma namens URANIT, ein Komplott aus 40 % Gelsenberg, 40 % NUKEM GmbH und 20 % Hoechst. Die URANIT ist der westdeutsche Teil der weiterhin aus der niederländischen UCN und der britischen BNFL bestehenden URENCO. Die niederländische UCN ist der Bauherr der UAA in Almelo, 20 km von Gronau entfernt, gegen die die niederländischen AKW- und Atombombengegner Sturm laufen. So demonstrierten in Almelo am 2. 4. 1977 über 6.000 AKW-Gegner für die Stillegung der UAA!

In der BRD aber herrscht weitgehende Unkenntnis über Urananreicherungsanlagen, es kursieren manchmal die wüstesten Vorstellungen. Deshalb zuerst einige technische Erklärungen: Die UAA ist nicht identisch mit der Wiederaufbereitungsanlage, wie sie in Gartow-Gorleben gebaut werden soll. Eine UAA wird benötigt, um Natururan so zu verändern, daß es als AKW-Brennstoff taugt. Technisch sieht das so aus: Natururan besteht aus zwei „Sorten", aus 99,3 % des schweren Uran 238 und aus nur 0,7 % des leichten U 235. In AKWs kann aber nur Uran von einem U 235-Anteil von 3 bis 4 % gebraucht werden. Genau das wird in der UAA gemacht. Dazu wird das Natururan in eine gasförmige Fluorverbindung Uranhexafluorid (UF_6) gebracht. Dieses Gas wird in sich extrem schnell drehende Zentrifugen geleitet. Dort wird das schwere U 238 nach außen gedrückt; in der Mitte der Trommel bleibt relativ mehr U 235. Das innen rotierende Gas wird dann in die nächste Zentrifuge gepumpt usw. Im Werk sind nun mehrere hundert Trommeln hinter- und nebeneinandergeschaltet. Nach zig Durchläufen wird so das Uran auf die gewünschte Höhe „angereichert". Zum Schluß bleiben große Mengen abgereichertes UF_6 übrig, die erstmal jahrelang in Stahltanks auf dem Werksgelände gelagert werden. In der Anlage findet keine Kernspaltung statt. Das UF_6-Gas ist ebenfalls nur schwach radioaktiv. Seine Gefahr liegt hauptsächlich in der chemischen Giftigkeit.

Die Kapazität der geplanten UAA reicht aus, neun noch zu bauende 1.200 MWE AKWs vom Typ Biblis zu versorgen. Einer der Kunden soll das AKW Brokdorf sein! Die UAA hat aber außer der Belieferung von AKWs noch eine andere Bedeutung: nach einer kurzen Umbauzeit kann das Werk dazu benutzt werden, Uran auf über 90 % anzureichern. Solches Uran aber wird als Atombombensprengstoff gebraucht. Die BRD braucht eine solche Anlage, um – irgendwann – auch ihre eigenen Atomwaffen herstellen zu können. Und unseren Herrschenden ist ja schließlich alles Schlechte zuzutrauen! Anzufügen ist noch, daß die Zentrifugentechnik nur ca. 10 % der Energie der herkömmlichen Anreicherungstechniken verbraucht – allerdings immer noch über 14 MWE!

Eine UAA ist eine Gefahrenquelle in zweierlei Hinsicht: einmal trägt sie durch die Versorgung von AKWs zur radioaktiven Verseuchung und zur Atommüllproduktion bei, zum anderen ist sie selbst nicht harmlos. Denn das im Werk benutzte UF_6 ist ein schweres Gift und zudem radioaktiv. Bei Transportunfällen oder im Werk kann das Gas austreten und verfliegen. Zwar wird es sich nach gewisser Zeit mit der Luftfeuchtigkeit zu anderen Substanzen verbinden, doch wenn diese eingeatmet werden, so werden sie Vergiftungen und Strahlenschäden an Lungen und Nieren hervorrufen. Wissenschaftler der TH Twente (Enschede) errechneten, daß bei bestimmten Bedingungen Verseuchungen bis zu 60 km Entfernung nicht auszuschließen sind!

Als Reaktion auf derartig haarsträubende Aussichten haben sich in Gronau und Ahaus (beide liegen etwa 50 km von Münster entfernt an der holländischen Grenze bei Enschede) Bürgerinitiativen gebildet, um den Bau der UAA zu verhindern. Sie haben es allerdings nicht leicht: zwar ist die Bevölkerung vom Uran-Werk nicht gerade hingerissen, verspricht sich aber doch unter anderem wirtschaftliche Verbesserungen davon. Das „Argument", die UAA schaffe viele neue Arbeitsplätze und bringe massig Steuergelder, macht vielen Hoffnung. Denn gerade in Gronau, in der 75 % der Leute in der Textilindustrie arbeiten, schlägt die Krise hart durch: jedes Jahr werden über 100 Kollegen alleine bei van Delden, dem größten Textilwerk, rausrationalisiert. Kurzarbeit ist schon fast „normal". Und alternative Industrien gibt es nicht. In den nächsten 10 Jahren werden über 30.000 Arbeitsplätze im Westmünsterland fehlen!

Kein Wunder, daß so mancher bedrohte Textilkollege lieber auf die süßen Worte der URANIT, des Stadtrates und des DGB-Kreisvorstandes hören, wenn sie ihm 1.000 wunderschöne, sichere Arbeitsplätze versprechen, als auf die Bürgerinitiative, die klarstellt, daß höchstens 100 Arbeitsplätze herausspringen können, und selbst die werden nur von qualifizierten Kräften besetzt, die auch vorher nicht arbeitslos waren. Das Gros der Arbeitslosen jedoch – 60 % Frauen, 14 % Jugendliche, der Rest angelernte Textilarbeiter – hat von der URANIT gar nichts!

Daß sich der DGB-Kreisvorstand Ahaus für die Ansiedlung der UAA ausgesprochen hat, ist besonders schändlich. Kein DGB-Mitglied hat vorher darüber diskutiert, keiner wurde gefragt. Die Vorsitzenden – SPD- und CDU-Filze – entschieden alleine. Die Bürgerinitiativen müssen aber entscheidend Einfluß bei den Textilkollegen bekommen, aus ihrer Lage als Jugendlichen- und Mittelschichtsverein herauszukommen, sonst wird nichts laufen. Leider ist es angenehmer, sich Illusionen zu machen als sie zu erkennen, so auch bei vielen Textilkollegen. Sie sind von der UAA nicht wirtschaftlich bedroht, haben keine Verluste beim Gemüseverkauf zu befürchten. Und Umweltverschmutzung und gefährliche Arbeit erleben sie tagtäg-

lich massiv in der Fabrik; gegen den Dreck und Staub, den sie da schlucken, scheint die UAA direkt hygienisch!

Den Bürgerinitiativen steht also eine schwierige Aufklärungsarbeit bevor, an spontaner Empörung können sie nicht ansetzen. Im Sommer soll nun die endgültige Standortentscheidung fallen. Bis dahin wollen die BIs noch möglichst vielen bekanntwerden und neue einbeziehen. Dazu brauchen sie Unterstützung – auch finanziell. („Aha! Jetzt kommt wieder mal der Spendenapell ... ") Nein, ihr kriegt sogar was dafür: die BI Gronau hat ein 150 Seiten starkes Buch dreier Wissenschaftler der TH Twente übersetzt und nachgedruckt. Es heißt „Urananreicherung, Geschichte, Technologien, Markt" und behandelt alle wichtigen Aspekte der Urananreicherung. Unterstützt die BI durch den Kauf dieses Buches. Es kostet 6,-- DM und ist zu beziehen bei

Theo Hendricks, Tieker Damm 22 a, 4432 Gronau"

aus: Knipperdolling 10/1977, Münster

SELBSTDARSTELLUNG EINER ÖKOLOGIE-GRUPPE

GENGENBACH 13. Juni — *Die Umweltschutzgruppe Gengenbach schreibt:*

Am 14. Mai wurde in Gengenbach bei Offenburg in Baden ein Flohmarkt veranstaltet. Im Verlauf dieses Tages stellten wir uns zum ersten Mal der Öffentlichkeit vor. Wir, das ist die Arbeitsgruppe Umweltschutz Gengenbach. Die Geschichte dieser Gruppe begann etwa im Dezember 1976.
Damals setzten wir uns zum ersten Male zusammen, da uns das Dahinvegetieren in Gengenbach zuviel wurde. Wir wollten endlich was tun. Also wurde abgemacht, andere Leute anzuhauen, ob sie Lust hätten, in einer KKW-Nein Gruppe mitzumachen. Anfang Februar war es dann soweit. Wir trafen uns zur ersten Sitzung im Gengenbacher Jugendhaus. Es erschienen ca. 25 Leute. Das primäre Ziel der Gruppe war, sich selbst zu informieren, sich etwas zu erarbeiten, um dann später an die Öffentlichkeit treten zu können. Das war aber schon gleich mit Schwierigkeiten verbunden, da wir diese Selbstinformation zunächst in Form von Einzelreferaten zu erlangen glaubten. Wir bemerkten jedoch schon bald, daß sich dann ein Konsumverhalten wie in der Schule einstellte. Es gab einige wenige, die sich auf ein Thema vorbereiteten oder bereits einigermaßen informiert waren, so daß sich die Diskussion lediglich zwischen dem Referenten (auch ein Gruppenmitglied) und einigen Vorgebildeten abspielte. Um diese Schwierigkeiten auszuräumen, wählten wir nun eine andere Form. Ein Thema wird von einer Gruppe erarbeitet und dann gemeinsam vorgetragen, wobei die schriftliche Referatvorlage 14 Tage vorher an jedes Gruppenmitglied ausgeteilt wird. Wir glauben hiermit eine bessere Form des Informationsaustausches und der Kommunikation gefunden zu haben. Um nun aber nicht nur rein theoretisch zu arbeiten, sondern um auch praktisch etwas zu tun, beschlossen wir, uns aktiv an der Platzbesetzung in Gerstheim zu beteiligen, was wir dann auch taten, und zwar in der Nacht vom 9.4. auf 10.4. sowie vom 7.5. auf 8.5. Diese beiden Nächte haben sehr viel Spaß gemacht und das Zusammengehörigkeitsgefühl der Gruppe gefördert. Als bisher größte Aktion lief dann besagte Veranstaltung im Rahmen des Flohmarktes. Es wurden Plakatständer und Wandzeitungen angefertigt und ein Büchertisch eingerichtet. Unterstützung erhielten wir hierbei von der Offenburger Gruppe sowie einigen Freunden, darunter auch der Wyhl-Sänger "Buki", der abends im Hexenkeller in Gengenbach spielte. Wenn auch nicht alles hundertprozentig lief, so war es doch ein sehr erfreulicher Anfang für unsere Öffentlichkeitsarbeit. Zumindest fand die Aktion soviel Anklang, daß wir gebeten wurden, sie am 25.6. während des Flohmarktes in Zell a. H. zu wiederholen. Aber selbstverständlich werden auch in Gengenbach solche oder ähnliche Veranstaltungen weitergeführt.

Seit etwa 8 Wochen läuft parallel zur KKW-Gruppe auch eine Gruppe, die sich mit der Stadtsanierung Gengenbachs befaßt. Diese beiden Gruppen haben sich nun zur "Umweltschutzgruppe Gengenbach" zusammengeschlossen. Als Ziel wird jetzt nicht mehr nur der Kampf gegen die KKW's betrachtet, sondern der Kampf gegen die Verschmutzung der Umwelt überhaupt, sowie der Kampf gegen die Zerstörung unseres Lebensraumes durch die Altstadtsanierung.
Erfreulich ist außerdem, daß sich aus den weiblichen Mitgliedern unserer Umweltschutzgruppe (nicht ausschließlich Mitglieder) eine Frauengruppe zu bilden beginnt. Diese wird ebenfalls dazu beitragen, das Spektrum an gesellschaftspolitischer Arbeit zu erweitern.

Erfahrungsaustausch mit anderen Gruppen und vor allem solchen, die es noch werden wollen, erwünscht.
Kontaktadresse: Franz Schmider, Klosterstr. 7, 7614 Gengenbach

VERENA BECKER WIRD ZWANGSERNÄHRT

STAMMHEIM 14. Juni — *Die folgende Erklärung bekamen wir vom Internationalen Verteidigerkomitee (IVK), Sektion BRD. Was Zwangsernährung konkret heißt, geht aus den Berichten von Wolfgang Beer, Helmut Pohl und anderen Gefangenen hervor, nachzulesen im ID 177.*

„Nach verbindlicher Zusage der Regierung der BRD, die Forderung aus dem Hungerstreik nach Zusammenlegung von mindestens 15 Gefangenen zu erfüllen, versucht die Bundesanwaltschaft die Vernichtung der Gefangenen aus der Guerilla weiter durchzusetzen.

Verena Becker, die zusammen mit Sabine Schmitz seit drei Wochen im Hungerstreik ist und für die Zusammenlegung mit den anderen Gefangenen in Stammheim kämpft (s. ID 180), wurde am 13.6. eröffnet, sie würde zwangsernährt. Verena verlangte sofort ihren Anwalt zu sprechen; daraufhin verschleppte man sie in den Bunker. Es wurde dreimal versucht, sie zwangszuernähren, wobei ihr erst der Brei durch die Nase, dann durch den Mund eingeflößt werden sollte.
Die Zwangsernährung ist nicht gelungen, weil Verena sich dagegen wehrte. Sie erlitt einen Erstickungsanfall.

In Anwesenheit des Anstaltsleiters Nusser und des verantwortlichen Anstaltsarztes Engel erklärte nach Beratung der anwesende Arzt Diehl, Gewalt werde nicht mehr angewendet. Vor der nächsten Zwangsernährung werde sie eben einfach abgespritzt.

Während des vierten kollektiven Hungerstreiks entstand im Justizministerium der Plan, das Problem von über 100 Gefangenen durch die exemplarische Zwangspsychiatrisierung Gudruns zu lösen – d.h. sie sollte durch Narkotika wehrlos gemacht werden. Dieser Plan wurde nur fallengelassen, weil sich, nachdem drei Gefangene – Holger Meins, Katharina Hammerschmidt, Siegfried Hausner – in der Behandlung von Gefängnisärzten getötet wurden, in Stammheim kein Arzt fand, der die Verantwortung für ihren Tod, mit dem gerechnet wurde, übernahm.

Wir fordern Euch auf, durch Öffentlichkeit das Leben der Gefangenen aus der RAF zu schützen, den Mord an Verena zu verhindern und für eine Behandlung der Gefangenen aus der Guerilla zu kämpfen, die, weil die Menschenrechtskonvention im übergesetzlichen Notstand der Staatsschutzverfahren keine Chance hat, wenigstens den Mindestgarantien der Genfer Konvention zum Schutz von Kriegsgefangenen entspricht."

********** **********

Im Zusammenhang mit dem Hungerstreik von Verena Becker und Sabine Schmitz ist gegen die Anwälte der beiden, Armin Newerla und Arndt Müller, von der Bundesanwaltschaft Anklage wegen versuchtem Mord und Körperverletzung erhoben worden. Ausgerechnet die Anwälte sollen es verantwortet haben, daß die gefangenen Frauen in lebensbedrohlicher Lage sind - weil sie ihre Mandantinnen weiterhin nicht (!) zum Abbruch des Hungerstreiks bringen wollen; wie es sich nach der zynischen Justizlogig für einen ehrenhaften Anwalt offensichtlich ziemt. Nach einer Pressekonferenz in Stuttgart sagte Newerla vergangene Woche, man schaffe die Täter bevor es die Toten gebe. Auf derselben Pressekonferenz,von der in den Medien kaum was stand (wir wollen uns für nächste Woche bemühen), berichtete Rechtsanwalt Karl-Heinz Weidenhammer (Frankfurt) über die Situation von Günther Sonnenberg; Rechtsanwalt Klaus Croissant äußerte sich zur versprochenen und (noch) nicht eingehaltenen Zusammenlegung der Gefangenen. Demnach sei die Zusammenlegung von 15 bis 20 Leuten erstmals am 30. April von Anstaltsleiter Nusser versprochen worden. Das internationale Exekutivkomitee von amnesty international (London) habe in Telegrammen an die Bundesregierung, das Bundesjustizministerium und den Stammheimer Anstaltsleiter ebenfalls eine Zusammenlegung in lebensfähigen Gruppen (Bestimmung der Vereinten Nationen) gefordert. Dies ist bislang von der Bundesanwaltschaft sabotiert worden.

STAATSANWALTSCHAFT PLÄDIERT IM JAROWOY/REIMERS-PROZESS

FRANKFURT
Juni 1977

Am 21. Juni 1977 hatte die Staatsanwaltschaft — würdig vertreten durch gleich zwei ihrer Repräsentanten — ihren ersten größeren Auftritt, nachdem sie sich in den vorangegangenen Verhandlungstagen weitgehend durch vornehmes Schweigen ausgezeichnet hatte. Der Schlußvortrag von Staatsanwalt Gernot Broschat — sein mitanwesender Kollege schwieg sich erneut gründlich aus — begann gleich nach Eröffnung der Verhandlung und war eine halbe Stunde später auch schon zu Ende.

Was der Staatsanwalt in dieser kurzen Zeit aber erzählte, hatte es in sich. 'In sich haben' bedeutet in diesem Fall nicht, daß Broschat inhaltlich viel zu sagen gehabt hätte; im Gegenteil, er schien die juristische Seite seines Vortrages für weitgehend irrelevant gehalten zu haben, so daß diese — beschönigend formuliert — ein wenig sehr oberflächlich geriet und so, das sei vorweggenommen, für ein durch sie möglicherweise zu stützendes Strafurteil überhaupt nichts hergibt. Dies allerdings glich der Staatsanwalt aus durch eine fast besinnlich zu nennende Rückschau auf das, was die Anklage in den vermeintlich bewiesenen 'Taten', den Aussagen der Zeugen und der politischen Komponente des Verfahrens zu sehen glaubte.

Bei dem Prozeßbesucher wurde jedenfalls nicht der Eindruck erweckt, als werde ein stichhaltiges Ergebnis der vorangegangenen Beweisaufnahme vorgetragen. Kurz und schlecht: das Plädoyer verdient es nicht, Plädoyer genannt zu werden. Es trug vielmehr den Charakter eines referierten Besinnungsaufsatzes. So vertrat Staatsanwalt Broschat ernsthaft die Auffassung, daß die beiden angeklagten Genossen zweier räuberischer Erpressungen — in Bonn und Darmstadt begangen — sowie eines Raubversuchs überführt seien und sie darüber hinaus eine kriminelle Vereinigung gründeten, welche es sich zur Aufgabe gestellt habe, die Verhältnisse in der BRD mit Waffengewalt umzuwälzen. Es war im folgenden u. a. von einem wegen einer Panne liegengebliebenen PKW, der die Ausführung zumindest einer geplanten 'Tat' verunmöglicht habe, von Gaspistolen und von der angestrebten Gleichheit aller Individuen getreu der anarchistischen Anschauung die Rede.

Diese kaleidoskopartigen Darbietungen des Staatsanwalts vermochten indes nicht darüber hinwegzutäuschen, daß der Rede Sinn sehr dunkel war. Alsdann verstieg sich der Ankläger zu der Behauptung, dies alles sei durch glaubhafte Zeugen belegt worden. Der — seiner Meinung nach gegebenen — Glaubhaftigkeit der Zeugen widmete er im folgenden einige fast als philosophisch zu betrachtende Ausführungen.

Die 'personifizierte Glaubhaftigkeit' soll — den ungemein stringenten Folgerungen des Staatsanwalts nach zu urteilen — der Zeuge Harry Schäfer gewesen sein, der diese seine Glaubhaftigkeit u. a. dadurch unter Beweis gestellt habe, daß er auf eine Frage der Verteidigung während der Beweisaufnahme, nämlich ob ihm Versprechungen für seine Aussagebereitschaft gemacht worden seien, klar und eindeutig mit „nein" geantwortet habe. Dazu ist richtigstellend anzumerken, daß Schäfer nachgewiesenerweise zu Beginn seiner Inhaftierung eine Kronzeugen-Offerte erhalten hat. Viel mehr hatte der Kronzeuge auch nicht mehr sagen können, da er alsbald in attestierter Vernehmungsunfähigkeit verfallen war (siehe ID 176).

Zur weiteren Beweiswürdigung seien daher die (natürlich) ebenfalls glaubhaft richtigen protokollarischen Aussagen des Zeugen vor Staatsanwaltschaft und Richter verwendet worden, fuhr Staatsanwalt Broschat, in gedämpftem Tonfall den vorangegangenen traurigen Geschehnissen um seinen Zeugen offensichtlich Rechnung tragend, fort. Als weiteres Glaubwürdigkeitskriterium wurde vom Staatsanwalt die 'Korrekturbereitschaft' des Zeugen während seiner Vernehmung angeführt. Faktisch bestand diese Korrekturbereitschaft jedoch darin, daß dem Zeugen auf Befragen diverse vermeintliche Gedächtnislücken geschlossen werden konnten.

Für die übrigen Belastungszeugen und deren zum Teil unklaren Aussagen hatte der Staatsanwalt weniger Worte übrig, hielt sie aber nichtsdestotrotz für ebenfalls glaubwürdig. Diese Glaubwürdigkeit sah der Staatsanwalt auch nicht dadurch in Frage gestellt, daß einige der für den Tatkomplex Darmstadt aufgebotene Zeugen Robert Jarowoy lediglich anhand von 'eingefallenen Knieen' und einem 'Bubengesicht' identifizierten und ein Zeuge — nach Bildvorlage — sogar den Kronzeugen Harry Schäfer als einen der Täter wiedererkannt zu haben glaubte. Daraus schloß der Staatsanwalt jedoch messerscharf, daß diese Verwechslung für eine gute Beobachtungsgabe des Zeugen spräche, da eine Ähnlichkeit zwischen Robert und Harry Schäfer nicht von der Hand zu weisen sei.

So hob dann der zelebrierende Staatsanwalt, seiner inneren Logik folgend (die er übrigens zuvor auch in den Aussagen von Harry Schäfer entdeckt hatte) zum Finale an, indem er für Robert 10 Jahre und für Wernfried 9 Jahre Freiheitsentzug forderte.

Spätestens nach dem Ausspruch dieser extremen Strafforderung war es jedem anwesenden Besucher klar, daß dieser Prozeß zumindest für die Staatsanwaltschaft gar nicht hätte zu laufen brauchen, um zu dem gewünschten Ergebnis zu kommen.

Abgesehen davon, daß sich der Staatsanwalt über die Zusammensetzung des Strafmaßes beharrlich ausschwieg, ist zu sagen, daß auch der Rest seiner Worte faktisch insofern nicht als gesprochen angesehen werden kann, als die inhaltliche Leere des Vortrags nicht mehr zu überbieten sein dürfte. Sollte das Gericht die geforderten drastischen Strafen als Leitlinie für einen Urteilsspruch adaptieren, dürfte jedenfalls klargestellt sein, daß die Politik, die der Staatsanwalt — hier dem Stammheimer Richter Foth folgend — klar vor die Tür

des Gerichts verwiesen hatte, doch irgendwie — sogar an Maschinenpistolen vorbei — wieder Einlaß gefunden haben muß bis in die Köpfe der Rechtsprechenden, die nicht für so dumm gehalten werden dürfen, nicht genau zu wissen, wann sie Gesinnungszuschlag erteilen und wann nicht.

Ohne sich gar Illusionen über Rechtsstaatlichkeit oder unabhängiger dritter Gewalt hingeben zu wollen, ist doch — es klingt zugegeben vollkommen irrational — zu hoffen und zu wünschen, daß die Ausführungen der Verteidigung in ihren Plädoyers **am 28. Juni 1977 um 9.15 Uhr im Landgericht, Gebäude A, Raum 146** bei dem Gericht mehr Beachtung finden als das sogenannte staatsanwaltschaftliche Schlußwort.

LOG POLIZEIPRÄSIDENT MÜLLER ? GERICHT SAGT NEIN

FRANKFURT/M 20. Juni

Es ist schon über ein Jahr her: am 14. Mai 1976 sagte Pp. Müller in der Hessenschau: 'Ich zeige Ihnen jetzt Bilder von weiteren Rädelsführern.' Es folgen Bild und Name, unter anderem von einem Genossen, der wegen Nichtbezahlung einer Geldstrafe festgenommen worden war. (Zusammenhang war die Fahndung nach den Molotow-Werfern von der Ulrike-Meinhof-Demo.) Auf Grund dieser Tatsache wurde Müller damals von mehreren Seiten öffentlich als Lügner bezeichnet. Eine Postkartenaktion sollte den Strafantrag Müllers vervielfachen und der Sache zu mehr Öffentlichkeit verhelfen. Hintergrund war, bei dem Prozeß dann die Möglichkeit zu haben, den Wahrheitsbeweis anzutreten, und Müller vor einem breiten Publikum nachzuweisen, daß er tatsächlich die Unwahrheit gesagt hat.

Am 8.6.77 endete jetzt ein solcher Prozeß mit einer Verurteilung zu 75,- DM Geldstrafe. Auf der Postkarte war Müller der Lüge bezichtigt worden, ohne konkreten Hinweis darauf, welche Äußerung Müllers da gemeint war. Richter und Staatsanwalt leugneten, daß es auf Grund der öffentlichen Diskussion, die damals geführt wurde, keinen Zweifel geben konnte, welche Äußerung Müllers da gemeint war. Der Beweisantrag des Verteidigers, Müller als Zeugen zu laden, wurde deswegen abgelehnt: es sei unerhablich ob Müller damals gelogen habe, die Postkarte erfülle den Tatbestand der Beleidigung. Wobei der Richter den Vergleich brachte, auch wenn jemand jahrelang im Zuchthaus gesessen habe, sei seine Titulierung als 'Zuchthäusler' eine Beleidigung. In der Urteilsbegründung folgte dann eine Moralpredigt, in der vom Verfall der westlichen Kultur die Rede war, und auf die guten Sitten verwiesen wurde, eine Anmaßung für einen Richter der es für unerheblich hält, über die Moral eines Polizeipräsidenten zu sprechen, der vor Millionenpublikum Rufmord begangen hat. Der Verteidiger legte Berufung gegen das Urteil ein, und es bleibt zu hoffen, daß es ihm gelingt, bei einer erneuten Verhandlung den Beweisantrag durchzubringen. Damit die damalige Aktion doch noch ihrem politischen Anspruch gerecht wird.

ERSTE UNZENSIERTE KNASTZEITUNG IN FUHLSBÜTTEL

HAMBURG 13. Juni

Seit kurzem gibt es im Hamburger Knast Fuhlsbüttel die erste unzensierte Zeitschrift von dort einsitzenden Gefangenen. Sie wird unter schwierigsten Bedingungen erstellt und soll den Gefangenen als Forum dienen, aber auch Genossen draußen (insbesondere Knastgruppen) und Gefangene in anderen Gefängnissen über Vorgänge in Fuhlsbüttel informieren. Die Kontaktanschrift der Redaktion:

Wolf Barnbrock, Suhrenkamp 98 JVA, 2000 Hamburg 63

Falls ihr Wolf anschreibt und nichts von ihm hört, dann liegt es bestimmt nicht an ihm, sondern an den Zensurbehörden. Informiert dann bitte die

Schwarze Hilfe, c/o Rolf Löchel, Postfach 1668, 3550 Marburg

STRAFANZEIGE WEGEN LAUSCHANGRIFF

WESTBERLIN 20. Juni

„Namens und in Vollmacht von Frau Gudrun Ensslin habe ich heute gegen Herrn Ministerialdirektor Kurt Rebmann wegen des Verdachts eines Vergehens nach § 201 StGB (Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes, bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bzw. Geldstrafe, Red.) Strafanzeige und Strafantrag bei der Staatsanwaltschaft in Stuttgart gestellt, da Herr Rebmann nach einem Bericht in der „Süddeutschen Zeitung", Ausgabe vom 16./17. Juni 1977, Seite 9, an der Entscheidung über die Durchführung der rechtswidrigen Abhörmaßnahmen in der Justizvollzugsanstalt Stuttgart-Stammheim und an deren Durchführung beteiligt gewesen sein soll.

Otto Schily, Rechtsanwalt"

ERNEUT ANTRÄGE AUF HAFTENTLASSUNG IM ROTH/ OTTO– PROZESS

KÖLN 23. Juni

Im prozeß gegen Karl–Heinz und Roland haben die Verteidiger am 22. 6. erneut Anträge auf Haftentlassung bzw. Aufhebung des Haftbefehls gestellt. (Die Staatsanwaltschaft wird sich dazu am Dienstag, 28.6. äußern, der Richter möglicherweise am selben Tag oder am darauffolgenden Donnerstag entscheiden) Das Unterstützungsbüro für Roland Otto und Karl–Heinz Roth (Glasstr. 80, 5 Köln 30, Tel. 520579) hat dazu folgenden Aufruf verfasst:

Der bisherige Verlauf des Kölner Prozesses gegen Roland Otto und Karl–Heinz Roth hat deutlich gemacht, daß der Vorwurf des gemeinschaftlichen Mordes und Mordversuchs nicht mehr zu halten ist.

Die einzige belastende Aussage, Werner Sauber habe den Schußwechsel eröffnet und Roth habe versucht, seine Waffe zu ziehen, stammt von dem Polizeizeugen Grüner. Alle anderen Polizisten haben nichts gesehen und können sich an nichts erinnern. Die Aussage des einzigen Belastungszeugen ist extrem unglaubwürdig.

Roth und Otto sagten aus, daß nach der Aufforderung zum Aussteigen Werner Sauber als erster ausstieg, dieser nach hinten weglief und darauf Schüsse aus Polizeipistolen fielen. Erst danach habe Werner Sauber geschossen.

Die Aussagen verschiedener Sachverständiger (Mediziner, Schußwaffenexperten) sind nicht mit der Schilderung des Schußwechsels in der Anklageschrift und den Zeugenaussagen der Polizisten vereinbar. Zum Beispiel muß Werner Sauber liegend aus nächster Nähe von hinten erschossen worden sein.

Nach der Aussage des Polizisten Bartzik sowie des Beamten Heller, der an der Datenstation des Polizeicomputers arbeitete, wurde bei der Überprüfung der Fahrzeug– und Personalpapiere über Funk von der Zentrale bei Roths PKW der Hinweis auf „Terrroristenszene" durchgegeben.

Die Schießerei hat daraufhin noch vor der Übermittlung der Personaldaten begonnen.

Die Aussagen und Indizien lassen nur einen einzigen Schluß zu: der Zeuge Grüner sagt die Unwahrheit, Die Schießerei wurde von den Polizisten begonnen, weil der vage Hinweis auf „Terroristenszene" beim Fahrzeug (!) über Funk kam. Werner Sauber kam durch gezielte Todesschüssen ums Leben. Der Tod von zwei Menschen und die lebensgefährliche Verletzung von zwei

weiteren gehen auf das Konto eines in der BRD inzwischen nicht mehr unüblichen agressiven Polizeieinsatzes.

In dem Prozeß sollen nun in infamer Weise durch Verdrehung der Tatsachen der getötete Werner Sauber zum Polizistenmörder gestempelt und der zum Krüppel geschossene Karl–Heinz Roth sowie Roland Otto als Mittäter verurteilt werden. Für diese „Mittäterschaft" gibt es keine Beweise.

Deshalb haben die Verteidiger am 7.4.77 Anträge auf Haftentlassung bzw. Aufhebung des Haftbefehls gestellt. Aus der Stellungnahme des Staatsanwaltes wird deutlich, daß für sie in der Hauptverhandlung nicht die angeklagten Taten zu beweisen sind, sondern die Angeklagten ihre Unschuld beweisen müssen. Das Gericht lehnte die Anträge der Verteidiger ab, mit der Begründung, es seien noch nicht alle Sachverständigen gehört worden. Nachdem das jedoch geschehen, wird am 22.6.77 erneut Antrag auf Haftentlassung von Karl–Heinz Roth und Aufhebung des Haftbefehls gegen Roland Otto gestellt, weil der dringende Tatverdacht nicht mehr gegeben ist.

Verbreitet diese Information möglichst schnell und weit!

Protestiert beim Vorsitzenden Richter Dr. Draber!

Haftentlassung von Karl–Heinz Roth!

Aufhebung des Strafbefehls gegen Roland Otto!

Bleibt widerspenstisch und phantasievoll!

Spenden an: Stadtsparkasse Köln, Wolfgang Hippe, Kto.Nr. 105103287

KEINE REVISION FÜR LINKEN LITERATEN

HANN.-MÜNDEN Juni 1977

Aus Hann.Münden erreichte uns die folgende Meldung. Bicknaese war unter anderem verurteilt worden mit dem Vorwurf der 'Uneinsichtigkeit', weil er seine Unschuld beteuerte. Dagegen hatte sich auch die Staatsanwaltschaft gewandt:

„Am 14. Juni 1977 verwarf das Oberlandesgericht in Köln die Revision des Angeklagten Bicknaese. Hendrik Bicknaese wurde am 13. Juni 1976 vom Amtsgericht Aachen wegen Beihilfe zur gemeinschaftlichen Einfuhr von Betäubungsmitteln zu 1 Jahr und 7 Monaten Freiheitsstrafe verurteilt. Nach 6-wöchiger Verhandlung verwarf das Landgericht Aachen die Berufung gegen die Anträge der Staatsanwaltschaft und bestätigte damit das Urteil aus erster Instanz. Die abgeschmetterte Revision des OLG-Köln schlug wie eine Bombe ein: Noch am 13. April 1977 stellte die Generalstaatsanwaltschaft beim OLG Köln einen Antrag, das angefochtene Urteil aufzuheben und die Sache in diesem Umfang zur erneuten Verhandlung und Entscheidung an eine andere Strafkammer des Landgerichts zurückzuweisen. Daraufhin wurde der noch bestehende - nur ausgesetzte - Haftbefehl mit Einverständnis der Staatsanwaltschaft Aachen am 11. Mai 1977 aufgehoben. Völlig unerwartet entschied nun das Oberlandesgericht: keine Revision! Eine Entscheidung, die sich nicht nur gegen den Betroffenen, sondern auch gegen die Staatsanwaltschaft zu richten scheint. Repression, Zensur, massives Saubermannstum und Ordnungsrecht sind gerade Bicknaeses Angriffspunkte in seinen publizistischen und literarischen Arbeiten - ein Schreckenssystem, das als Reaktion deutlich zuschlägt und sich in dieser Entscheidung eindeutig zur Klassenzustiz bekennt. Daher unsere Forderung: sofortige Wiederaufnahme des Verfahrens vor der Strafvollstreckung!"

Kontaktadresse: Chr. Gauke Verlag, Postfach 1225, 3510 Hann.Münden 1 (Tel: 05541/2381)

JEDER DARF NUR EINEN POLITISCHEN GEFANGENEN BESUCHEN

DARMSTADT 15.Juni

Aus Darmstadt erhielten wir folgende Meldung:

„Die Ermittlungsbehörden und die Justiz sind inzwischen dazu übergegangen, den § 146 StPO (Verteidigung nur eines Beschuldigten im gleichen Ermittlungsverfahren) in ausgeweiteter Form auch auf jeden anzuwenden, der einen Besuchsantrag für politische Gefangene in der BRD stellt, auch wenn gegen diese Gefangenen aus völlig verschiedenen Gründen Ermittlungsverfahren laufen. I. hatte Hanna Krabbe, Annerose Reiche und Ingrid Schubert im Laufe des letzten Jahres besucht, weil sie diese zum Teil von früher her kannte. Sie hat jetzt einen Besuchsantrag für Fritz Teufel, der in Moabit einsitzt, gestellt. Dieser Besuchsantrag wurde mit folgender Begründung abgelehnt:

„Die Antragstellerin unterhielt und unterhält Besuchskontakte zu Personen, die anarchistischer Gewalttaten dringend verdächtigt sind, desgleichen Briefkontakte zu zahlreichen Personen, denen ebenfalls derartige Straftaten vorgeworfen werden. Unter Berücksichtigung dieser Umstände besteht die Gefahr, daß der beabsichtigte Besuch unerlaubten Nachrichtenübermittlungen bzw. Verdunklungsabsprachen dienen soll, wodurch der Haftzweck gefährdet würde, zumal die Antragstellerin keine persönlichen Beziehungen zu dem Beschuldigten Teufel dargetan hat.

Die Gefahr unkontrollierter Nachrichtenübermittlungen kann auch durch die übliche Besuchsüberwachung nicht hinreichend ausgeräumt werden, weil dem mit konspirativer Tätigkeit vertrauten Beschuldigten Teufel auch so verschlüsselte Nachrichten übermittelt werden könnten, daß sie von den Überwachungsbeamten in ihrer wahren Bedeutung und Tragweite nicht erkannt werden können."

VERSTECKTE EINFÜHRUNG DER SICHERUNGSVERWAHRUNG

Anmerkungen zum Piroch-Prozess

MÜNCHEN 14. Juni

„Als freier Mensch hätte Willi Piroch vor einem halben Jahr das altehrwürdige Ebracher Gefängnis, das ihn fast fünf Jahre beherbergte, verlassen können, wenn der anhänglichen Gefängnisleitung und dem Staatsanwalt Müller-Daams nicht etwas Neues eingefallen wäre. Mit der Behauptung, Willi habe im Knast eine kriminelle Vereinigung nach § 129 zu gründen versucht, deren Ziele kriminelle Handlungen wie Brandstiftung, Herstellung von Sprengkörpern (Mollis und Handgranaten), gefährliche Körperverletzung und Sachbeschädigung gewesen wären, wurde Willi sofort nach Beendigung seiner Strafhaft in die begünstigte Lage der U-Haft überführt. Willi wechselte also die Zellen (siehe ID 169, 177, 178, 181). Um den Ausgang des Prozesses schon vorweg zu nehmen und um unsere „klammheimliche Freude" über die bösartige Bloßstellung der Gefängnisleitung nicht zu verhehlen, sagen wir's gleich: Willi ist frei!

Der Prozeß begann am 11. Mai. Die Anklage wartet mit folgenden Beweismitteln auf:

- mehrere Kassiber, die Willi an andere Genossen geschrieben haben soll,
- eine Plastikflasche, die zur Herstellung eines Molotow-Cocktails dienen sollte,
- ein Metallzylinder, der sich jenseits seiner Funktion als Teil eines Gebrauchsgegenstandes zum Teil einer Handgranate erheben sollte.



Nachdem die besetzte Feuerwache in Berlin Kreuzberg (ID 178 182) am 14.Juni morgens mit einem Polizeiüberfall geräumt worden war, fiel das Haus noch am gleichen Vormittag dem Abrißhaien zum Opfer. Damit ist die Hoffnung auf ein Stadtteilzentrum vertagt auf 1990 oder später. Die Besetzer der Feuerwache veranstalteten ein Protestfest und bitten um Solidaritätsspenden für Rechtshilfe (Kto. Uwe Wesel,bank für Handel und Industrie West Berlin, Nr. 0769355201)

Getragen werden diese Behauptungen durch den Zeugen der Anklage, den Mitgefangenen Werner Hejduk. Zum Leidwesen der Knastbosse Kronzucker und Holleck und des Staatsanwaltes fällt der 21jährige Pferdepfleger im Prozeß um. Nach der ernsten Ermahnung durch Willi's Verteidiger Ophoff „Sag die Wahrheit, mach' keinen Scheiß" bekennt der sichtlich angespannt wirkende Zeuge Hejduk „Ich bin total durcheinander" und nimmt die im Oktober 1976 gemachten Aussagen zurück. Als Gegenleistung für seine Gefälligkeiten sind Hejduk 22 Monate seiner Haftstrafe erlassen worden. Nachdem sich nun die Aussagen des „Kronzeugen" als „erfunden" (Zitat Hejduk), die Kassiber als gefälscht und die Plastikflasche und die Hülse als traurige Abfallprodukte unserer Konsumgesellschaft entpuppt haben, steht nun die Frage im Raum, auf welcher Bank die kriminelle Vereinigung zu suchen ist. Hier wurde bewußt eine Treibjagd auf Willi inszeniert, hier paßten die frei erfundenen Behauptungen ins Konzept der Staatsanwaltschaft, so daß sie es nicht einmal als notwendig empfand, die Anklagepunkte vor dem Prozeß zu prüfen. Daß die konkreten Stützen der Anklage so total in sich zusammenbrechen würden, damit hatte der Staatsanwalt gewiß nicht gerechnet. Von der neuen Prozeßsituation überfordert, beantragte er eine „Nacht der Ruhe".

Wer jedoch glaubt, daß sich Müller-Daams in seiner nächtlichen Ruhe zu neuen Erkenntnissen durchringen konnte, geht fehl. In seinem Plädoyer stellt er zwar fest, daß kein einziges Beweismittel für die Gründung einer kriminellen Vereinigung existiere, fordert jedoch weiterhin eine Verurteilung Willi's nach § 129. Dieser Paragraph erfülle nämlich auch einen „Schutzzweck". Danach läge eine Beeinträchtigung der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland bereits dann vor, wenn sich eine Gruppe bilde, die strafbare Handlungen in ihr Gedankengut aufgenommen habe. Wurde in früherer Zeit nur die konkrete Tat bzw. der vereitelte Versuch strafrechtlich geahndet, so brachte der § 129 die Verschärfung mit sich, daß bereits die Planung einer konkreten Tat als Straftat ins Gesetzbuch aufgenommen wurde. Da Willi aber weder eine Straftat noch die konkrete Planung einer solchen zur Last gelegt werden konnte, mußte die politische Gesinnung, die die Planung einer Straftat als eine Möglichkeit beinhaltet, als Straftat herhalten. Dies bedeutet faktisch nichts anderes, als daß der § 129 zur verdeckten Einführung der Schutz- und Vorbeugehaft gebraucht werden soll. Bildet sich eine Gruppe von Leuten, genauer gesagt eine Gruppe von Genossen, die in ihrer Ideologie die Möglichkeit des aktiven Widerstands, d. h. einer revolutionären Veränderung der Gesellschaftsordnung, aufgenommen hat, so wird die Gesinnung zur Straftat und die Gruppe wird in Schutzhaft genommen.

Zwar spricht das Gericht Willi Piroch frei, leitet aber andererseits keinerlei rechtliche Schritte gegen die Knastbosse Kronzucker und Holleck ein. Die an den Haaren herbeigezogene Anklage, das Engagement der Verteidigung, die empörte liberale Presse und konkrete Aktionen – wie die Besetzung der „Nürnberger Nachrichten", Wandmalereien und Flugblätter – führten zur Mobilisierung einer breiten Öffentlichkeit, die es dem Gericht schwermachte, „klammheimlich" die Vorbeugehaft einzuführen.

Was in diesem Prozeß noch nicht durchgesetzt werden konnte, ist vielleicht bald schon Gesetz. Die bürgerliche Presse kurbelt die Debatte, aufgehängt an Personen wie Rolf Pohle u. a., über die Schutz- und Vorbeugehaft bereits an; die entsprechenden Gesetzesvorlagen liegen dem Legitimierungsgremium, dem Bundestag, vor. Der Freispruch ist deshalb noch kein Sieg für uns, sondern nur eine Niederlage weniger. Doch der Kampf geht weiter . . ."

aus: BLATT, München

ASTA WEGEN BUBACK–NACHDRUCK DURCHSUCHT

KAISERSLAUTERN
22. Juni

Der Nachdruck des Göttinger Buback-Artikels in der „Wampf", Kaiserslauterer Studentenzeitung, diente als Vorwand, um hier am 14. Juni die ASTA-Räume zu durchsuchen und Exemplare der „Wampf" zu beschlagnahmen.

In Verlauf dieser Durchsuchung fühlten sich die fünf Herren vom Staatsschutz so bedroht, daß sie Verstärkung anforderten, und diese gegen etwa 70 Leute, die sich mit dem ASTA solidarisierten, Schlagstöcke und chemischen Keule im geschlossenen Raum einsetzten.

Ein Bericht aus Kaiserslautern:

„ Es geht wie ein Lauffeuer durch die Stadt – durch die Kneipen– der ASTA wird durchsucht. Mundpropaganda...– Schneeball-System...,„Ich rufe noch schnell da an"... „Wir fahren noch schnell da vorbei" ! Die spontane Organisation ist perfekt. Eine halbe Stunde später sind rund ein Dutzend Autos unterwegs zur Uni. 70 Leute– für Kaiserslautern fast eine Massenbewegung! Leute aus den politischen Initiativen, viele, die man vom Sehen aus der Kneipe kennt, ein paar Studenten. Keiner hatte mit einer solchen Solidarität gerechnet, am wenigsten der ASTA und die Zivilen.

Wir waren einer Meinung: es ist eine Sauerei, wegen des Artikel zu Buback den ASTA zu durchsuchen. Aber die Durchsuchung zu verhindern, dazu waren wir nicht entschlossen genug. Und diese Entschlossenheit haben die Bullen genutzt.

Es kam zu einigen Rempeleien, als 12 Zivile zur Verstärkung eintrafen. Klar, daß sie sich durch unsere Anwesenheit und durch unsere Bemerkungen provoziert gefühlt haben. Sie haben ja auch eine beschissene Funktion. Aber das rechtfertigt noch lange nicht, was dann passierte, und womit niemand von uns gerechnet hat.

Plötzlich stürmen die Bullen raus, versuchen die Leute, die vorne stehen, zu schnappen, hauen mit Totschlägern und Knüppeln drauf. Wir haben noch geschafft, einen von uns von den Bullen wieder loszureißen – ab dann ist der Augenzeugenbericht ein Ohrenzeugenbericht. Chemical mace direkt ins Gesicht, Schreie, Durcheinander, chaotische Flucht durch die Tür, durch die Fenster, raus ins Freie.

Der ohnmächtige Zorn kommt nochmal hoch, als die Bullen grinsend abzogen. Die meisten Leute sind total fertig, einige spucken die Autos an, der Rest sitzt oder steht rum, diejenigen, die schlimm chemical mace erwischt haben , werden mit Wasser behandelt...."

Daß es hier aber nicht nur um den Buback–Artikel geht, ist offensichtlich. Der Hintergrund für die Beschlagnahmung und Durchsuchung ist die allgemeine Welle von Unterdrückung, angefangen von Berufsverboten über Gewerkschaftsausschlüsse bis zur Kriminalisierung von KKW–Gegnern und Repressionen gegenüber politischen Gefangenen. Die Reihe läßt sich beliebig fortsetzen. Durchsuchungen und Beschlagnahmungen in linken Buchläden und bei den Alternativzeitungen sind an der Tagesordnung. Die Polizeiaktion an der Uni war eine Vorwegnahme dessen, was durch Hochschulrahmengesetz und Landeshochschulgesetz gesetzlich verankert werden soll:

Die Zerschlagung des politischen Mandats der Asten und damit die Mundtotmachung politisch denkender Studenten. Genau auf diesem Hintergrund versammelten sich spontan 70 Leute, um ihre Solidarität mit dem ASTA und den Wampf–Redakteuren zu bekunden. Genau das ist der Hintergrund für das brutale Vorgehen der Polizei, die mit rücksichtslosem Einsatz von Knüppeln und chemischer Keule diese Solidarität zerstören wollte.

Und genau eine breite Solidarität aller Linken und Demokraten ist notwendig, um Repressionen und Übergriffe auf demokratische Rechte aufzufangen.

Es ging an der Uni nicht nur um Studenten. Wir wehren uns entschieden gegen den Versuch von Staatsanwaltschaft und bürgerlichen Medien, die Bewegung in „provozierende Nichtstudenten– friedliche Studenten" zu spalten. Die Staatsanwaltschaft und die Zeitung „Rheinpfalz" sprechen in diesem Zusammenhang von 60 Personen, die fast ausnahmslos Angehörige des KBW und einer politischen Wohngemeinschaft seien. Vom KBW waren an der Uni zwei Personen anwesend. Allerdings ist nicht anzunehmen, daß etwa die Unwissenheit der Staatsanwaltschaft sie zu dieser Angabe veranlasste. Die Stärke des KBW dürfte in Kaiserslautern nicht über 10 Personen hinausgehen, und das weiß auch die Staatsanwaltschaft sehr genau. Man wollte zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: Zum einen die gerade entstandene Solidarität und Empörung von 70 Demokraten aus allen politischen Lagern zu zerschlagen, indem man angeblich provozierende Nichtstudenten kriminalisiert, zum andern aber reiht sich die Zuordnung dieser Anwesenden zum KBW ein in die in den bürgerlichen Medien im Moment ablaufende Hetzjagd gegen den KBW (Verbotsantrag usw.)

Am nächsten Tag mobilisierte ein spontan entstandenes Solidaritätskomitee aus Mitgliedern der verschiedensten politischen Gruppen zu einer Demonstration, an der 600 Leute nicht nur ihre Solidarität mit den „Wampf"–Redakteuren und dem ASTA zum Ausdruck brachten, sondern gegen jede Art von Übergriffen und Repressionen seitens der Staatsgewalt protestierten.

Es wurde ein Solidaritätskonto eingerichtet für alle Betroffenen. Langfristig wird das Solidaritätskomitee die Funktion haben, in Fällen von Unterdrückung und Übergriffen eine breite Basis zu mobilisieren. Nur so kann man künftig verhindern, daß die Staatsgewalt diese Übergriffe klammheimlich weitab von der Öffentlichkeit oder unterstützt von der bürgerlichen Presse durchführt.

SOLIDARITÄTSKOMITEE (ASTA Uni K' lautern, ASTA der FHS K' lautern, Wampf, KATZ, Aktionskreis Undogmatische Linke, Antifaschistischer Kampf, KKW–Nein– Initiative, Internationaler Christlicher Jugendaustauschdienst, Selbstorganisation der Zivildienstleistenden)

HEISSER SOMMER AN DER FÖRDE?

KIEL
20. Juni

Bericht von Kieler Spontis:

„Ende Mai ist unter den Lehrerstudenten in Schleswig-Holstein ein sogenannter 'Entwurf zur Änderung der Lehrerlaufbahnverordnung' bekannt geworden, mit dem unser lieber Kultusminister den Lehrermangel und die Lehrerarbeitslosigkeit absichern will. Das soll so gehen: Grund- und Hauptschullehrer werden nur noch in die 2. Ausbildungsphase, das Referendariat, übernommen, wenn in ihrer Fächerkombination Deutsch oder Mathematik auftaucht, Realschullehrer nur noch mit einer Kombination mit den Fächern Deutsch, Mathematik, Englisch; für Gymnasiallehrer ist eines der Fächer Deutsch, Mathematik, Englisch, Französisch oder Latein obligatorisch. Das hat zur Auswirkung, daß von den etwa 10.000 Lehrerstudenten in Schleswig-Holstein für etwa 3.000 ein Weiterstudium völlig sinnlos wird, weil sie keines der geforderten Fächer studieren. Der Clou bei der Geschichte: die Verabschiedung dieser neuen Verordnung soll bis Ende Juni 1977 gelaufen sein, sie tritt aber rückwirkend ab 1. 1. 1977 in Kraft und gilt für alle, die nach dem 31. 8. 1977 eine Einstellung in den Vorbereitungsdienst bekommen könnten. So kann die Lehrerausbildung, auf die der Staat ein Monopol hat, von sehr vielen nicht beendet werden!

Die erste Reaktion bei Studenten wie Dozenten war ungläubiges Staunen: das kann doch gar nicht wahr sein! Die folgenden Reaktionen: schnell um sich greifende Politisierung. Vom 1. bis 9. Juni streikte die PH Flensburg (700 Studenten). Nach einer Urabstimmung (Beteiligung 48,7 % mit 83,7 % Ja-Stimmen) trat auch die PH Kiel (2.400 Studenten) am 15. Juni in den Streik, die PH Flensburg nahm ihn am gleichen Tage mit neuem Mut wieder auf. Am 14. Juni beschloß eine Vollversammlung der Fachbereiche Philosophie und Mathematik-Naturwissenschaften der Universität Kiel (mit einer Beteiligung von 20 % aller an den beiden Fachbereichen immatrikulierten Studenten größer als die letzten VVs der Gesamtuni) bei 4 Gegenstimmen und 7 Enthaltungen den sofortigen Streik an den beiden Fachbereichen (zusammen 6.400 Studenten). Am 16. Juni faßte eine sehr volle VV des Fachbereiches Theologie der Uni Kiel den Beschluß, sich dem Streik anzuschließen. Am 15. Juni fand auch eine Uni-VV statt (Beteiligung 1.700 Studenten nach zwei Tagen Mobilisierung), die, angeheizt durch Songgruppen in eine Wahnsinnsstimmung geriet und entgegen den pessimistischen Vorstellungen ausnahmslos aller etablierten politischen Gruppen, von K-Gruppen über MSB bis zum Juso-AStA, auf Sponti-Antrag hin die Durchführung einer Urabstimmung für einen unbefristeten Streik der gesamten Universität beschloß.

Der Streik der 10.000 Lehrerstudenten steht – ein gemeinsamer Rat aller Schleswig-Holsteinischen Streikkräfte koordiniert die Aktionen, die Gewerkschaften unterstützen, und sogar die Professoren solidarisieren sich zum Teil. Der KuMi bekam nun doch schon bald kalte Füße: er trat sofort nach dem Urabstimmungsbeschluß in Verhandlungen mit dem Uni-AStA, nachdem er noch tags zuvor versucht hatte, durch Flugblätter („Der Kultusminister informiert") die studentische Argumentation zu diffamieren. Durch schönfärberische Veränderungen seines Entwurfes vermeinte er, die Unruhe dämpfen zu können. Aber der jetzt schon beste Streik seit Jahren läuft! Viele neue Leute werden einbezogen, neue Studiengefühle breiten sich in den Seminaren aus. Wir gehen mit Theater- und Singgruppen in die Stadt; die einzelnen Fachschaften haben Schulpatenschaften übernommen, denn Schüler, Eltern und Lehrer werden von der Verordnung genauso betroffen wie wir Studenten. Der KuMi stöhnt! Alles das gerade jetzt, während der 'Kieler Woche 1977', die unter dem schönen Motto steht: 'Was wird aus unserer Wirtschaft?' Die Stadt ist vollgestopft mit Gästen, der Bürokratie scheinen die Hände gebunden, denn Polizeieinsätze gegen Studentenunruhen vor solch einer Kulisse verbieten sich wohl von selbst.

Nähere Informationen, Solidaritätsbeweis könnt ihr bekommen, könnt ihr schicken an

Thomas Voß, An der Bahn, 2351 Bokhorst

ABENDGYMNASIUM FRANKFURT: NOTEN GESENKT UND MÜNDLICHE PRÜFUNGEN ANGEORDNET

FRANKFURT 20. Juni

Am 24. Mai 77 haben am Abendgymnasium Frankfurt die Reifeprüfungskonferenzen begonnen. Die Schulaufsicht (Regierungspräsidium Darmstadt) hat ohne vorherige Diskussion und Koordination mit den Fachlehrern per Verwaltungsakt dafür gesorgt, daß die Abiturnoten der Studierenden verschlechtert wurden.

Sie hat die schriftlichen Arbeiten um eine oder zwei Notenstufen gesenkt und mündliche Prüfungen angeordnet. Dies geschah ohne jede inhaltliche Diskussion über Beurteilungsmaßstäbe, Lernziele und Unterrichtsgegenstände, wie sie das Kollegium des Abendgymnasiums gefordert hat.

Bei 185 Studierenden, die im Februar/März 1977 das schriftliche Abitur ablegten, wurden 95 mündliche Prüfungen angeordnet, 145 Noten zum Nachteil der Absolventen verändert. Damit soll die Verschlechterung des Notendurchschnitts am Abendgymnasium Frankfurt per Erlaß erzwungen werden.

Das Kultusministerium begründet diesen empörenden Eingriff mit der Bemerkung, im Vergleich zu den übrigen hessischen Abendgymnasien hätten die Frankfurter so gut abgeschnitten, daß es „in's Auge fiele" – künftig werde man dem Abendgymnasium Frankfurt „etwas mehr auf die Finger sehen".

Willkürliche Eingriffe der Kultusbürokratie sind für das Abendgymnasium Frankfurt nicht neu: Schon im Jahre 1976 wurden die schriftlichen Abitursarbeiten vom Regierungspräsidium eingezogen und zur Nachkorrektur verschiedenen Lehrern an anderen hessischen Abendgymnasien zugeleitet. Eine 'Prämie' von DM 21,– pro nachkorregierter Arbeit konnten sich 'willige' Beamte verdienen, die bereit waren, diese fragwürdigen Methoden zu unterstützen. Insgesamt wurden DM 10.000,-- dafür bereitgestellt. Auch die CDU brachte im Landtag eine Anfrage ein, der zufolge die Noten am Frankfurter Abendgymnasium 'zu gut' seien.

Ganz deutlich wird: Die Tendenz zur Verschlechterung der Noten soll allmählich den Zweiten Bildungsweg lahmlegen. Für die Studierenden der Erwachsenenbildung bedeuten diese Willkürmaßnahmen, daß sie bedingt durch den Numerus Clausus weder studieren noch in ihre alten Berufe zurückgehen können, da sie aufgrund ihres dreieinhalbjährigen Schulbesuches und die damit verbundene mangelnde Berufspraxis nicht wieder eingestellt werden.

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Bezirksvorstand Frankfurt, erklärt dazu:

„Der Bezirksvorstand verurteilt die massiven bürokratischen Eingriffe der Schulaufsicht in die Ausbildung am Abendgymnasium Frankfurt und alle Versuche und Maßnahmen, eine Notenverschlechterung gegen die Abiturienten zu erzwingen.

Der Bezirksvorstand stimmt mit der Auffassung der Kollegen am Abendgymnasium Frankfurt überein, daß diese empörenden Ereignisse kein isoliertes und zufälliges Vorgehen darstellen. Danz deutlich wird: Die Tendenz zur Verschlechterung der Noten soll in verschiedenen Formen in allen Schulen durchgesetzt werden. ....

Die vielgepriesenen Bildungschancen erweisen sich als leere Versprechen. Die Chancen für das Studium und für gute Schulabschlüsse werden für alle Schüler immer geringer. Abiturienten, die nicht studieren können, weil sie keinen Studienplatz bekommen, verdrängen die 'schwächsten' Glieder des Bildungssystems vom Arbeitsmarkt, ganz unten auf der Leiter stehen die Haupt- und Sonderschüler. Wir Lehrer haben kein Interesse durch schlechtere Noten die Auslese zu verschärfen und mehr Schüler aus dem Bildungsweg in die Arbeitslosigkeit zu drängen.

Der Bezirksvorstand unterstützt die Forderung der Kollegen am Abendgymnasium Frankfurt nach Rücknahme der Notenverschlechterung und lehnt die erneuten Angriffe auf den Zweiten Bildungsweg ab, die es berufstätigen Erwachsenen zunehmend schwerer machen, einen qualifizierten Schulabschluß zu erreichen."

SPONTI–KONGRESS IN MARBURG

Marburg 23. Juni

Die Marburger Spontis kündigen an: „Zwischen dem 26. Juni und dem 3. Juli findet im ach so idyllischen Marburg eine 450–Jahr–Jubelfeier an der hiesigen Uni statt. Es soll mal wieder Friede–Freude–Pfannekuchen gefeiert werden. Vergessen werden

sollen die Strafanzeigen, jegliche Form von politischer Repression. Mit anderen Worten: Eine saubere, weiße Uni soll der Öffentlichkeit präsentiert werden. Wir werden uns da ein bißchen einmischen. Auch indem wir was Eigenes auf die Beine stellen. Bis jetzt sieht das so aus: Mittwoch, 29.6., ab 18 Uhr spielt Embryo und Missus Beastly auf der Freilichtbühne. Donnerstag ab 10 Uhr wollen wir Arbeitsgemeinschaften über folgende Themen machen: 1. Hochschulrahmengesetz und konkrete Kämpfe in Heidelberg, Tübingen, Göttingen usw., 2. Rückzug aus der Uni ?, 3. Alternativen in verschiedenen Bereichen, 4. Basisbewegung kontra Institutions– und Gremienarbeit, 5. Frauen in der Uni, Sommeruni, Frauenasta. Des weiteren laufen Workshops über Theater, Pantomime, Körperbewegung, Volkstanz und Straßenaktionen.
Es wäre schön, wenn dazu viele von Euch kommen. Anlaufstelle wegen Schlafplätzen und so ist das KFZ–Kommunikationszentrum, Schulstr. 6, 3550 Marburg, Mittwoch ab 16 Uhr und die Evangelische Studentengemeinde, Donnerstag ab 10 Uhr."

TREFFEN AUTONOMER FRAUENGRUPPEN

Drittes Treffen von Frauen aus autonomen Frauengruppen, -referaten und -asta in Berlin

BERLIN
15. Juni

Vom 9. bis 12. Juni 1977 trafen sich in Berlin Frauen der autonomen Frauenbewegung an Hochschulen aus folgenden Städten: Aachen, Frankfurt, Heidelberg, Freiburg, Konstanz, Marburg, Mannheim, Saarbrücken, Tübingen, Oldenburg, Berlin, Fulda, Bochum, Münster, Düsseldorf.

Autonom heißt für uns, daß wir die Inhalte und Formen unserer Politik selbst bestimmen und unabhängig von parteipolitischen Einflüssen arbeiten. Neben dem für uns wichtigen Erfahrungsaustausch wurden folgende drei Schwerpunkte in Arbeitsgruppen und im Plenum diskutiert:

1. Das Aufgreifen und Funktionalisieren von Frauenpolitik durch K-Gruppen, MSB u. a.
2. Die Einrichtung und Arbeit von autonomen Frauenreferaten.
3. Vermittlungsprobleme zwischen Frauen aus Frauenreferaten oder AStA und anderen Uni-Frauen.

Deutlich wurde uns beim Erfahrungsaustausch, daß parteipolitische Gruppierungen verstärkt versuchen, Frauenpolitik und Forderungen von Frauen an der Uni aufzugreifen, um sie für ihre Interessen nutzbar zu machen. Das zielt darauf ab, Frauen als Stimmvieh zu funktionalisieren, als zu mobilisierende Objekte zu benutzen. Autonomie spricht man den Frauen ab u. a. mit der Begründung, dies sei unpolitisch und spalterisch. Wir meinen jedoch, daß die autonome Organisierung von Frauen eher eine Bedrohung für diese Gruppierungen und ihre Politik darstellt. Dieser neue Trend, daß Frauenpolitik „in" wird, birgt die Gefahr einer Verwässerung dessen, was wir als autonome Frauengruppen an der Uni wollen. Deshalb ist es notwendig, verstärkt unser Verständnis von Politik, von einer Synthese von Frau und Hochschulpolitik, der Ablehnung des Abgeschobenwerdens in eine Frauenecke, auf frauenspezifische Fragen wie § 218, Sexualität und Verhütung offensiv zu diskutieren.

In diesem Zusammenhang steht auch die Errichtung und Arbeit von autonomen Frauenreferaten. Politische Arbeit in Frauenreferaten soll sich nicht auf Schwangerschafts- und Verhütungsberatung beschränken. Diese „Dienstleistungen" können ebenso vom Sozialreferat übernommen werden. Politik von Frauenreferaten muß darüber hinausgehen. Sie muß aktiv in die Hochschulpolitik eingreifen. Sie muß diese mit den Erfahrungen einer spezifischen Unterdrückung von Frauen an der Uni, mit den von Frauen entwickelten Formen ihres Widerstandes konfrontieren. Die Entwicklung einer inhaltlich fundierten Analyse unserer Situation und Funktion an der Uni legten wir als einen der nächsten Arbeitsschwerpunkte der Arbeit der Frauengruppen und -referate an der Uni fest.

Als ein interessanter Ansatzpunkt einer theoretischen Analyse sahen wir die Arbeiten zur Reproduktionsarbeit von Frauen in dieser Gesellschaft im Rahmen von „Lohn für Hausarbeit" an. Die Übertragung auf unsere Unisituation (siehe dazu den Aufsatz in der Frauenoffensive) könnte Rahmen eines theoretischen Begründungskonzepts unserer Politik werden.

Probleme der Vermittlung der politischen Arbeit von den Frauen aus den Frauenreferaten an die anderen Frauen der Uni gab es bei allen an dem Treffen beteiligten Frauen. Wir erkannten, daß die oftmals nur auf sprachlicher Ebene ablaufende Vermittlungsform nicht ausreicht. Gemeinsames Erfahrung-machen in Aktionen (z. B. die Besetzung des einen Frauenraumes in Bochum, Frauenumzug in Frankfurt), andere Ausdrucksformen wie Theater, Video (die Heidelberger Frauen drehten einen Videofilm, in dem sie Szenen über ihre Situation an der Uni spielten), Foto (Infostände) sind oft geeigneter um das, was wir wollen, zu vermitteln.

Diese drei Schwerpunkte sollen Grundlage der Arbeit der Frauen der autonomen Frauengruppen und -referate in der nächsten Zeit sein. Geplant ist, noch in diesem Jahr eine gemeinsame Aktion auf nationaler Ebene vorzubereiten. Dazu treffen wir uns im Rahmen der Sommer-Uni am **2. Oktober 1977 um 13.00 Uhr in der PH Berlin, Malteserstraße 74 - 100.** Ein Info zu diesem Treffen erscheint im August. Interessentinnen wenden sich bitte an die Freiburger Frauen:

Uni-Frauengruppe Freiburg, c/o Cornelia Hösel, Kaiser-Joseph-Straße 284, 7800 Freiburg – Tel. 0761/26178

LEBENDIGER STAAT: 'DIE ZUKUNFT GEMEINSAM GESTALTEN'

BONN
20. Juni

Bonner Frauen nahmen auf ihre Weise Anteil an einer staatlichen Wanderausstellung: „In einer Zeit der ökonomischen Krise und zunehmenden Repression veranstaltet der Staat eine Werbekampagne: Verpackt in bunten Containern bietet er seine neuesten Produkte an: Neues Ehe- und Familienrecht, 'Reform' des §218 usw. 'Die Zukunft gemeinsam gestalten - jeder kann mitmachen', so lautet das Motto. Eingelullt in seichte Musik, geblendet von blitzenden Lämpchen, Bildern, Diashows, Informationen - von allem etwas, für jeden etwas - möchte man es fast glauben, wenn man nicht wüßte, daß die Realität anders aussieht. Gleichberechtigung von Mann und Frau gibt es eben nicht durch neue Ehe- und Familiengesetze dieses Staates, solange die Ehefrau weiterhin vom Ehemann ökonomisch abhängig bleibt und an die Reproduktionstätigkeit gebunden ist, weil z.B. laufend Kinderkrippen und -gärten geschlossen werden. Probleme der Gesundheit sind eben noch lange nicht gelöst, wenn jeder weniger ißt oder raucht, gleichzeitig aber die Umweltverschutzung immer mehr zunimmt.

Diese sensationelle Show durften wir in Bonn anderthalb Wochen lang genießen! Das Tollste an ihr ist, daß der Staat allen kritischen Bürgern und Bürgerinnen, Bürgerinitiativen und Selbsthilfeorganisationen gleichzeitig die einmalige Gelegenheit bietet, sich kritisch (nicht zu kritisch, versteht sich) über den Staat zu äußern. So gab es auch einen extra Frauentag, zu dem wir die Ehre hatten eingeladen zu werden. Wir, das sind zwei Bonner Frauengruppen (Frauenkomitee und Frauenforum) - nur wollten wir uns nicht für diese Kampagne einspannen lassen und mußten leider absagen! Stattdessen veranstalteten wir an diesem einmaligen Frauentag eine Gegenaktion - mit Flug-

blättern und Informationsstand versuchten wir die Bonner Bürgerinnen über den wahren Charakter dieser Staatsaktion aufzuklären. Und wir machten die überraschende Entdeckung, daß manche schon von selber drauf gekommen waren: 'So lange der §218 nicht abgeschafft ist, wird sich doch nichts ändern, da können die sagen was sie wollen', so eine ältere Bürgerin.

Der Rummel zieht weiter, demnächst ist er in: Hagen, Bielefeld, Hannover, Lübeck, Hamburg, Wilhelmshaven, Oldenburg, Essen, Düsseldorf. Wenn ihr zufällig in einer der Städte wohnt - geht mal rein, vielleicht kriegt ihr auch solch eine Wut, daß ihr nicht anders könnt, als was dazu zu sagen. Vielleicht könnt ihr auch noch mehr Spektakel machen, als wir im kleinen Bonn dazu in der Lage waren."

NEUE INITIATIVEN ZUM RUSSELL-Tribunal

FRANKFURT
22. Juni

Aus Heidelberg, Hamburg und Wien melden sich drei neue Initiativgruppen für ein Russell-Tribunal.

In Heidelberg wird der Arbeitskreis von einem großen politischen Spektrum getragen, vierwöchentlich findet eine Vollversammlung statt, verschiedene Projektgruppen wurden gebildet: Repression im Öffentlichen Dienst, Repression durch Justiz, Verwaltung und Gesetzgeber, Situation der Ausländer in der BRD, Mediensituation, Frauen.

Anschrift: **Arbeitskreis Russell-Tribunal c/o Hilmar Hoppe, Richard-Wagner-Str. 5, 6830 Schwetzingen**

In Hamburg bearbeitet die Mediengruppe zunächst das Thema "Behinderung der linken Gegenöffentlichkeit" und weiterhin das Thema "Gleichschaltung der Medien." Die Gruppe hat eine Broschüre zur Zensur im Norddeutschen Rundfunk rausgebracht.

Anschrift: **Arbeitsgruppe zur Behinderung der linken Gegenöffentlichkeit c/o Theis, Methfesselstr. 41, 2 Hamburg 19**

In Wien hat sich ebenfalls eine Initiative gegründet, die um Informationen von bereits bestehenden Arbeitsgruppen bittet. Arbeitsgruppen:

– Berufsverbote und Repression im öffentlichen Dienst, Betrieb, Gewerkschaft und in den Medien
– Verschärfung der gesetzlichen Grundlagen
– Militär und Polizei; Ausbau des Gewaltapparates
– Politische Prozesse und politische Gefangene
– Rechtsradikalismus
– Repression gegen Frauen
– Repression gegen Ausländer

....

Die Initiative hat eine Plattform verfaßt, deren vollständiger Text zu beziehen ist bei:

Österreichische Initiative zur Unterstützung des Russell-Tribunals über die politische Repression in der BRD, Belvederegasse 10/1, A-1040 Wien IV.

SOLDATENGRUPPENTREFFEN IN HAMBURG

HAMBURG
20. Juni

Am 8. – 10. Juli wird in Hamburg ein regionales Treffen aller Soldatengruppen stattfinden. Es soll im Wesentlichen dazu dienen:

1) sich gegenseitig bekannt zu machen, Erfahrungen auszutauschen und weitere gemeinsame Schritte und Aktionen zu planen sowie Formen regionaler Zusammenarbeit und Unterstützung zu entwickeln.
2) Ein Themenschwerpunkt dabei ist die Frage der gewerkschaftlichen Organisierung und Orientierung. Bisherige Erfahrungen in der Auseinandersetzung mit den Einzelgewerkschaften oder DGB-Gliederungen z.B. an Standorten oder aus Anlaß des 1. Mai sollen dabei im Vordergrund stehen. Weitere Vergleichsmöglichkeiten bieten die Erfahrungen der holländischen Sodatengewerkschaften sowie die Diskussion zu diesem Thema in der französischen Saldatenbewegung.
3) Dokumentation der Repression gegen Soldaten bzw. Zeitungsverteiler
4) Möglichkeit der Zusammenarbeit mit anderen antimilitaristischen Organisationen außerhalb der Bundeswehr.
5) Absprache weiterer Treffen.

Jede Gruppe und Person erhält nach der Anmeldung entsprechende Vorbereitungspapiere und genauere Hinweise über vorgesehenen Ablauf und Tagungsort. Weiterhin sind schon alle Gruppen heute aufgefordert ihre Erfahrungen und Einschätzungen bzw. auch Anregungen zu o.g. Themenkomplexen möglichst schriftlich zu formulieren und uns zuzusenden, damit wir sie als Vorbereitungsmaterialien an alle Teilnehmer verschicken können.

Unkosten belaufen sich auf Fahrtkosten und Verpflegung.

Anmeldeschluß ist der 30. Juni (notwendig, um die Materialien rechtzeitig verschicken zu können).

Kontaktadresse: AMAK Bremen, Heinrichstr. 21, BDP-Haus, 2800 Bremen

JUGENDLICHE "WOHNEN" IN DER FACHHOCHSCHULE

Frankfurt
22. Juni

Die ehemaligen Bewohner des Jugendwohnheims Kleemannstraße in Frankfurt berichten über ihre Situation:

"Wir sind aus dem Heim rausgeschmissen worden, weil wir uns gegen die Heimunterdrückung (Prügel, Schikane, Taschengeldentzug, Zwangsverschickung in geschlossene Heime) gewehrt haben. Nach dem Rausschmiß saßen wir auf der Straße. Dort haben wir uns überlegt, was wir tun. In Heime wollen wir auf jeden Fall nicht zurück. Wir wollen ein Haus in Selbststverwaltung mit Sozialarbeitern, die uns in diesem Projekt unterstützen, die wir auch selbst auswählen.

Um unsere Forderung durchzusetzen, haben wir einige Aktionen unternommen. Wir haben uns vor dem Jugendamt angekettet, einmal um auf unsere Wohnsituation aufmerksam zu machen und zum anderen, um unseren Forderungen gegenüber Jugendamtsleiter Faller Nachdruck zu verleihen. Diese Aktion brachte nichts, außer der kaltschnäuzigen Bemerkung "keine Sprechstunde" von Faller. Mit einer anderen Aktion wollten wir die Öffentlichkeit auf unsere Lage aufmerksam machen. Wir zogen mit Matratzen auf die Zeil. Auch das hatte keinen Erfolg.

Und nun kommts— Am Mittwoch, den 15.6. besetzten wir zwei Räume der Fachhochschule im Fachbereich Sozialarbeit Nordweststadt. Wir "wohnen" dort seit einer Woche und haben erreicht, daß sich die Vollversammlung der Studenten, Fachbereichskonferenz und Leitung des Fachbereichs mit unseren Forderungen solidarisiert und gemeinsam mit uns versucht, sie durchzusetzen. Letzte Nacht zum 22. Juni wurden wir von Bullen mit MP im Anschlag um ca. 2 Uhr nachts während des Einschlafens überrascht. Der gesamte Betonblock war von Grünen umstellt und das alles zwecks Überprüfung der Personalien bzw. Gefahr im Verzuge. Unser Kampf wird kriminalisert.
Wir brauchen eure Unterstützung.
Wir leben nur von Spenden, also schaut mal in eurem Geldbeutel nach. Und besucht uns."

KINDERBAUHOF SOLL 'GESTRICHEN' WERDEN

DARMSTADT Juni 1977 Am 3. Juni 1977 fand ein Treffen aller Darmstädter Initiativen, die sich mit alternativer Erziehung beschäftigen, statt. Anwesend waren ca. 60 Eltern und Betreuer aus folgenden Einrichtungen: Verein für nichtrepressive Erziehung (KWI, KWII, Kinderhof), Kinderbauhof, Kinderhaus Alicenstr., Internationale Spiel- und Lernstufe, Schülerladen Landwehrstr., und zwei Initiativen, die eine gemeinsame Erziehung und Betreuung von Kleinstkindern durchführen. Insgesamt werden von diesen Initiativen in Darmstadt ca. 130 Kinder betreut. Neben der gegenseitigen Information über die Arbeit und die Probleme der einzelnen Einrichtungen wurde zum Kinderbauhof im Steinbau der Orangerie folgende Presseerklärung verabschiedet.
Presseerklärung:

'Mit dem Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vom 17.5.1977, die Zuschüsse für den Kinderbauhof zu streichen, soll eine fünfjährige Arbeit zerstört werden. Die anfangs als Modellversuch angelegte Arbeit ist schon lange aus diesem Stadium herausgetreten und hat sich in der Praxis bewährt. Ein Ziel der Betreuung, der Ausgleich von Lernschwächen in der Schule, wurde voll und ganz erreicht. Selbst Kinder, die unter schwierigsten Bedingungen zur Schule gehen - z.B. ausländische Kinder - sind in nicht sitzengeblieben und haben den Sprung zur Haupt- bzw. Realschule geschafft. Wenn diese Arbeit nicht weitergeführt wird, bedeutet dies u.a. für die Kinder, daß ihnen das Recht auf eine qualifizierte Ausbildung verwehrt wird. Die pädagogische Arbeit im Kinderbauhof ist durch mehrere Gutachten der pädagogischen Fachbereiche der TH und der Uni Frankfurt positiv beurteilt worden. Selbst die im Stadtparlament vertretenen Parteien haben in den Sozialausschüssen diese Arbeit für unterstützungswürdig gehalten. In dem Finanzausschuß und in der Etatdebatte in der Stadtverordnetenversammlung war von dieser Unterstützung seitens der Mehrheitsfraktion nichts mehr zu verspüren. Am Geld kann es eigentlich nicht liegen. Die Kosten für die Betreuung der Kinder im Kinderbauhof liegen um ca. DM 1.000,— pro Kind und Jahr niedriger als in den städtischen Einrichtungen. Gleichzeitig mit der Streichung der Zuschüsse für den Kinderbauhof wird in der Orangerie das Schloß mit einem Aufwand von 4,35 Mio DM renoviert und als Kongreßzentrum ausgebaut. Die Vermutung liegt nahe, daß diese Stadtteilinitiative diese großartigen Pläne stört und daß hierin der eigentliche Grund ihrer Beseitigung liegt. Nur traut sich wohl keine der Parteien so offen kinderfeindlich aufzutreten. Alle Anwesenden des Treffens verurteilen einstimmig die Art und Weise, wie hier mit Steuergeldern umgegangen wird und wie die Interessen der Kinder dem sogenannten übergeordneten Interesse der Stadt Darmstadt geopfert werden. Besonders makaber sieht der Beschluß vom 17.5.77 aus, wenn man sich die Situation der Hortplätze in Darmstadt und speziell in Bessungen betrachtet. Schon jetzt sind alle Horte voll belegt und es liegen lange Wartelisten vor. Es ist unverantwortlich, wenn diese Situation durch die Auflösung des Kinderbauhofes nach dem 31.7.77 noch verschärft wird, ganz zu schweigen von den unübersehbaren Folgen für die 27 Kinder, die jetzt aus ihrem sozialen Zusammenhang herausgerissen werden sollen. Wenn jetzt die im Stadtparlament vertretenen Parteien versuchen, sich den schwarzen Peter gegenseitig zuzuschieben, so kann dies nur als Ablenkung von der eigenen Verantwortung betrachtet werden.

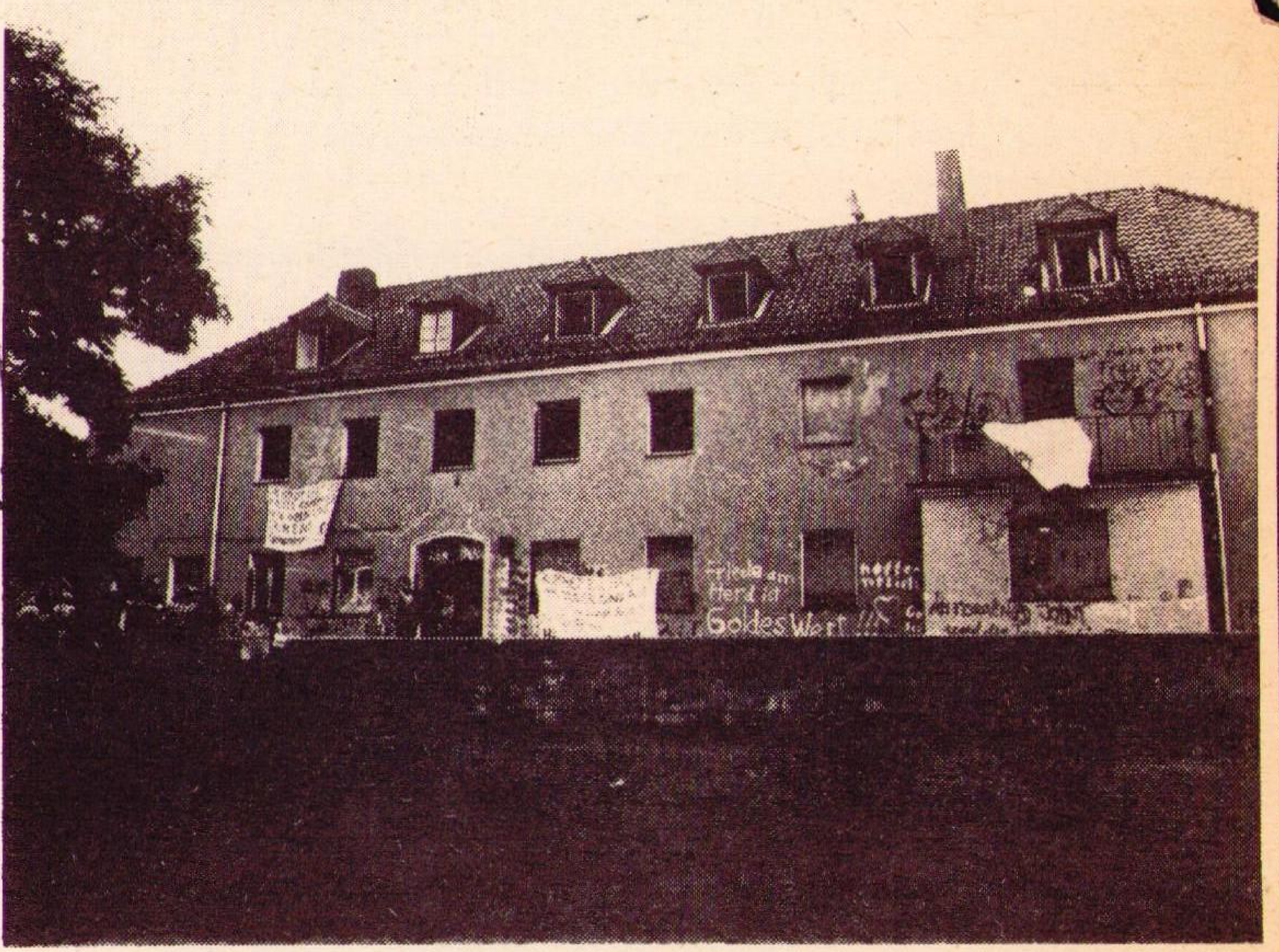
Die Anwesenden fordern die zuständigen Stellen auf, den Beschluß vom 17.5.77 rückgängig zu machen und setzen sich gleichzeitig dafür ein, daß die Arbeit im Kinderbauhof auch über den 31.7.1977 hinaus weiterlaufen kann.'

Kontaktadresse: Lore Schirz, Elisabethenstr. 69, 6100 Darmstadt

KOLLEKTIV SCHUTT—SCHEISSE—SCHERBEN
räumte ein Haus auf

Nürnberg Juni 1977 Von den Nürnberger Hausbesetzern bekamen wir einen Bericht, in dem es u.a. heißt:
Am Freitag, den 17. Juni wurde das Loni—Übler—Heim in Nürnberg, Marthastraße 60 von uns besetzt. Wir wollen dort unser erstes, selbstverwaltetes, freies Stadthaus einrichten.
Die Stadt, der das Haus heute gehört, kaufte das ehemalige Wohnheim vor drei Jahren von der Arbeiterwohlfahrt auf, Kurz darauf wurde den Bewohnern gekündigt, mit der Begründung, das Haus wäre renovierungsbedürftig , man könne darin nicht mehr leben. Trotz der Proteste der Betroffenen wurde das Haus dann geschlossen, Nun stand es fast drei Jahre leer, die Stadt dachte nicht an Renovierung, sondern mehr an Verrottung...

Uns hats endgültig gereicht! Wirbeschlossen, das Loni—Übler—Heim zu besetzen und es mit unserem Leben zu füllen. Wir wollen dort zusammenwohnen und arbeiten, ohne daß uns jemand reinredet, und ohne daß wir Miete zahlen müssen, die wir nicht zahlen können.



Das Haus hat mehr als dreißig Zimmer, Bäder, Klos, eine riesige Terrasse im Parterre einen großen Raum, in dem Mann/Frau echt viel zusammen machen können. In den oberen beiden Etagen richten wir Wohn— und Schlafräume ein, dabei ist auch an ein Sleep— in gedacht. Im Erdgeschoß sind Werkstätten (Töpferei, Schreinerei, Druckerei, etc.) geplant, evtl. soll auch ein Kinderladen rein.

Als wir am Freitagnachmittag dar Haus besetzten , brachten wir als erstes Licht und Farbe in die toten Räume. Gegen Abend hatten wir Schutt, Scheiße, Scherben zum größten Teil beseitigt und konnten unser Besetzerfest steigen lassen. Ca. 150 Leute aus Nürnberg und der Umgebung feierten.

Unterdessen sind bereits vier Tage vergangen, Die Stadt und die Bullen halten sich sehr zurück. Anscheinend sind sie der Meinung, wir würden von alleine wieder gehen, weil das Haus in einem ziemlich miesen Zustand ist: Die Elektrik ist völlig im Eimer, Klos und Bäder sind nicht mehr benutzbar, weil Wasser und Gasleitungen demoliert wurden. Auch die meisten Fenster haben keine Scheiben mehr. Deshalb sind wir am Montag mit vielen Kindern aus der Nachbarschaft ins Stadtjugendamt spaziert und wollten dem Verantwortlichen unsere Forderungen klarmachen. Aber der zuständige „Herr" von der Stadt, war in seinem heiligen Metier nicht bereit mit uns zu verhandeln. Er verschanzte sich hinter seinem Schreibtisch und rief die Polizei zu Hilfe. Aus diesem Grunde fand am Dienstag eine

Demo statt, um der Stadt unsere Forderungen nahezubringen und um eine breitere Öffentlichkeit herzustellen.

Wir fordern von der Stadt Nürnberg:

– Geld für die Renovierung des Loni–Übler–Hauses (im Haushaltsetat sind 290 000 DM für die Sanierung des Gebäudes enthalten)

– Sofortiges Einsetzen von Fenstern, sofortige Installation von Strom, Wasser– und Gasleitungen

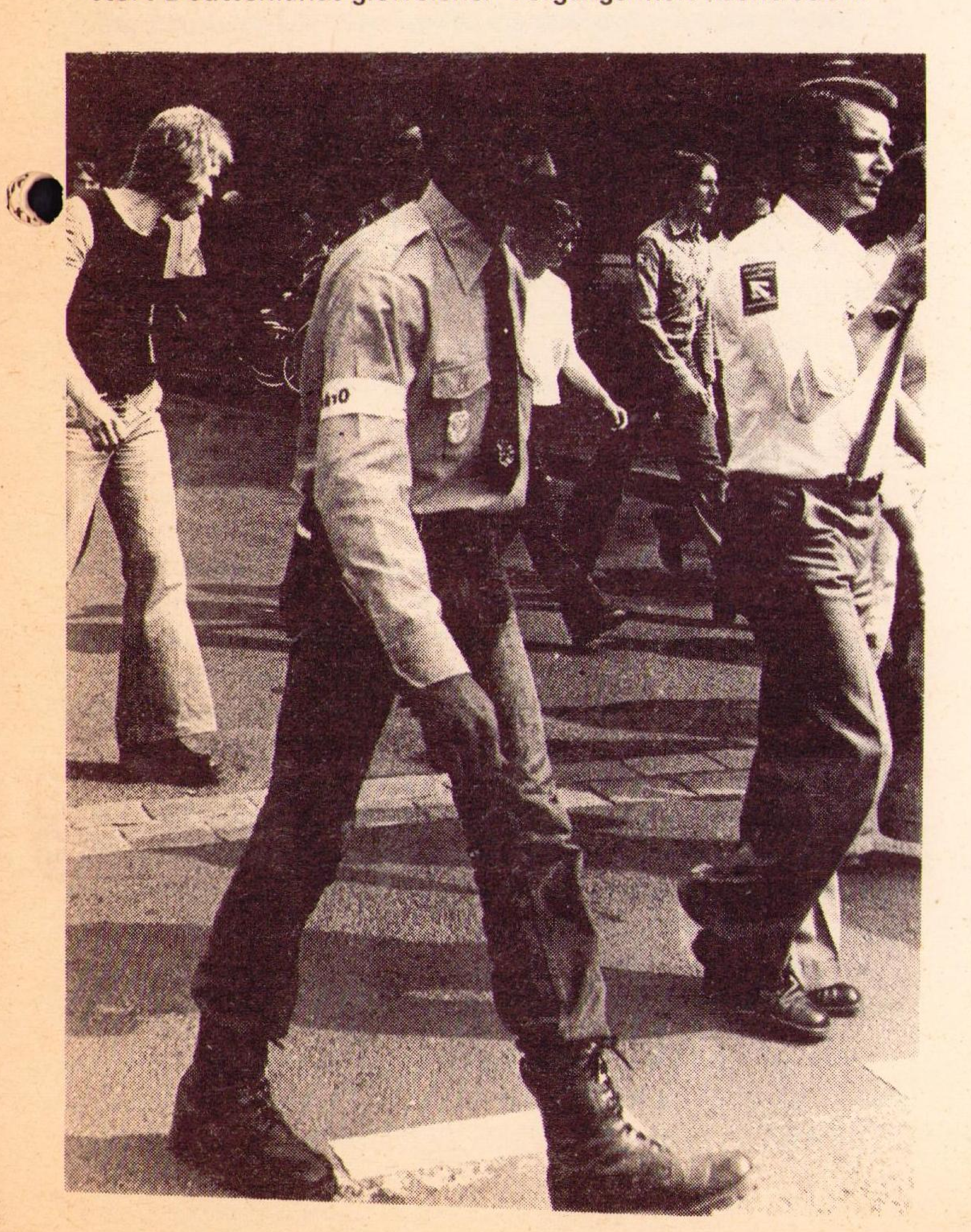
PS: Wir suchen für das Haus einen neuen Namen
Kontaktadresse:

'Kollektiv Schutt–Scheiße–Scherben
Marthastraße 60, 85 Nürnberg'

FASCHISTENAUFMARSCH IN FRANKFURT

FRANKFURT
22. Juni

17. Juni 1977, Tag der deutschen Einheit – auf dem größten und symbolträchtigsten Platz der Stadt Frankfurt wird dieser Feiertag, der scheinbar eines Arbeiteraufstandes gedenken soll, stets aber als antikommunistischer Gedenktag verkommen war, auf seinen Begriff gebracht. 3000 Neo;Nazis (in vielen Fällen kann man lebensgeschichtlich das Neo beruhigt weglassen), feiern den 17. Juni als "Kampftag für Großdeutschland" Die Nazis feiern – ihr Auftreten auf dem Römer mit Tribüne und bayrischer Trachtenkapelle zeigt den Grad ihrer Akzeptiertheit seitens einer bürgerlichen Öffentlichkeit, seitens einer Stadtverwaltung, die der NPD den Römer gibt, während zur gleichen Zeit der neue Oberbürgermeister Wallmann denselben Anlaß im Saale begeht. Drei Flaggenmasten stehen auf dem Römer, drei offizielle , da hängt dann schwarz-rot-gold, die Frankfurter Stadtfahne und die Parteiflagge der NPD. Aber sie bekommen nicht nur Fahnenstange und Römer, sie bekommen auch Polizeischutz en mass, auf daß sie ungestört Deutschlands glorreicher Vergangenheit nachtrauern



können. Es ist zweifellos schützenswert, was da aufmarschiert: uniformierte Schwarzhemden mit Totenkopfenblemen, die alte Reichsfahne, die Wappen von wiederzuerobernden deutschen Gebieten, Ordnertrupps mit Totschlägern, sowie Flugblätter, auf denen ausgerechnet wird, wieviel Kubikmeter Asche eine Million Tote ergeben, damit man zu dem Ergebnis kommen kann, daß die 6 Mill. KZ-Opfer nur in der Phantasie der bolschewistisch-jüdischen Weltverschwörung existieren. Polizeischutz verdienen auch Forderungen, die auf einem Flugblatt der deutsch-völkischen Gemeinschaft zu lesen sind:

> Als Deutsche aber fordern wir:
> - Gerechtigkeit und damit Freiheit für Rudolf Hess
> - härteste Bestrafung der wahren alliierten Kriegsverbrecher
> - Aufhebung der alliierten Racheurteile von Nürnberg
> - Einweisung in Arbeitslager für die Lügner in Presse, Rundfunk und Fernsehen wegen Volksverhetzung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener
> - Standrechtliche Erschießung aller noch lebender Verräter
> - Wiederherstellung der Ehre Adolf Hitlers, Rudolf Hess und aller unschuldig Verurteilten deutschen Soldaten
> - Zulassung nationaler Deutscher im Fernsehen zur Verbreitung der Wahrheit. Kampf allen Ehrabschneidern und Verrätern

Es sind vielleicht 2000 Gegendemonstranten auf dem Römer, vor allem Mitglieder von K-Gruppen, VVN Leute, Genossen aus den Jugendhäusern und einige junge Gewerkschafter ; Frankfurter Spontis tauchen vereinzelt auf, bleiben wenige und desorganisiert. Es gelingen einige kleine Aktionen wie das Verbrennen der NPD-Fahne und das Abräumen eines Büchertisches. Die Sprechchöre sind klar zu vernehmen, aber es gelingt nicht, die Kundgebung zu verhindern. Man merkt, daß die Faschisten sich schlagen wollen; es kommt zu Prügeleien, die Polizei schreitet in bekannter Manier ein, d.h. getreu dem Auftrag, die Versammlung zu schützen, prügeln sie auf die Genossen los. Faschisten -Totschläger und Polizeiknüppel kommen sich selten ins Gehege.

Der Rückgang der NPD bei Wahlen seit ihren spektakulären Erfolgen Ende der 60iger Jahre erklärt sich zum größten Teil aus der Rechtsentwicklung der CDU-CSU, deren deutschnationaler Flügel eindeutig die Richtung der Partei bestimmt. Auch Dregger redet mittlerweile von der Notwendigkeit deutsches National-Gefühl wiederzubeleben. Die immer repressiver werdende Atmosphäre dieses Landes hat die Faschisten hoffähig gemacht – Ende der 60iger Jahre riefen noch FDP, SPD und DGB zu Gegendemonstrationen auf, heute undenkbar. Statt dessen mehren sich die Übergriffe der Rechtsradikalen auf Jugendhäuser in der Provinz, verstärken sie ihre Agitation unter arbeitslosen Jugendlichen; ein nicht geringer Teil der Kundgebungsteilnehmer auf dem Römer waren Jugendliche, vom Äußeren her kaum von den Genossen zu unterscheiden.

Auch in der internationalen Politik sind die Faschisten salonfähig geworden, so fordert Bundeskanzler Schmidt in den Verhandlungen über den Milliardenkredit an Italien die Freilassung des SS-Kriegsverbrechers Kappler, der in Italien wegen Geiselerschiessung lebenslänglich einsitzt. Schmidt bekam seine Antwort – fünf Tage lang demonstrierten Tausende vor dem italienischen Parlament und warfen Lirestücke gegen das Gebäude. In Deutschland häufen sich SS-Gedenkfeiern bei denen zum Teil mit Hilfe der Bevölkerung Gegendemonstranten bedroht wurden. Letzte Woche paradierten 32 000 deutsche und österreichische Kriegsteilnehmer durch Hitlers Geburtsort Braunau am Inn.

Telegramm **Deutsche Bundespost**

Datum 14 . .77 Uhrzeit 1237 Empfangen
Platz Namenszeichen ABGESCHIEDET JUN
TSt Göttingen
Empfangen von
Leitvermerk
Verzögerungsvermerke
Datum Uhrzeit Gesendet Platz Namenszeichen

aus MEXICO-CITY 18/ 7 12 2511

ASTA
DER UNIVERSITÄT GÖTTINGEN
NIKOLAUSBERGERWEG 9

GÖTTINGEN

Dienstliche Rückfragen

SOLIDARITÄT HILFT SIEGEN

BERTI VOGTS, IM AUFTRAG DER DEUTSCHEN NATIONALMANNSCHAFT

KÖNNEN LEIDER NICHT KOMMEN-stop-DEMONSTRIERT TROTZDEM AM MITTWOCH, 15.6.77, 14.oo

AB CAMPUS-stop-WIR SIND WELTMEISTER-IHR BEHALTET DEN ASTA-BASTA!

Schl. 11.69 6 DIN A 5, Kl. 77 m

INTERNATIONALES

FREIE RADIOS IN NEAPEL

NEAPEL 8. Juni *Bericht von einem Besuch in Neapel, wo die Bewegung andere Qualitäten hat als in Norditalien:*

Es gibt insgesamt etwa 60 freie Radios in Neapel, die genaue Zahl weiß niemand, weil viele nur sozusagen eine Welle besetzt haben, um sie später wieder zu verkaufen, also eine Art Spekulation im Hinblick auf die demnächst fällige gesetzliche Regelung betreiben.

Die freien Radios haben 1973 angefangen, gleichzeitig auch der Rechtsstreit gegen das staatliche Monopol. 1975/76 wurden die freien Radios vom obersten Gerichtshof für erlaubt erklärt, aber nur auf lokaler Ebene, und es müsse eine gesetzliche Regelung geschaffen werden (Wellensalat etc.).

Die linken und Basis-Radios haben sich zur Federazione Radio-Emmittenti Democratica (FRED) zusammengeschlossen. Die Hälfte davon kann man zur 'historischen Linken' (PCI/PSI) rechnen, die anderen sind also sowas wie ALTERNATIV.

Alle freien Radios haben mit Wellensalat zu kämpfen. Eine der neapolitianischen Stationen 'streikt' dagegen, sendet also z.Z. nicht (Radio radicale). Die anderen senden trotzdem; und über die FRED versuchen sie eine Regelung durchzusetzen, nach der diejenigen Radios, die vor der richterlichen Absegnung schon gesendet haben, Priorität haben sollen bei der Verteilung der Frequenzen. Denn diese hätten auch bei stärkstem Risiko und größter Unsicherheit gezeigt, daß sie was zu sagen haben, was sie anders nicht sagen können. Die Radios, die später hinzugekommen sind, sind zum Teil von den Parteien und lokalen Regierungen beherrscht, die ihren Kram auch anders an den Mann bringen können, oder zum Teil haben sie vorwiegend kommerzielle Interessen (Werbung). Ein Regierungsvorschlag heißt dagegen: bei Null anfangen, gleiches Recht für alle, Aufteilung der Frequenzen nach Schichten. Das hieße zum Beispiel, Radio Nuova Napoli sendet diese Woche von 8-14 Uhr, nächste Woche 14-22, nächste Woche 22-6Uhr, oder diese Woche Mi. Do. Fr., nächste Sa., So., Mo., oder wie auch immer. Entweder man könnte sich an keine festen Zeiten gewöhnen, oder bestimmte Sender müßten beschissene Zeiten in Kauf nehmen.

Außerdem sieht ein Regierungsvorschlag vor, daß die örtlichen Politiker 'pluralistisch' zu Wort kommen müßten. Darauf haben die FRED-Radios natürlich wenig Lust. Sie wollen die Politicos einladen, wann sie Lust haben, und nur wenn sie sich auch kontern lassen.

Und das sind die vier:
- Radio radicale, wie gesagt, streikte grade gegen die Interferenzen.
- Radio Napoli primo ist mehr oder weniger PCI.
- Radio Gulliver wird von ein paar Lotta-Genossen gerade geplant.
- Radio Nuova Napoli hat hauptsächlich die Kämpfe gegen die Umweltzerstörung im Sinn. Die Genossen kommen aus einer Umweltorganisation, 'Italia Nostra', und machen einen Pfeiler des 'Comitato di opposizione al programma nucleare italiano' aus. Als wir da waren, machten sie grade ein Interview mit einem Natur-Typ, Mittelding zwischen Makrobiot und Bürgerinitiativler und Linksradikalem; Gesprächsstoff: die Meeresverschmutzung im Golf von Neapel, die fehlenden Schwimmbäder, die fehlenden Parks, die geplanten AKWs auf künstlichen Betoninseln vor den Küsten, und die Aktionen dagegen. Per Telefon konnten sich auch Hörer einschalten (das taten zwei in der Stunde, aber es hieß, die Sendezeit war ungünstig, und sonst rufen mehr an).

Von Alternativ-Betriebs—Problemen in unserem Sinn wenig zu spüren. Die beiden Genossen, die das Ding gegründet haben (bißchen ältere), machen die journalistischen Sachen allein

bzw. mit Hilfe von ca. 12 Studenten, die sporadisch mitmachen, quasi als Stunden-Job, aber halt inhaltlich begründet und kontinuierlich. Dazu kommen zwei Techniker. Produziert wird ca. 3 1/2 Stunden Sendezeit pro Tag; gesendet wird von 8 bis 23.

Und das Geld: kommt von Werbung. Einerseits sagt ein Genosse, das sei ein wunder Punkt; andererseits, sie hätten noch keine Schwierigkeiten gehabt mit Druck auf die inhaltlichen Programme und würden das auch nicht erwarten, wenn sie zu Verbraucherberatung usw. übergehen, was sie vorhaben. Jedenfalls sieht er keine Alternative zur Werbungsfinanzierung.

Die Verbindungen zu den linken Gruppen usw. sind sehr eng, sie laufen z.B. über das Comitato gegen die AKWs (siehe oben), aber die Gruppen diskutieren nicht direkt das Programm des Senders mit. Die Ausdehnung, was Mitarbeiter betrifft usw., ist (noch) viel zu klein um Aufgaben zu erfüllen wie Radio Alice das tat (Koordinierung bei Demos etc.); damit haben sich die Repressionsprobleme auch nicht so gestellt. Die Repression droht aber durch die neuen Gesetzesvorlagen der Regierung (Radiostationen sofort zu schließen und zu 'beschlagnahmen', wenn Waffen gefunden werden oder zur Gewalt aufgerufen wird oder das Radio 'Brutstätte' von Gewalttaten nach Ansicht der Bullen ist).

DIE TÜRKEI NACH DEN WAHLEN

ANKARA 17. Juni

Inzwischen dürfte in der BRD allgemein bekannt sein, daß die sozialdemokratische 'Republikanische Volkspartei' (CHP) bei den türkischen Parlamentswahlen vom 5.6.77 213 Abgeordnete erhalten und damit die absolute Mehrheit von 226 Abgeordneten verfehlt hat. Weniger bekannt dürfte aber sein, was sich vor und seit den Wahlen in der Türkei hinter den Kulissen abgespielt hat, welches die gegenwärtige Situation der türkischen Linken ist und wie die weitere Entwicklung einzuschätzen ist.

Zunächsteinmal grenzt es angesichts der bis fast in die letzte Minute vor den Wahlen gestarteten Mordversuche am CHP-Führer Ecevit fast an ein Wunder, daß die Wahlen überhaupt noch stattfinden konnten. Der letzte dieser Mordversuche sollte offensichtlich am 3. Juni während einer Istanbuler Großkundgebung Ecevits auf dem am 1. Mai zu trauriger Berühmtheit gelangten Taksim-Platz gestartet werden. Ministerpräsident Demirel von der reaktionären 'Gerechtigkeitspartei' (AP) erhielt Wind von der Sache, fürchtete sich aber anscheinend vor den Konsequenzen eines Mordes. Er schrieb einen als 'Geheim' deklarierten Brief an Ecevit, der von diesem allerdings veröffentlicht wurde. Dort gab Demirel bekannt, er habe erfahren, daß bei Ecevit's Istanbuler Kundgebung am 3.6. nicht näher bezeichnete 'kommunistisch-terroristische Kräfte' aus mit Zielfernrohren versehenen Gewehren von den oberen Stockwerken des Sheraton-Hotels aus auf ihn — Ecevit — schießen würden. Zuerst nahm man an, dieser Brief Demirels sei ein übler Trick, um nach seiner eigenen schwach besuchten Istanbuler Wahlveranstaltung die erwartete Massenveranstaltung Ecivit's zu verhindern. Inzwischen sind aber Fakten bekanntgeworden, welche diese Angelegenheit in einem anderen Licht erscheinen lassen:

Am 1.6. wurde der Oberkommandierende der türkischen Landstreitkräfte, General Ersun, vorzeitig pensioniert. Am nächsten Tag, dem Datum des Demirel-Briefes, wurde bekannt, daß in Ankara und Istanbul etwa 200 Offiziere einer Konterguerilla-Einheit unter Arrest gestellt wurden. Alle diese Meldungen erschienen kurz hintereinander in einem Teil der türkischen Presse, die es aber wegen der über militärische Angelegenheiten verhängten Zensur nicht wagen konnte, deren Zusammenhänge und Hintergründe zu benennen. Aus zivilen und militärischen Amtsstuben sickerte aber mit der Zeit folgender Sachverhalt durch: General Ersun und die Konterguerilla-Offiziere standen hinter dem geplanten Mord an Ecevit. Das nach dem Mord erwartete Chaos, unter Umständen ein Zu-den-Waffen-Greifen von linken Gruppen, sollte das Signal für einen Putsch sein, der den Faschisten Türkes und seine MHP-Partei an die Macht gebracht hätte. 'Besonnene Kreise' des türkischen Kapitals (Ministerpräsident Demirel) und des Militärs gewannen offenbar den Eindruck, daß hier zu hoch gepokert wurde und verhinderten deshalb den Coup. Allerdings gibt es keine Gewähr dafür, daß sich ihre Einschätzung nicht demnächst verändern kann. Jedenfalls konnte Ecevit vor Hunderttausenden von Teilnehmern seine Veranstaltung in Istanbul abhalten und am Vorabend der Wahlen in einem wahren Triumphzug nach Ankara zurückkehren. Er wurde nicht nur von der Bevölkerung Ankaras und von Anhängern seiner Partei begrüßt, sondern auch die linken revolutionären Organisationen waren anwesend, sangen revolutionäre Lieder und riefen ihre Parolen: „Der einzige Weg: Revolution", „Bestrafung der Folterer", „Schulter an Schulter: Kampf bis zum Sieg". Dies alles gemäß ihrer Einschätzung: Gemeinsame antifaschistische Front mit der CHP, weil erst die Zurückdrängung der faschistischen Gefahr die Möglichkeit eines breiten antiimperialistischen und antikapitalistischen Kampfes eröffnet.

Die Wahlen selbst verliefen relativ ungestört, wahrscheinlich weil die Faschisten in ihren Planungen auf den Coup gesetzt hatten. Wenn man sich aber umhört, dann weiß jeder aus seinem Bekannten- und Verwandtenkreis von Fällen, wo ganze Nachbarschaften, die als CHP-verdächtig bekannt sind, keine Wahlkarten erhielten und nicht wählen durften, wo in Dörfern die Stimmen ganzer Großfamilien von den rechten Regierungsparteien aufgekauft wurden.

In der Nach zum 6. Juni schien es noch einmal kritisch zu werden, als in der ganzen Türkei aus bis heute nicht aufgeklärten Gründen der Strom ausfiel. Nach ein paar Stunden ging der Strom und das Licht wieder an, ohne daß ein Putsch oder ähnliches stattgefunden hätte. Im Morgengrauen schien es, als ob ein knapper Sieg der CHP bevorstehe. Die Bevölkerung schien aufzuatmen, in Ankara begannen erst einige Autos, dann immer mehr, im 'HoHoHochiMinh-Takt' hupend umherzufahren, bis schließlich die ganze Stadt von diesem Hupen erschallte. Über und über mit Menschen vollbeladene Lastwagen kamen aus den Slumvierteln Ankaras ins Stadtzentrum, man schwenkte Fahnen und forderte in Sprechchören Ecevit als Präsidenten. Bis zum Abend formierten sich in Ankara mehrere Demonstrationszüge für Ecevit und gegen die Faschisten, auf den Straßen wurde getanzt, revolutionäre Gruppen sangen die Internationale und türkische Arbeiterlieder, Parolen für die Freilassung der politischen Gefangenen und für die Bestrafung der Faschisten wurden gerufen. Die Polizei, die anfangs noch versuchte, einzelne Gruppen auseinanderzutreiben, mußte sich mehr und mehr auf die Regelung des Verkehrs beschränken. Doch so groß die fast schon revolutionäre Euphorie war, so groß war die Enttäuschung, als bekannt wurde, daß der CHP 13 Mandate zur absoluten Mehrheit fehlen. Inzwischen fragt man sich überall, wie es weitergehen soll. Rein rechnerisch haben die alten rechten bis faschistischen Koalitionsparteien die absolute Mehrheit. Die Faschisten steigerten sich von 3 auf 16 Sitze, anscheinend auf Kosten kleinerer rechter Parteien und ihres alten Koalitionspartners von der fanatisch-islamischen 'Heilspartei' (MSP).

Insbesondere das Kleinbürgertum in den Städten ist geschockt. 'Ohne Ecevit kommt irgendwann die Revolution' hört man dort ängstlich. Außerdem ist auch dieses Kleinbürgertum vom faschistischen Terror betroffen, sei es, daß seine Kinder an den Schulen und Universitäten nicht in Ruhe studieren können, sei es, daß die Faschisten Zwangsspenden eintreiben. Von Ecevit hat man eine Eindämmung des Terrors aber auch der Inflationsrate von über 20% erwartet. Außerdem glaubt man, daß nur er für die vor der Pleite stehende Türkei im Ausland Kredi-

te lockermachen könne. Mehr aber noch hat die Arbeiterschaft, hat die Bevölkerung in den städtischen Slumvierteln, haben die Kurden im Osten und hat die arme ländliche Bevölkerung gehofft, daß eine Ecevit-Regierung die ökonomische und politische Unterdrückung wenn schon nicht beseitigen so doch wenigstens lindern könne. Natürlich hat man Ecevit nicht blindlings vertraut, man kritisierte ihn vielerorts schon vor den Wahlen, weil er die Untaten der Faschisten nur selten offen benenne, man nimmt auch den Kampf in die eigene Hand, wie die 30 000 Metallarbeiter (u.a. bei den türkischen Siemens-, Mannesmann- und Bosch-Niederlassungen), die trotz täglicher Kommandoangriffe für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen streiken. Aber es ist allen klar, daß unter einem offenen Faschismus der Kampf ungleich schwerer wäre. Fast jeder Tag seit den Wahlen kostete neue Opfer des faschistischen Terrors. Die Alltagsstimmung in den Slumvierteln der Großstädte, in ihren Teehäusern und Nachbarschaftvereinen (soweit sie nicht von der Polizei geschlossen oder von den Kommandos zerstört sind), in den auf den Straßen herumstehenden Gruppen , ist geprägt durch entnervendes Warten: Wann kommen die Faschisten wieder ins Viertel? Kommen sie nur mit Knüppeln und Messern, oder shciessen sie diesmal? Wen von den Linken wird die Polizei dann wieder suchen, festnehmen und foltern? Nicht nur die Jungen merken, daß es ohne Gegenwehr so nicht mehr weitergehen kann, daß man sich nicht mehr nur allein mit bloßen Händen zur Wehr setzen kann — auch die Älteren merken dies, die Frauen oft eher als die Männer: „Jeden Tag lebe ich in Angst wegen dieser bezahlten faschistischen Hunde, daß meine Kinder abends nicht mehr zurückkommen. Zwei meiner Söhne haben sie in den letzten Wochen brutal zusammengeschlagen, nur weil sie links sind. Irgendwann werden sie vielleicht abends nicht mehr zurückkommen. Es wäre besser, wenn sie sich wenigstens mit einer Waffe wehren könnten", so sagte eine Frau mit drei Söhnen.

Ecevit versucht trotz allem eine Regierung zu bilden. Die zusammmen vier Abgeordneten einer Großgrundbesitzerpartei und einer Industriellenpartei, sowie drei 'Unabhängige', die als Stammesführer aus dem Osten ins Parlament gewählt wurden, wollen ihn unterstützen. „Die fehlenden 6 Abgeordneteen wird er sich von den rechten Parteien kaufen können", so hoffen viele, so will es auch ein Teil des türkischen Industriekapitals, welches Auslandskredite braucht und Angst vor einer revolutionären Entwicklung hat. Eine so zustandegekommene Regierung könnte aber wahrscheinlich nicht einmal den Staatsapparat von Faschisten säubern, geschweige denn die Kommandos entwaffnen und die ökonomischen Probleme der Türkei angehen.

EIN BEISPIEL DER ZUSAMMENARBEIT ZWISCHEN DEUTSCHER UND SCHWEDISCHER POLIZEI

VARGÖN/ FRANKFURT 22. Juni — Wie am 16. Juni 1977 bekannt wurde, arbeiten die bundesdeutsche Polizei und die schwedische Geheimpolizei SÄPO (Sicherheitspolizei) zusammen. So geschehen zumindest Mitte Januar 1975, als ein Vertreter der bundesdeutschen Polizei (Krüger) eine Liste mit 49 Namen an die SÄPO weiterleitete. Diese Liste, deren Namen noch nicht alle veröffentlicht wurden, enthält u.a. Namen von schwedischen Staatsbürgern, an denen die westdeutsche Polizei interessiert war und wohl noch ist und über die sie Informationen haben wollte. Wie der zu diesem Zeitpunkt zuständige SÄPO-Chef Hans Holmer sagt, wußte er von dieser Sache nichts und meinte, daß das Handeln der schwedischen Polizei „in diesem Falle klar gegen die Gesetze verstoße". Diejenigen, die die Liste der Namen entgegennahmen und im Auftrag der BRD-Polizei Informationen über genannte Personen sammelten und an die BRD weiterleiteten, hatten die Zustimmung der höchsten schwedischen Polizeidirektion.

Der schwedische Schriftstellerverband reagierte kräftig. Die meisten der auf der Liste aufgeführten schwedischen Staatsbürger sollen Mitglieder dieses Verbandes sein und waren in der Debatte um das 'Berufsverbot' in der BRD engagiert. Der Schriftstellerverband fordert die Aufklärung der gesamten Hintergründe der Affäre.
Jan Guillou, ein Journalist, der in Schweden durch seine Veröffentlichungen über ein geheimes Informationsbüro bekannt wurde, das u.a. ein Personenregister über Linke führte, drückte sich folgendermaßen über die Existenz dieser Liste, auf der auch sein Name steht, aus: „Es ist ein ungutes Gefühl, daß schwedische Behörden schwedische Staatsbürger an einen Geheimdienst ausliefern, der , wie bekannt, auch Menschen tötet, wenn es in dessen eigenem Sicherheitsinteresse liegt".
Laut schwedischem Gesetz steht auf das Vergehen, dessen sich der schwedische Geheimdienst schuldig gemacht hat, bis zu zwei Jahre Gefängnis.

Die Affäre kam ans Tageslicht, als ein geheimes Protokoll, geführt in der westdeutschen Botschaft in Stockholm, veröffentlicht wurde. Ein Punkt in diesem Protokoll behandel[illegible]e Demonstration vor der Botschaft der BRD, die von schwedischen Gefangenenorganisationen (KRUM, FFCO) ausging und sich gegen die Behandlung der Gefangenen der RAF richtete. Die Demonstration wurde genau untersucht.

BAUERN WEHREN SICH GEGEN EIN AKW DER EDF (staatlicher Energiekonzern)

PARIS 12. Juni — Das Dorf Le Pellerin wehrt sich gegen das KKW, das 15 km vom Zentrum der Stadt Nantes geplant ist. Acht Monate Gefängnis, davon 2 ohne Bewährung : so lautet die Urteilsverkündung des Gerichts von Nantes gegen 5 Bauern aus dem Departement Loire—Atlantique, die verhaftet wurden. Dies geschah während der Ereignisse um die Untersuchung für Gemeinnützigkeit. Diese Untersuchung wird von der EDF durchgeführt. 7 Gemeinden hatten diese Untersuchung abgelehnt, weil sie sie für unnötig halten. Am 7. Juni dringen etwa 40 Demonstranten in das Rathaus v[illegible] Coueron ein, entwenden die Unterlagen der EDF und verbrennen sie auf dem Marktplatz. Die Urteilsverkündung hat im Gerichtssaal viel Empörung hervorgerufen, während 2500 Demonstranten die Verurteilten auf den Straßen von Nantes unterstützten. Andere haben versucht, in das Rathaus von ST.Jean—de—Boisseau (eine der von dieser Untersuchung betroffenen Gemeinden) einzudringen. Der Zusammenstoß mit der Polizei war kurz aber gewaltsam.

Diese Urteilsverkündung ist eine Provokation, die Strafe ist sehr hoch und steht nicht im Verhältnis zu den angegebenen Taten. Jeder wußte schon beim Eintreten in diesen Saal, daß der Prozeß nicht der der Bauern ist, sondern der der Atomenergiebetreiber und daß es am Gericht liegt, die Leute zu beruhigen oder Öl in Feuer zu gießen. Das Gericht hat sich für das Zweite entschieden. Um 14 Uhr bei der Urteilsverkündung sind die Richter heftig beschimpft worden. Die Angeklagten konnten nur staunen, während André und Gabrielle Mabilais, zwei der Verurteilten, weinten.
Schon lange hatte sich die Debatte auf dieses junge Ehepaar aus Faye de Bretagne konzentriert, und die Verteidigung hatte es nicht schwer gehabt zu beweisen, daß André Mabilais zu Hause war, als die Tat, 35 km davon entfernt, begangen wurde. Die Polizisten behaupteten das Gegenteil. Gabrielle Mabilais ist von einem anderen Polizisten angeklagt worden, weil sie ihm angeblich auf das Handgelenk geschla-

gen hat, Dies gab dem Richter die Möglichkeit, die Gewalttätigkeit der 40 Demonstranten zu denunzieren, die in das Rathaus von Coueron eingedrungen waren. wo 3 Polizisten die Unterlagen der EDF bewachten.Dieser Prozeß ist eine makabre Farce, wo der Gerichtspräsident und der Staatsanwalt die Bauern der Gewalt anklagen, und gleichzeitig die Gewalt der EDF und die des Staates ignorieren. Alle Bürgermeister der Gemeinden um Le Pellerin, die von der Verteidigung vorgeladen waren, haben die Anwesenheit der Polizeikräfte kritisiert. So der Bürgermeister von Dirad:„ Am Anfang der Untersuchung bewachten 4 Polizisten die Unterlagen, am nächsten Tag waren sie 30 und bewaffnet. Wieviel werden sie nächste Woche sein ? " Jean–Marc Ayrault, PS–Bürgermeister von St. Herblain drückt sich noch klarer aus:„ Die polizeiliche Besetzung der Gemeinden um Le Pellerin hat einen Nachgeschmack vom faschistischen Regime Vichy und die 5 Bauern sind nur Geiseln, nichts anderes."

Mehrere Wissenschaftler und Ökologisten haben im Gericht die Verücktheit des EDF–Projekts denunziert. Davon einige Bemerkungen:„ Die Bretagne braucht kein KKW. Es gibt schon Heißwasserkraftwerke an der Loire– Einmündung. Die 600 MW von Cordemais reichen schon für den Winterverbrauch der Bretagne. Da werden jetzt 2000 MW produziert, und das nur, um die Gegend von Paris zu versorgen. Ein KKW in Le Pellerin würde der Bretagne selbst nichts nützen."
Jean-Claude De Maure aus der wissenschaftlichen Fakultät von Nantes: „ Die EDF wollte ein paar Etappen überspringen. Es existieren keine geologischen, seismologischen, klimatischen Untersuchungen. Diese Leute leisten nur der Gesellschaft einen Dienst, wenn sie Unterlagen angreifen, die keinen wissenschaftlichen Wert haben." Weiter wurde gesagt: „Der Bevölkerung wird das Recht auf eine politische Entscheidung verweigert. Dabei geht es um ihr Schicksal und um das ihrer Kinder."
Brice Lalonde hat das Gericht durch seine Äußerungen leicht geschockt, als er erklärte, daß er diese Aktion voll unterstützt und daß die „Amis de la Terre" öffentlich dazu aufrufen, die Nuklearanlagen zu sabotieren.

Während des ganzen Prozesses bis zur Urteilsverkündung wurde der Zugang zum Gericht gesperrt und das Publikum sehr sorgfältig von der Spezialeinheit der Polizei, CRS, und den Polizisten gefilzt. Dies hat bei den Verteidigern Aufsehen erregt. Die ganze Zeit haben 2500 Leute in der Nähe vom Gericht demonstriert.

AKWs IN DER DDR UND AUCH OST-WO

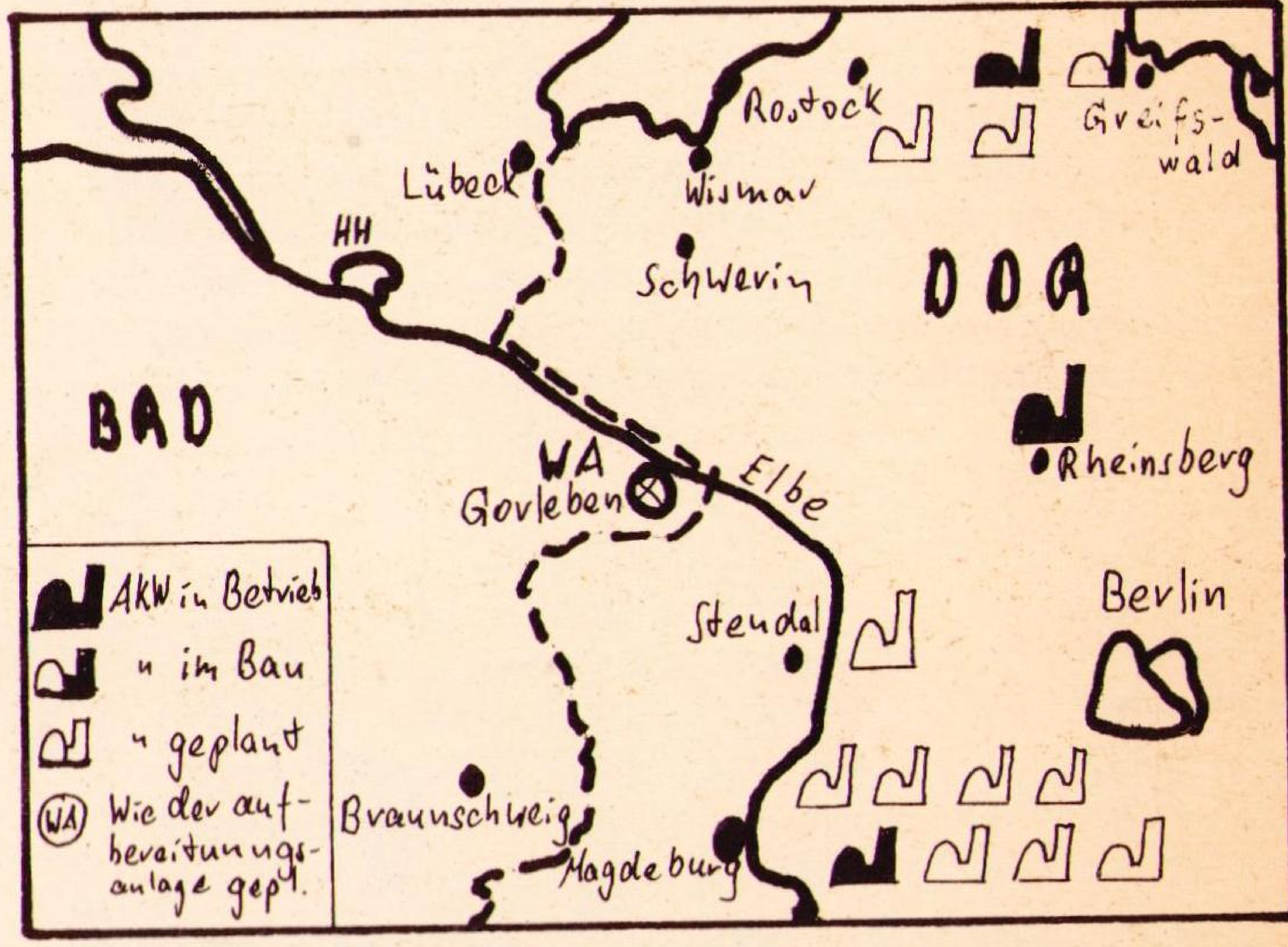
HEIDELBERG
20. Juni

Ein Heidelberger Genosse hat folgenden Artikel verfaßt.

Die UdSSR hat im Ostblock das absolute Monopol bei der Atomenergie. Sie beliefert alle Ostblockstaaten mit Atomkraftwerken und konkurriert mit den USA in der Lieferung von angereichertem Uran an die EG. Bisher sind in der DDR drei, in der CSSR eins, in Bulgarien eins und in der UdSSR zwölf AKWs in Betrieb. Ein AKW auf Kuba in Cienfuegos (400 MW), das 50% des kubanischen Strombedarfs decken soll, und eins in Polen sollen noch in diesem Jahr begonnen werden.

In der UdSSR werden gegenwärtig 5 464 MW Atomstrom erzeugt. Bis 1980 sollen ca. 20 000 MW, d.h. 25% des Strombedarfs aus Atomkraftwerken kommen. Alle Anlagen liegen in dicht besiedelten Gebieten, inmitten der industriellen Zentren. Ein Beispiel dafür ist Woronesch am Don. Dort entsteht z.Zt. das fünfte AKW mit 1 000 MW. Das bisher größte mit 1 000 MW arbeitet in Leningrad. Fünf weitere Kernkraftwerke sind allein in Rußland und in der Ukraine im Bau.

Die Argumentation der Bürokraten ist ähnlich menschenverachtend wie die ihrer Kollegen im Westen. Ein Techniker bei einer Werksführung in Woronesch: „Die Wälder in der Umgebung sind so grün wie eh und je". Der Anteil des radioaktiven Strontium 90 im Wasser des Don sei seit 1964 sogar gesunken. Er verschweigt dabei, daß dies das Ergebnis der Einstellung der überirdischen (!) Atomwaffentests ist. „Nichts ist ohne Risiken", sagt der Chefingenieur in Woronesch, „aber die TEchnologie gibt uns die Möglichkeit, sie zu verhindern". W. Jemeljanow, Mitglied der Akademie der Wissenschaften der UdSSR meint gar: „Atomkraftwerksgegner sind nur Lärmmacher, Maschinenstürmer, Leute, die vor 100 Jahren sich auch gegen die Eisenbahn gewehrt hätten. Für die These, AKWs seien gefährlich, gibt es keinerlei wissenschaftliche Gründe." So verwundert es denn auch nicht weiter, wenn radioaktiver 'Müll' in Beton eingegossen und in einer Deponie auf dem Werksgelände gelagert wird, hat man auch hier wie im Westen keine Lösung der Entsorgungsfrage gefunden.



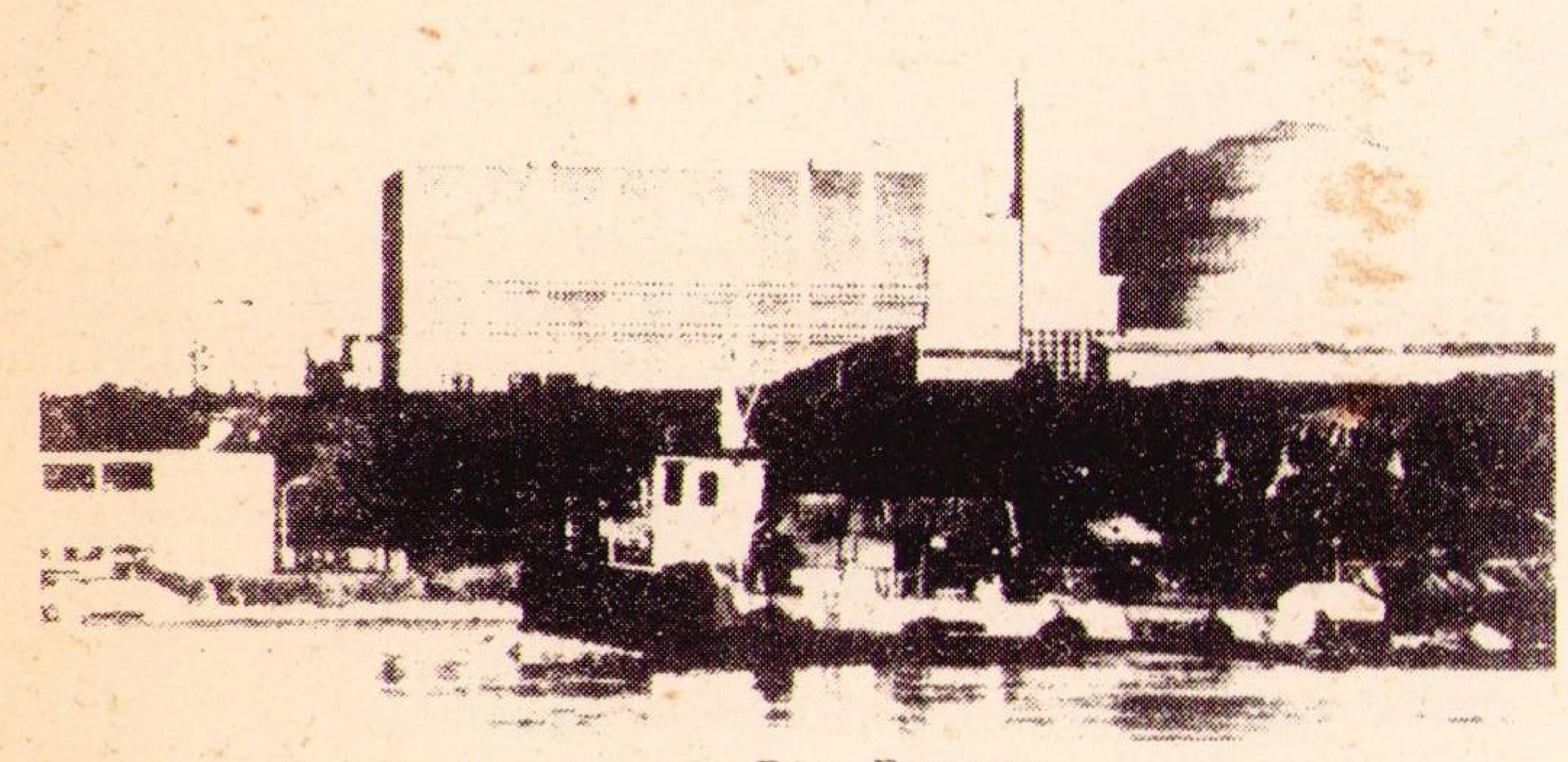
Insgesamt ist die Sicherheit der AKWs in der UdSSR und in der DDR noch schlechter als in der BRD:

1. Es gibt kein 'Containment' (gasdichte Umhüllung des Reaktorkerns).
2. An den größtmöglichen Unfall (GAU) wagt man erst garnicht zu denken. 'Havarieunfall' heißt der größte in der DDR mögliche Unfall. Dabei setzen lediglich die Kühlpumpen aus, was durch das Einschalten von Ersatzpumpen behoben werden soll. Der Bruch einer Hauptkühlleitung oder des Druckgefässes wird nicht berücksichtigt. Die DDR-Fachliteratur meint dazu: „Das Postulat des (westdeutschen) GAU ermöglicht keine im ökonomischen Sinne optimale Behandlung sicherheitstechnischer Probleme".
3. Schwach- und mittelradioaktive 'Abfälle' werden ebenfalls in Salzbergwerken gelagert. Hochradioaktive Stoffe werden in sowjetischen Wüstengebieten einfach vergraben.
4. Die gesetzlich zugelassene Strahlenbelastung für Anwohner eines AKW beträgt in der DDR 500 Millirem, in der BRD 60 Millirem und in den USA 8 Millirem.

Die Sicherheit der Bevölkerung wird dort also noch mehr vernachlässigt als bei uns. So mußte der in Loviisa (Finnland) gebaute UdSSR-Reaktor mit US-Sicherheitseinrichtungen nachgerüstet werden. Teile dieses Systems wurden in den USA sechsmal getestet und versagten jedesmal! Es gibt verschiedene Gründe für die UdSSR, AKWs zu bauen. Bei ständig steigendem Energiebedarf muß sie die von ihr wirtschaftlich abhängigen Ostblockstaaten beliefern. Dabei ist sie fast ausschließlich auf Energiequellen im eigenen Land angewiesen. Sie will Atomanlagen exportieren, um die eigene Wirtschaft anzukurbeln. Nicht zuletzt wird das in den AKWs anfallende Plutonium zur Atombombenherstellung verwendet. Daneben gibt es auch ideologische Gründe für die Nutzung der Atomenergie, da die Elektrifizierung des Landes als Grundlage für den Aufbau des Sozialismus angesehen wird.

Wie in allen Ländern des Westens, regt sich jedoch auch hier der Widerstand – sicher mit ausgelöst durch die große Zahl der Unfälle (s. ID 156/157) und eine Evakuierungsaktion in den sechziger Jahren in Südrußland. In den baltischen Sowjetrepubliken arbeitet eine illegale Bürgerinitiative gegen Atomkraftwerke, gegen das fünfte AKW in Woronesch gab es eine Flut von Protestbriefen an die Presse. Der sowjetische Umweltschutzverband hat 30 Millionen Mitglieder (etwa zehnmal soviel wie die Partei), nach ähnlichem Muster wie im Westen wird er entweder integriert oder totgeschwiegen und auf möglichst unpolitischen Bahnen zu halten versucht.

Besonders empörend ist, mit welcher Unverschämtheit in der DDR über den Kampf gegen AKWs in Westdeutschland berichtet wird. So nimmt der Chefkommentator im DDR-Fernsehen die Berkamener Bestechungsaffäre zum Anlaß, seine haarsträubende Theorie aufzutischen: Die BIs in der BRD seien allesamt vom Monopolkapital gekauft, sie hätten die Aufgabe, ein scheindemokratisches Verfahren (in der DDR ist die Genehmigung, ein innerbehördlicher, n i c h t - öffentlicher Vorgang!) in Gang zu setzen, Illusionen der Menschen in die westliche Demokratie zu wecken u n d letztlich doch nur der Bevölkerung die Pläne der Industrie schmackhaft zu machen. Dieses Beispiel macht deutlich, daß es nicht immer sinnvoll ist, stumpfsinnig nur das Gegenteil der westlichen Presse zu behaupten!



Atomkraftwerk Atucha am Rio Parana

BRD-EXPORT NACH ARGENTINIEN: KKWs!

HAMBURG 12. Juni

„Für die Großkonzerne der Bundesrepublik Deutschland ist der Export von Industriegütern eine lebenswichtige Frage. Diese Tatsache wird sowohl von der Regierung als auch von Industrie- und Finanzkreisen ständig wiederholt. Die Sicherung der Industrieproduktion ist – bei der beschränkten Aufnahmekraft des inneren Marktes der BRD – nur durch Absatz der Produkte ins Ausland aufrechtzuerhalten. Kurz- und langlebige Konsumgüter werden von ca. 200 westdeutschen Unternehmen in Argentinien produziert, Investitions- und Kapitalgüter (die Anlagen, mit denen Konsumgüter produziert werden) werden nach Argentinien exportiert.

Im Zusammenhang mit der Notwendigkeit, Industriegüter zu exportieren, ist auch der Bau des AKW Atucha durch westdeutsche Konzerne zu sehen, von denen einer zumindest bereits vor dem II. Westkrieg in Argentinien gemeinsam mit der ITT das Kabelunternehmen TTP betrieb (A. Sampson, Weltmacht ITT, S. 29). Das vor-peronistische Argentinien war bekannt für seine Sympathien mit den deutschen Faschisten). Dieses Unternehmen war SIEMENS. Der andere Konzern, der nach dem II. Weltkrieg sich in Argentinien niederließ, war die AEG. Diese Konzerne sind in Argentinien unter dem Namen AEG Argentina SAIC und Siemens Argentina S. A. bekannt. Beide Konzerne waren in der Kraftwerk Union AG verbunden, als der Bau des AKW Atucha durchgeführt wurde.



Klaus Barthelt, Vorstandssprecher der KWU, erklärte 1970 auf einer Pressekonferenz, daß für die KWU die Abhängigkeit vom Weltmarkt eine Lebensfrage sei – etwa 50 % des Geschäftsvolumens erstrecken sich derzeit auf den Export, aber hierfür steht zur Zeit nur ein Viertel des Weltmarkts offen (NfA., 29. 6. 1970). Der Hauptkonkurrent auf dem Weltmarkt sind die USA – die Konzerne General Electric und Westinghouse.

Als 1967 der Auftrag für das argentinische Atomkraftwerk ausgeschrieben wurde, war die westdeutsche Reaktorindustrie in ihrer Entwicklung so weit, daß sie das erste Atomkraftwerk exportieren konnte. Bei dem exportierten Typ handelt es sich um die Weiterentwicklung eines von Siemens 1966 in Karlsruhe entwickelten Prototypen, ein Schwerwasserreaktor mit einer Leistung von 50 Megawatt, der auf der Basis von Natururan arbeitet.

Um der Atomindustrie den „Sprung auf den Weltmarkt“ zu erleichtern, stellte die Bundesregierung eine umfangreiche Kapitalhilfe zur Verfügung, durch die das gesamte Projekt finanziert werden konnte, da nicht davon ausgegangen werden konnte, daß der argentinische Staat ohne diese Kapitalhilfe das Atomkraftwerk kaufen würde. Die finanzielle Unterstützung des Exportauftrags war von seiten der Reaktorindustrie gefordert worden, da die Konkurrenten des Auslands sich ihrerseits der staatlichen Förderung erfreuen konnten.

Mit dem Export des AKW Atucha war der Reaktorindustrie der BRD erstmals der Verkauf einer solchen Anlage in die Dritte Welt gelungen. Das hatte zur Folge, daß andere Länder westdeutsche Nukleartechnologie kaufen wollten und die BRD mit ihrem Exporterfolg in anderen Ländern als Anbieter auftreten konnte (Iran, Brasilien, Südafrika).

Das Wirtschafts- und Außenministeriums Argentiniens erklärt, daß die Ausrüstung für die Entwicklung der Nukleartechnologie hätte importiert werden müssen, da es im Land selbst keine dementsprechende Forschung und Entwicklung gab (Informacion Econòmica de la Argentina, 1/71).

Das abhängige Land Argentinien ist also von Anfang an auf den Import von hochwertiger Technologie aus den Industriestaaten angewiesen, um eine Forschungslücke auszufüllen. Mit dieser Technik werden die Grundlagen gelegt, um ein Projekt zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen – ein Mindestmaß an Fertigkeiten muß im Land vorhanden sein. Die Konzerne, die bereits Einfluß auf die Wirtschaft und auf die Politik haben, erhalten den Auftrag für ein technologisches Großprojekt.

Die Forschung und die Entwicklung der Technologie findet bei der Mutterfirma im Industrieland statt, in diesem Fall in Karlsruhe. Erst die staatliche Förderung durch die Bundesregierung ermöglicht es Argentinien, die Technologie zu importieren. Die an diesem Projekt arbeitenden Techniker und Wissenschaftler werden für die Wartung und den Betrieb des AKW ausgebildet, erhalten also in diesem Falle nur zweitklassiges Wissen (relativ) vermittelt. Die wissenschaftliche Forschung zur Konstruktion und die Produktionsanlagen zur Herstellung der technischen Anlagen verbleiben im Industrieland. Die ausländischen Wissenschaftler erhalten nur die Kenntnisse, die eine übergeordnete Stellung der westdeutschen Wissenschaftler nicht gefährden. Damit verbleibt die Kontrolle der Technologie in der Metropole.

Durch die Ausrichtung der Technik und Produktion auf importierte Anlagen ist das Abnehmerland gezwungen, Folgeprodukte wie Ersatzteile und zusätzliche Ausrüstung in der BRD zu kaufen. Damit sichert sich der Konzern einen ständigen Abnehmer seiner Produkte. Da die Finanzierung des Großprojekts über eine Laufzeit von 20 Jahren angelegt ist, besteht über diesen Zeitraum hinweg eine finanzielle Abhängigkeit von der BRD.

Letzte Meldung

Die zum Siemens-Konzern gehörende Kraftwerk Union AG wird am Bau eines neuen Kernkraftwerkes in Argentinien beteiligt sein. Zwischen der argentinischen Atomenergiekommission und der kanadischen Candu Gruppe, die den eigentlichen Reaktor und das Dampferzeugungssystem bauen soll, sei in Verhandlungen in der vergangenen Woche grundsätzliche Einigung über den Bau erzielt worden. Das Kernkraftwerk mit einer Leistung von etwa sechshundert Megawatt soll in Atucha neben dem bereits vor Jahren ebenfalls von Siemens erbauten Kernkraftwerk Atucha I am Paraná-Fluß entstehen. Das Kernkraftwerk Atucha II soll einen Schwerwasserreaktor enthalten und mit Natururan betrieben werden. Auch Atucha I mit einer Nennleistung von 340 Megawatt, verwendet als Kernbrennstoff Natururan. Die Kraftwerk Union (KWU) wird nach Angaben des Unternehmenssprechers die technische Leitung und Koordinierung des Kraftwerkbaus übernehmen. Aus Deutschland soll auch die gesamte elektrische Anlage geliefert werden ... (aus FAZ/Reuter vom 24. 3. 1977, gekürzt)."

aus: COSAL-Comitee zur Solidarität mit Argentinien und Lateinamerika, Nr. 8/9, Mai 1977. In dieser Nummer wird die Atompolitik der argentinischen Militärdiktatur detailliert dargestellt.

Adresse: COSAL, Postlagerkarte Nr. 083867 A, 2000 Hamburg 1

SPIELEN GEGEN DIE ANGST, FÜR DIE REVOLUTION

Gespräch mit der portugiesischen Theatergruppe COMUNA DE LISBOA (1. Teil. - Wird fortgesetzt)

FRANKFURT 17. Juni *Auf Einladung der portugiesischen Botschaft in Bonn zum portugiesischen 'Tag der Gemeinschaften' war die COMUNA – TEATRO DE PESQUISA (Experimentelles Theater), eine Gruppe von 15 Leuten, in Dortmund. Danach hat sie einen Abstecher nach Frankfurt gemacht und ist – nach einer Aufführung in Offenbach vor portugiesischen Emigranten – zweimal in der BATSCHKAPP aufgetreten. Mit dem Stück FOGO (Feuer – Uraufführung Januar 1976) und dem neuesten Stück EM MAIO (Im Mai – Uraufführung Mai 1977).*

Die COMUNA arbeitet und spielt seit fünf Jahren zusammen: sieben professionelle Schauspieler, zwei Frauen und fünf Männer. Ihr Stammhaus in Lissabon ist gleichzeitig ein Kulturzentrum, ein besetztes Haus, das inzwischen legalisiert ist. Die COMUNA ordnet sich der Bewegung der Volksmacht (PODER POPULAR) zu, d. h. sie ist überparteilich.

Da die Zuschüsse (vom Kultusministerium) zu gering sind (umgerechnet 280,-- DM/Monat/Kopf), geht die Gruppe häufig auf Tournee. Von Frankfurt aus fuhr sie auf ein Festival in Paris, dann geht's für drei Monate nach Hause, und im Herbst für einige Wochen nach Lateinamerika, in die nichtfaschistischen Staaten Kolumbien, Ecuador, Venezuela und Mexiko.



Frage: Ihr habt euch mit dem Theaterspielen die Aufgabe gesetzt, aufzuwecken und aufzuklären. Welcher Prozeß geht dem bei euch selbst voraus? Das heißt: wie entsteht ein Theaterstück, wessen Erfahrungen gehen darin ein, wenn ihr als Intellektuelle z. B. in eurem Stück FOGO den ausgebeuteten Teil des Volkes, also Kleinbürger, Arbeiter und Landarbeiter, darstellt und aufsucht?

COMUNA: In FOGO spielt die erste Szene in einer kleinbürgerlichen Familie. Es geht um den Einfluß der Religion bzw. der Kirche auf das Familienleben, konkret.
Dazu muß man wissen: in Portugal existiert die Dreiheit Gott – Vaterland – Familie. Die Reihenfolge ist wichtig. Das ist das Zeichen des Faschismus, seit über 50 Jahren. Wir hatten in diesem Zusammenhang die Idee, ein Stück über die Familie als Hauptzentrum der Unterdrückung zu machen. Um sie zu zerstören. Denn dies hat uns der 25. April gelehrt: die Familie ist die wichtigste Zelle innerhalb eines funktionierenden Faschismus. Wir suchten deshalb nach den entscheidenden Einflüssen, die über Vater, Mutter und Kinder in die Familie gelangen und so die Struktur des Faschismus absichern.
Wir haben zunächst die intellektuelle Erfahrung, die im Kopf ist. Die Klassen in Portugal sind – im Unterschied zu den Schriften des orthodoxen Materialismus – in ihrem Bewußtsein vom Kleinbürgertum abwärts bis zum Proletariat und den Landarbeitern vermischt; es gibt nicht die dort beschriebene klassische Aufteilung.
Dazu kommt, daß in unserer Gruppe viele sind, die aus Arbeiterfamilien kommen. Wir sind deshalb Intellektuelle nicht von der Abstammung her, sondern aufgrund unserer Arbeit. Ich z. B. stamme aus einer Familie mit sieben Kindern. Mein Vater arbeitet in einem Schreibbüro, verdiente nicht genügend Geld. Ich habe Hungern gelernt. Im Vergleich zu ihm verdient ein Fabrikarbeiter mehr. Zwar ist mein Vater Kleinbürger, aber aufgrund unseres Lebens in einem Stadtviertel von Lissabon, wo Arbeiter wohnen, ist meine Lebensweise typisch proletarisch gewesen. Hier vermischen sich also die klassischen Schichten.
Zwei andere aus der Gruppe stammen aus Landarbeiterfamilien auf Madeira. So hat also jeder von uns auch seine eigenen Erfahrungen, die in den Prozeß der Schaffung eines Stücks eingehen.

Frage: Wie setzt ihr eure Erfahrungen in einem Stück um?

COMUNA: Wir beginnen mit improvisierten Spielszenen. Wir wählen – im Fall von FOGO – die drei Familien aus, d. h. einer von uns hatte die Idee. Die kleinbürgerliche Familie mit der Verlogenheit der Religion, die Arbeiterfamilie mit der Entfremdung durch den Fußball und die Familie im Barackenviertel mit der durch die Medien zerstörten Kommunikation.

Das Thema des Stücks, das gemeinsame Problem aller drei Familien, ist die Aggression in der Familie, in jeder anders. Eine Reaktion auf die Gewalt, die wir täglich erfahren. Wir zeigen das Familienleben teilweise überspitzt, komisch, so daß die Zuschauer lachen.
Ich z. B. spiele die Mutter in der Fußballfamilie und habe noch nie Fußball gesehen, kann Fußball nicht leiden. Aber: ich habe die Kämpfe darum in meiner Familie, mit meinen Brüdern und auf der Straße, in der Nachbarschaft miterlebt. Jede(r) von uns spielt also zunächst Szenen vor, spielt seine Erfahrungen den anderen vor, stundenlang. Dann konzentrieren wir uns auf die wichtigsten Elemente, wir entscheiden gemeinsam, was für das Thema interessant ist und was nicht. Das wird vermischt mit unseren Erfahrungen, die wir aus Gesprächen und Kontakten mit Leuten aus den entsprechenden Stadtvierteln haben. Und aus den Debatten nach einer Aufführung, wenn die Leute im Publikum aus ihrem Leben erzählen.
Während einer Aufführung von FOGO z. B. passierte folgendes: als in der ersten Familienszene das Mädchen seine erste Periode entdeckt und als sie das Blut mit ihrem Schulheft wegwischen will, lachte eine Frau wie verrückt. Ihr Mann wurde unruhig, sagte: „Sei still!" Sie aber sagte: „Warum, das ist mir auch passiert." Nach dem Stück sprachen wir miteinander darüber.

Frage: Ist es eher Zufall oder von Bedeutung, daß in FOGO der Geist des Feuers und der Unabhängigkeit durch die Stimme einer Frau dargestellt wird?

COMUNA: Das ist sehr wichtig. Die Macht, die Autorität sprechen immer über Männer: über Prometheus, der das Feuer den Menschen brachte, über Salazar, Hitler usw., Generäle, den Klerus, den Vater in der Familie. Auch in der ersten Familie von FOGO, der Aufsteigerfamilie, ist die Gewalttätigkeit der Mutter gegenüber der Tochter von Gott über die Kirche nur delegiert; sie kommt zum Vater, und er läßt sie über die Mutter ausüben. Diese Gewalt und Macht des Vaters kommt freilich in der zweiten und dritten Familie (Arbeiterfamilie und Slumfamilie) direkter zum Ausdruck. Die Mutter ist es, die „Im Mai" ohne Zweifel gegenüber der Kompromißbereitschaft ihrer Söhne klar Stellung bezieht: für das Volk gegen die individuelle Angst, für das wirkliche Leben gegenüber dem Machbaren, für die zukünftige Generation gegenüber den Anpassungen an die geltenden Spielregeln. Und die Frau aus dem Volk ist es, die nach den Versprechen des 25. April fragt. Freilich eine Frau aus dem Volk: der Student im Stück „Im Mai" bringt kein Wort heraus, er steht immer dazwischen, bleibt bewegungslos, starr, auch wenn er mit dem Volk sympathisiert, er kämpft nicht auf dessen Seite, bis auch er nach der Folter erschossen wird.

Frage: Ihr sagtet, daß alle eure Rollen jeweils eigene Erfahrungen von euch selbst sind, z. B. die von Kirche, Mutter und Vater eingeschüchterte Tochter, die ihre erste Periode bekommt und genau die Figur nach dem gängigen Sexideal haben möchte. Heute seid ihr andere geworden, habt euch von der faschistischen Familienerziehung befreien können und könnt doch noch nicht solch revolutionäre Personen sein, wie sie in FOGO und EM MAIO als Perspektive gezeigt werden. Was bedeutet das für euch und für eure Arbeit am Theater?

COMUNA: Durch diese Rollen haben wir ungeheuer viel gelernt für uns selbst. Diese einzelnen Rollen sind Aspekte von uns, die wir oft erst beim Improvisieren als wirkliche Teile von uns selbst entdeckt haben, die uns vorher unbekannt waren. Beim Spielen übertreiben wir sie, damit die Zuschauer sich in ihnen wiedererkennen, als Spiegel. Teilweise sind wir auch heute noch so in unserem Verhalten, und unsere Zusammenarbeit in der Gruppe ist nur möglich aufgrund des gegenseitigen Vertrauens, daß wir uns akzeptieren. Aber das ist ein ständiger Kampf, auch in der Gruppe. Wir wissen, daß wir nicht nur Personen mit dieser einen Rolle sind, sondern auch mit den anderen Rollen, daß wir so sein wollen wie beispielsweise die Mutter angesichts der Folterung ihrer Söhne, auch wenn wir selbst Angst haben und Zweifel. Wer wir heute sein können oder morgen, erfahren wir, wenn wir an einem neuen Stück arbeiten, wenn wir Kritik hören, und wir kritisieren uns dauernd selbst, auch aggressiv.

„UNSER ZIEL: EINE VOLKSEINHEIT"

Frage: Eure eigene Bühne ist gleichzeitig ein Kulturzentrum, ein Haus, in dem viele kulturelle Aktivitäten stattfinden. Mich erinnert es ein bißchen an das Zentrum, in dem wir sitzen, an die BATSCHKAPP.

COMUNA: Ja, es ist ähnlich. Nur haben wir andere Probleme. Wir liegen zwischen einigen Stadtvierteln in Lissabon, in denen diverse Parteien überwiegend die Kontrolle haben. Aber wir sind unparteiisch. Das heißt nicht, daß wir keinen politischen Stadtpunkt hätten. Im Gegenteil. Genauer: Wir sind überparteilich. Während die einzelnen politischen Gruppen und Parteien sich gegenseitig ihre Linien vormachen, wenn die eine oder andere bei uns aktiv werden will. Laden wir z. B. einen politischen Sänger ein, der der KP angehört, dann kommen bestimmte Leute, die bestimmten Parteien angehören, nicht! Und umgekehrt. Wir arbeiten deshalb langsam und intensiv. Unser Ziel ist eine Volkseinheit (unidad popular), natürlich nicht die traditionelle, die schon in Frankreich, zuletzt in Chile gescheitert ist. Nein, eine wirkliche Einheit des Volkes, nicht von Parteien. Mit den Kindern zu spielen, eine Art von Kindergarten zu machen, ist einfacher. Die Eltern schicken die Kinder gern, weil sie dann von ihnen frei sind, wenn sie tagsüber im Kulturzentrum sind. In diesen Gruppen arbeiten Lehrer mit. Im Moment gibt es allerdings Schwierigkeiten, weil uns die Zuschüsse gestrichen worden sind.
Die tägliche Praxis ist also oft improvisiert. Wir müssen mit den vorhandenen Mitteln und unserer Phantasie umgehen. Inzwischen machen im Zentrum auch Arbeiter aus einzelnen Betrieben ihre Versammlungen, weil sie sich in ihren Fabriken nicht mehr treffen dürfen, weil sie keine Räume dafür bekommen. Ins Zentrum kommen also Leute mit ihrer Initiative, ohne daß sie jemand von uns dominieren will. Sie kommen dann allmählich an einen Punkt, wo sie sich auch als Hausherren fühlen. Aber unsere Erfahrung ist in diesem Punkt erst zwei Jahre alt.
Inzwischen existiert im Zentrum auch eine Vereinigung revolutionärer Volkskünstler. Wir versuchen damit, eine kulturelle Bewegung von Kulturschaffenden aufzubauen, eine alternative Kultur gegenüber der herrschenden. Da gibt es Theatergruppen, Sänger, Journalisten, Filmer, Wissenschaftler, Lehrer, Ärzte. Und auch da gibt's Probleme mit den Parteien, die die Bewegung spalten wollen. Das ist ein schwieriger, langsamer Prozeß.

Frage: Wie haben — zum Schluß — die portugiesischen Emigranten in Dortmund euer Stück FOGO aufgenommen?

COMUNA: Wir waren vom portugiesischen Botschafter offiziell eingeladen zum „Tag der portugiesischen Gemeinden". Das war der 10. Juni, der Tag des Nationaldichters Camoes, während des Faschismus der portugiesische Nationalfeiertag („Tag der Rasse") — was heute der 25. April ist. Das Programm für diesen Feiertag in Dortmund wurde von einigen linken Emigranten-

gruppen gemeinsam beschlossen, so daß die Einladung für uns perfekt war.

Aber die Rechte, die hier von den portugiesischen Pfarrern, also der Kirche, mit großem Einfluß vertreten wird, war dagegen. Die Priester arbeiten mit den rechten Parteien wie PSD und CDS zusammen.

Bevor wir mit dem Stück FOGO anfingen, sagten wir, daß es Probleme in Portugal — zum Beispiel die Kirche — behandelt, Probleme, die hier in Deutschland sicher anders seien. Danach wollten wir dann diskutieren.

Während des Stückes spaltete sich der Saal in zwei Teile. Es gab Zwischenrufe, Boykott: „Aufhören, Sauerei". Als die Frau in der dritten Szene sagte: „Die Freiheit erringen wir nur durch Kampf", da gab's Rufe wie „Lüge, Lüge". Die Mehrheit war allerdings für uns, so daß wir das Stück zuende spielen konnten. Die es boykottieren wollten, verließen den Saal während des Stücks. Wir merkten, daß auch die portugiesischen Priester den Saal verließen. Dies alles war für uns vorbereitet, inszeniert.

Das Fest war typisch portugiesisch: mit Wein, Sardinen und Fußball, und viele waren besoffen. Einige entschuldigten sich nachher. Der politische Hintergrund ist: obwohl die Mehrheit der portugiesischen Emigranten in Deutschland die Sozialisten (Soares) gewählt hat, sind sie inzwischen nach rechts gegangen. Die portugiesische Regierung ist für sie ein Feind. Wir waren für sie Maoisten. Und die Kirche nutzt diese Unzufriedenheit aus.

Frage: Und wie war die Aufführung in Offenbach?

COMUNA: Gut. Da war eben nichts vorbereitet. Es war auch nicht der „Tag der Gemeinden". Als wir nach dem Stück mit Emigranten sprachen, hörten wir: 'Aber das sind Sachen, die es hier in Deutschland nicht gibt. Die gibt's nur in Portugal.' Für sie kamen wir, die wir in Portugal leben, aus der Scheiße. Ja, wirklich. Sie, die hier besser leben als in Portugal, mit Auto und Kühlschrank, sagen: 'Wer uns ausbeuten will, das ist die portugiesische Regierung mit ihren Steuern. Die will uns unser Geld wegnehmen.' Ich glaube, weil die Emigranten hier sowohl isoliert als auch nicht anerkannt, sondern diffamiert sind, fühlen sie sich — mit Auto und Kühlschrank — den Portugiesen in Portugal überlegen. Ihre Diskriminierung hier geben sie, wenn sie im Urlaub nach Portugal fahren, dort weiter. Ich glaube, Deutsche können mit ihnen hier besser zusammenarbeiten als wir.

Spenden auf das Konto 1553 301 - 300, Bank für Gemeinwirtschaft, Frankfurt am Main, Kennwort: Portugal, COMUNA

GEFANGENENBEWEGUNG IN SPANIEN

MADRID 15. Juni — Wir haben letzte Woche im ID 181 über die Copel, die Organisation der spanischen „normalen" Gefangenen, der „comunes" berichtet. Mittlerweile hat sich in fast allen spanischen Knästen, in Carabanchel, Ocana, Burgos, Puerta de Santamaria, Zamora usw. eine Bewegung der comunes entwickelt, deren Ausgangspunkt die Copel ist und die wohl zum erstenmal überhaupt die Unterstützung und aktive Solidarität von seiten der „politischen" Gefangenen erfährt.

Der Aufstand der comunes im letzten Jahr und damit verbunden die Entstehung der Copel wurde ausglöst durch die Amnestieversprechungen, die den politischen zugestanden wurden, während die comunes weiterhin ihre auf einer faschistischen Gesetzgebung beruhenden Strafen absitzen sollten. Die Politischen waren damals weit davon entfernt sich solidarisch zu verhalten.

Die Repression, die damals erfolgte, vor allem auch die Verschleppung der Copel—Leute und damit die Verbreitung dessen, was in Carabanchel geschehen war, ist wohl mit ein Grund dafür, daß sich die Bewegung im Moment wie ein Lauffeuer verbreitet.

Am Mittag des 6. Juni traten alle Gefangenen der Copel in Carabanchel in den unbefristeten Hungerstreik. Sie solidarisierten sich mit anderen Knästen, wo bereits zuvor Proteste gegen die Diskriminierung der Copels laut geworden waren. Copel bedeutet Widerstand. Viele Gefangene in den Knästen tragen Copel—Plaketten, um diese Bereitschaft zum Widerstand zu demonstrieren.

Die Gefängnisleitung von Carabanchel verfügt nun, daß alle Gefangenen, die Plaketten tragen, von der Besuchsmöglichkeit ausgeschlossen werden. Sie verschärft die Besuchsmöglichkeiten für alle Gefangenen, indem sie immer nur 2–4 Gefangene auf einmal in den Besucherraum reinläßt. Dies bedeutet, daß die gefangenen und ihre Verwandten stundenlang warten müssen.

In Carabanchel gibt es 40 Copel—Leute. Sie befinden sich alle in einer Galerie, der Rotonda. Sie sind von den restlichen Gefangenen isoliert, sie können nicht an Knasterleichterungen teilhaben, wie Hofgang oder der Möglichkeit, im Knastladen einzukaufen.

Die 40 in Carabanchel bleiben nicht allein, 130 andere comunes treten mit in den Hungerstreik, Granada, Barcelona, Pamplona und Teneriffa schliessen sich an. Am 10. Juni sind in Spanien 700 Gefangene, zumeist comunes, im Hungerstreik oder im Arbeitsstreik. Selbstverstümmelungen und Selbst—mordversuche häufen sich.

Verzweifelt ist die Situation der 6 Gefangenen in Ocana, die vor 3 Wochen in den Hungerstreik traten. Sie haben Nierenschmerzen und Atembeschwerden. Sie können weder stehen noch schlafen, da zuviel Aceton in ihrem Blut ist. Der Aufenthalt dieser Untersuchungshäftlinge in Ocana ist illegal, da Ocana Strafvollzugsanstalt ist. Sie verlangen in das Gefängniskrankenhaus nach Madrid gebracht zu werden, was man ihnen bis heute verwehrt hat. Die Gefangenen lehnen Serumstransfusionen ab.

Die comunes fordern die Amnestie, sie fordern eine menschlichere Behandlung in den Knästen, die Abschaffung der Spezialgesetze, z. B. des Gesetzes der sozialen Gefährlichkeit, unter das Homosexuelle und Ehebrecherinnen u.a. fallen. Sie fordern eine Revidierung des Zivil— und Strafrechts allgemein.

Die Copel solidarisierte sich vor ein paar Tagen mit Euzkadi, (dem Baskenland), seinem Kampf für Amnestie, für den Sozialismus. Sie stellt sich auf die Seite aller antifaschistischen Organisationen, die für eine Gesellschaft ohne Klassen, ohne Unterdrücker und Unterdrückte kämpfen. Sie sieht sich im Zusammenhang mit allen Gefolterten und Eingesperrten für die Freiheit.

CHILE SOLIDARITÄTSTAG

FRANKFURT 24. Juni — Das Chile–Komitee Frankfurt lädt zu einem Solidaritätstag zur Unterstützung des chilenischen Widerstands ein. Anlaß ist der Tancazo, der erste gescheiterte Putschversuch und seine Konsequenzen. Dieser Solidartätstag findet am Samstag, den 2. Juli, ab 10 Uhr auf der Quäkerwiese (Gallusviertel) statt. Auf dem Programm stehen Sport, Spiel, chilenisches Essen, Flohmarkt, Bauern— und Arbeiter–Lieder, Dias, Filme, Informationsstände und Ausstellungen.

WIE DIE USA FÜR ARGENTINIENS GORILLAS ARBEITET

WASHINGTON
19. Juni

Vom „Clergy and laity concerned", einer jüdisch-christlichen Friedensorganisation in den USA, erhielten wir im Anschluß an den offenen Brief des argentinischen Schriftstellers Rodolfo Walsh (ID 179) weitere Informationen über Argentinien:

Momentan bietet sich Argentinien geradezu an für Auslandsinvestitionen. So heißt es in einer Erklärung der Junta: „Der Staat (Argentinien) bietet der Initiative privater nationaler und ausländischer Kapitale die notwendigen Bedingungen zur Teilnahme am Prozeß der Ausbeutung der nationalen Reichtümer." An dieser Ausbeutung machen viele private Firmen wie Siemens (Bau eines KKW's), Mercedes und viele andere kräftig mit. Noch viel wichtiger sind jedoch für Wirtschaftsminister Martinez de Hoz die Kredite und Anleihen der verschiedenen Banken. Einige Daten: Allein im August 76 erhielt Argentinien von IMF und IDB 383,4 Millionen Dollar für ein Energieprogramm. 20 verschiedene westdeutsche Banken zahlten während der Zeit zwischen März und Dezember 76,90 Millionen Dollar, insgesamt kamen in dieser Zeit 709 Mill. Dollar von europäischen Banken, 500 Mill. Dollar von US-Banken, 7350 von internationalen Banken. Am 24. März diesen Jahres gab die World-Bank einen Kredit von 390 Mill. Dollar an Argentinien, die IDB einen 230 Mill. Kredit.

Trotz der außergewöhnlichen Besorgnis Carters um die Menschenrechte, die in Argentinien ständig schwer verletzt werden, hat die US-Regierung großes Interesse an Investments in Argentinien. So steht im „Overseas Business Report" (Mai 77) des State Departements (sinngemäß): Argentinien hat eine neue Regierung. Wir können uns also in der Zukunft mehr auf Argentinien konzentrieren, und neue wirtschaftliche Leitlinien für die Zukunft finden. Die jetztige wirtschaftliche Situation in Argentinien bietet sehr gute Gelegenheiten für marketing in diesem Land.

Neben den Milliarden Dollar Wirtschaftshilfe für Argentinien ist Militärhilfe besonders wichtig: 15 Mill. Dollar für den Kauf von Waffen im Ausland sind für das Steuerjahr 78 geplant, und 700 000 Doll. für das Training von 186 argentinischen Militärs werden von der US-Regierung zur Verfügung gestellt. In diesem Jahr werden 157 argentinische Offiziere ausgebildet: die am meisten belegten Kurse, die meist in der Panama-Kanalzone durchgeführt worden sind, sind Counter-insurgency-operations (Technik des Handels im Falle eines Aufstandes, 11 Kurse), Urban-counter-insurgency-operations (8 Kurse), Military Intelligence (7) und Interrogation (fast gleichbedeutend mit Folter, 6 Kurse).

In Argentinien arbeiten gegenwärtig 20 amerikanische und 9 argentinische Militärberater, die für Waffenkäufe und das Traingsprogramm mitverantwortlich sind. Das alles geschieht, obwohl der Kongreß in den USA die Stationierung von Militärberatern in Übersee verboten hat.

Daneben bekommt die argentinische Polizei direkt Geld von der US-Regierung durch das sogenannte Drug Enforcement Programm, durch das der Drogenhandel in Lateinamerika gestoppt werden soll. Hunderte von Polizisten werden durch dieses Programm ausgebildet. Dazu die Stellungnahme des früheren Innenministers Lopez Rega: „Wir hoffen, den Drogenhandel in Argentinien auszurotten. Wir haben Guerillas nach Angriffen gefangen, die eine Menge Drogen bei sich hatten. Daher ist die Anti-Drogen-Kampagne automatisch eine Anti-Guerilla-Kampagne. Regas Nachfolger, Cesar Guzetti, stimmt mit ihm in diesem Punkt voll überein.

Ein weiterer repressiver Schritt in Argentinien ist die zunehmende Verbesserung des Informationssystems der Polizei. Am 2. Januar dieses Jahres gab der Chef der Bundespolizei in Buenos Aires bekannt, daß die Polizei ein DIGICOM-Computer-System erhalten hat. DIGICOM wird von der E-Systems-Company in Garland, Texas, hergestellt und ist eines der besten Computersysteme der Welt.

Im nächsten Jahr soll in Buenos Aires ein Interpol-Büro eingerichtet werden. Genauso wie Kolumbien, Peru und Ecuador ist Argentinien dann eng mit dem Interpol-Hauptquartier in Paris verbunden.

Die gute Zusammenarbeit der Polizei in Lateinamerika bekommen besonders die politischen Flüchtlinge in Argentinien aus Chile und Uruguay zu spüren. Einige von ihnen sind in Argentinien von der uruguayischen Polizei „verhaftet", also entführt, gefoltert und auch getötet worden.

WIE GEORGE JACKSON WIRKLICH STARB – UND WIE DER PROZESS GEGEN DIE SAN QUENTIN SIX WEITERGING

FRANKFURT
2. Juni

Im Prozeß gegen sechs Knastaktivisten, unter dem Namen San Quentin Six bekannt, ergibt sich ein klareres Bild der Geschehnisse im Zuchthaus von San Quentin am 21. August 1971. Drei Gefangene, darunter der schwarze Militant George Jackson, und drei Wärter kamen an diesem Tag ums Leben. Noch immer beharrt der Staat darauf, ein Fluchtversuch habe stattgefunden. Die Gefangenen und alle, die sie unterstützen, sagen dagegen, hier habe eine Mordverschwörung von staatlichen Beamten gegen politische Aktivisten im Knast vorgelegen.

Der Prozeß begann im Mai 1975. Mord, Verschwörung und Widerstand lauten die Anklagepunkte gegen die Sechs. Anfang Januar 1976 nahm Hugo Pinell, einer der Angeklagten, der als sein eigener Anwalt auftritt, seine Verteidigung in die Hand. Einen Monat lang sagten Zeugen der Verteidigung aus und schilderten die ständige Bedrohung, unter der die Gefangenen zu leben hatten, und die unmenschlichen Zustände im Knast. Dann schritt Pinell selber in den Zeugenstand und beschrieb, was er gesehen, was George Jackson am 21. August 1971 zugestoßen war.

Pinell erklärte, Jackson habe ihn an jenem Tag gewarnt, auf der Hut zu sein und Ärger aus dem Weg zu gehen: „Diese dummen Schweine haben etwas vor", habe Jackson ihm gesagt. Als Jackson nach einem Besuch seines Anwalts, Steve Bingham, in den Bereich gebracht wurde, in dem Gefangene gefilzt werden, sagte Pinell, habe er, einen Handspiegel aus seinem Zellengitter haltend gesehen, wie sich Jackson dran machte, sich zum Filzen nackt auszuziehen.

Pinell gab zu Protokoll, daß in diesem Augenblick der Wärter Paul Kresenes eine Kanone zog und sie direkt auf Jackson richtete, der zurücktrat und die Hände hob. Knarren sind im Gefängnis nicht erlaubt, außer auf der Außenmauer und in den Wachtürmen. Daher mußte Jackson klar sein, daß die Kanone Teil eines Plans war, ihn umzubringen.

Der Wärter Urbano Rubdico ging dann auf Jackson zu. Dieser trat plötzlich Rubdico vor die Brust und schlug gleichzeitig mit einem Karateschlag Kresenes die Waffe aus der Hand. Jackson war ein großer, kräftiger Mann, der regelmäßig Gymnastik trieb und Karateübungen machte. Als nächstes befahl Jackson Rubdico, die anderen Gefangenen in der Station aus den Zellen zu lassen. Pinell nahm Bettlaken zuhilfe, die beiden Wärter und andere, die dann auftauchten, zu fesseln.

Pinell sagte aus, er sei zur offenen Tür gerannt, als er einen Schuß hörte. Er sah dann Jackson draußen auf dem Rücken

liegen. Mühsam habe sich Jackson umgedreht und zu kriechen versucht, aber er war schon zu schwer verletzt. Pinell sagte aus, er habe zu Jackson laufen wollen, aber ein anderer Gefangener habe ihn zurückgehalten und gesagt, es sei Selbstmord, aus der Zelle zu gehen. Einige Augenblicke darauf, fuhr Pinell fort, habe er mehrere Schüsse draußen fallen hören.

Nachdem Jackson erschossen worden sei, sagte Pinell, wären Gefangene stundenlang auf brutale Weise von Gefängniswärtern geprügelt worden. Alan Mancino, ein Gefangener, der schon Handschellen trug, sei angeschossen und verletzt worden.

Eine frühere Zeugenaussage im Prozeß, die vom Gefangenen Ruchell Magee, hatte Pinells Beschreibung der Vorfälle, die zu Jacksons Tod geführt hatten, vollends bestätigt. Obwohl Pinell und der Rest der Sechs verschiedene Verteidigungsstrategien haben, unterstützen die fünf anderen Angeklagten Pinells Zeugenaussage. Pinell bleibt in seiner Verteidigung, die sich von den anderen unterscheidet, bei der Behauptung, Jacksons Anwalt, Steve Bingham (der nach dem 21. August 1971 untergetaucht war, d.Übers.), habe eine Rolle bei der Verschwörung staatlicher Organe, Jackson zu ermorden, gespielt. (aus: LNS, New York, 21.2.1976)

Jahrelang hatten Sympathisanten des schwarzen Revolutionärs George Jackson behauptet, sein Tod 1971 sei Resultat einer Polizeiverschwörung mit dem Ziel, diesen populären Kopf der Knastbewegung zu ermorden. Am 10. April 1976 belegte ein frührerer Geheimagent des Polizeidepartements von Los Angeles, Louis Tachwood, diese Vermutung. Im Gerichtssaal sagte er aus, als Geheimagent habe er zwei Jahre lang bei der Polizeiverschwörung mitgewirkt, Jackson umzubringen. Nach zehn Prozeßmonaten in San Rafael, Kalifornien, fragte Charles Garry, der einen der San Quentin Six verteidigt, Tackwood, der im Zeugenstuhl saß:,,Können Sie dem Gericht und den Geschworenen sagen, worin Ihr zuletzt in Nordkalifornien durchgeführter Auftrag bestanden hatte?"
Tackwood antwortete:,, In der Ermordung von George Jackson."

Prompt unterbrach Staatsanwalt Jerry Herman Tackwoods Zeugenaussage. Daraufhin erging ein Beschluß von Richter Broderick, Tackwoods Aussagen im Beisein der Jury auf jene Passagen zu beschränken, die er aus erster Hand hatte oder an denen er persönlich beteiligt war. Aber nachdem die Geschworenen den Saal verlassen hatten, zeichnete Tackwood ein genaues Bild der Mordverschwörung in seinen Aussagen.

Tackwood berichtete dem Gericht, er sei acht Jahre lang bezahlter Informant der Polizei von Los Angeles, Abteilung Kriminelle Vereinigung (CCS), sowie des kalifornischen Bundesanwalts, Abteilung Ermittlungen und Identifizierung (CI &I) gewesen. Nach Tackwood wurde der Plan, Jackson zu ermorden, 1969 gefaßt. Danach sei er von seinen Vorgesetzten beauftragt worden, eine vorgetäuschte Befreiung organisieren zu helfen, bei der Jackson und die Leute, die ihm halfen, ermordet werden sollten. Als Beitrag zu diesem ‚Fluchtplan', sagte Tackwood, hätten er und zwei Polizeibeamte aus Los Angeles, Robert Sharrett und Dan Mahoney, Anfang August 1971, drei Wochen vor Jacksons Tod, einen 38er Revolver einem Wärter von San Quentin übergeben.

Die Polizei hoffte, Jackson könne, indem man ihn mit einer hereingeschmuggelten Kanone, Geld und Hilfe von einem Polizeiagenten (was er nicht wissen konnte) überzeugt werden, ihm würde Hilfe bei einem Fluchtversuch gewährt. Der Fluchtversuch sollte am 23. August 1971 stattfinden, einem Tag, an dem Jackson zu einem Prozeßtermin gebracht wurde, der hohe Publizität hatte. Der Transport sollte nach San Franzisco gehen. Wenn Jackson dann versuchen sollte zu fliehen, sagte Tackwood, sollte eine speziell angeheuerte ‚Einsatzgruppe' ihn erschießen.

Am 22. August aber, sagte Tackwood, hätten ihn Vorgesetzte im Polizeidepartment von Los Angeles informiert, die Ermittlungs- und Erkennungsdienstbehörde der Staatsanwaltschaft sei ihnen zuvorgekommen und hätte eine 9-mm-Pistole in das Zuchthaus bringen lassen und nun ihren eigenen Mordplan durchgeführt. Tackwood sagte, für seine Beihilfe sei er dennoch bezahlt worden. Seine Vorgesetzten hätten gesagt, er habe seine Aufgabe zu ihrer vollsten Zufriedenheit erfüllt.

Später schrieb Tackwood ein Buch über sein Leben als Geheimagent, The Glass House Tapes, in dem er die sensationelle Enthüllung machte, das Polizeidepartment von Los Angeles habe geplant, beim Konvent der Republikanischen Partei 1972 Bomben zu legen, um einen Vorwand zu haben, Linksradikale zu verhaften. Dieser ,,LAPD-Plan", so Tackwood, sei erst aufgegeben worden, als der Konvent von San Diego noch Miami verlegt wurde.
(aus: LNS, New York, 21.April1976)

Nach einem 16 Monate dauernden Prozeß in einem Gerichtssaal mit größten Sicherheitsvorkehrungen wurden drei der Angeklagten im Prozeß gegen die San Quentin Six von allen Anklagepunkten freigesprochen, einer wurde wegen Mord und Verschwörung, zwei wegen tätlicher Angriffe verurteilt.

Louis Telamatez, Willie Tate und Fleeta Drumgo: Freispruch. Hugo Pinell: zwei tätliche Angriffe gegen Beamte. Strafmaß: von 9 Jahren bis – lebenslanger Freiheitsstrafe. Pinell, schon 11 Jahre im Knast, ist schon zu drei mal lebenslang verurteilt ... Johnny Larry Spain, Mitglied der Black Panther: Verurteilung wegen Mordes an Beamten in zwei Fällen und Verabredung zur Flucht mit George Jackson. Zur Zeit sitzt Spain eine lebenslange Strafe ab. David Johnson: Verurteilung wegen tätlichen Angriffs: Strafmaß von drei Jahren bis lebenslang. Diese kämen zu einer Strafe hinzu, die zwischen 6 Monaten und - 15 Jahren lautet, wegen Einbrüchen. George Jackson: ermordet am 21. August 1971.

Die Jury, sieben Frauen, fünf Männer, bis auf eine Person – im Gegensatz zu den Angeklagten – alle weiß, brauchte 24 Tage, zu einer Entscheidung zu kommen. Von der Zeugenaussage des ehemaligen Polizeiagenten Tackwood, der die Mordverschwörung gegen Jackson im Gerichtssaal enthüllte, waren sie vom Richter ausgeschlossen worden ....

Von unabhängigen Sachverständigen vorgenommene Autopsie von Jacksons Leiche hatten ergeben, daß er in den Rücken geschossen und dann, auf dem Boden liegend in den Schädel geschossen wurde. Die Anträge wegen Befangenheit gegen den Vorsitzenden Richter, H. Broderick, waren alle abgelehnt worden.

Ein anderer Angeklagter, der Anwalt Steve Bingham, der nach der Version der Anklagebehörde die Waffe zu George Jackson ‚geschmuggelt' haben soll, war nach den Vorfällen im August 1971 verschwunden. In einem Interview, 1973, in Kanada, sagte er, die offizielle staatliche Version der Vorfälle sei nur ,,eine Vernebelung der Tatsache, daß George Jackson vorsätzlich ermordet worden" sei.

Drumgo und Talamentez kommen bald für eine Freilassung auf Bewährung in Betracht. Tate, von allen Anklagepunkten freigesprochen, war gegen Kaution auf freien Fuß gesetzt worden. Die Urteilsverkündung gegen Pinell, Spain und Johnson, in der das Strafmaß festgesetzt wird, wird am 3o. September 1976 stattfinden. Vorsitzender Richter: H. Broderick. Die Anwälte der drei werden in die Revision gehen.
(aus: LNS, New York, 14.August 1976,)

Bücher von George Jackson: Soledad Brother (In die Herzen ein Feuer), Scherz Verlag; Blood in my eyes (amerik.); Comrade George, Manifest Flugschrift, Hamburg (vergriffen). vgl. auch Amerikkka, Verlag Roter Stern, Frankfurt.
Weitere Informationen: San Quentin Six Defense Committee→



manche räume des günsbacher hauses
blieben nach dem tod des urwalddoktors
unverändert : noch heute hängen
an der schlafzimmertür des doktors
mantel, hut und stock, als würden sie
in kürze für einen abendlichen gang
zur kirche oder
in die nahen wälder
gebraucht

foto : willy pragher

istoph Buch/Schriftsteller –
obert A. Dickler/Hochschul-
Prof. D. Helmut Gollwitzer/
– Otto Jägersberg/Schrift-
r. Heinar Kipphardt/Schrift-
. Jürgen Roth/ Schriftsteller
/olker Schlöndorf/Regisseur
Vagenbach/Verleger –

darmstadt	jeder darf nur einen pol.gefangenen besuchen	-13-
münchen	anmerkungen zum Piroch-prozess	-13-
bild von der abgerissenen Feuerwache in Berlin-Kreuzberg		-14-

UNI / SCHULE

kaiserslautern	AStA wegen BUBACK-nachdruck durchsucht	-15-
kiel	heisser sommer an der Förde?	-15-
frankfurt	Abendgymnasium: noten gesenkt und mündl.prüfungen angeordnet	-16-
marburg	sponti-kongress in Marburg	-16-
westberlin	treffen autonomer frauengruppen	-17-

VERSCHIEDENES/KINDER/JUGENDLICHE

bonn	lebendiger staat: "die zukunft GEMEINSAM gestalten"	-17-
frankfurt	neue initiativen zum RUSSEL-tribunal	-18-
hamburg	soldatengruppentreffen in Hamburg	-18-
frankfurt	jugendliche "WOHNEN" in der fachhochschule	-18-
darmstadt	kinderbauhof soll "GESTRICHEN" werden	-19-
nürnberg	Kollektiv *Schutt – scheisse– Scherben* räumte ein haus auf	-19-
frankfurt	FASCHISTENAUFMARSCH in Frankfurt	-20-
telegramm der deutschen Nationalmannschaft an den AStA Göttingen		-21-

INTERNATIONALES

neapel	FREIE radios in Neapel	-21-
ankara	die Türkei nach den Wahlen	-22-
vargön	zusammenarbeit zwischen deutscher und schwedischer polizei	-23-
paris	bauern WEHREN sich gegen ein A KW der EDF	-23-
heidelberg	A KWs in der DDR und auch OST–WO	-24-
hamburg	BRD–export nach Argentinien: KKWs!	-25-
frankfurt	COMUNA DE LISBOA – spielen gegen die angst, für die Revolution	-26-
madrid	gefangenenbewegung in Spanien	-28-
frankfurt	Chile–solidaritätstag	-28-
washington	wie die USA für Argentiniens GORILLAS arbeitet	-29-
frankfurt	wie George Jackson wirklich starb	-29-

8000 münchen
basis buchladen
adalbertstr. 41b
tel.0811/2809522

schweiz:
eco libro
8004 zürich
engelstr. 62
tel.01/391267

druck: druckladen
hamburger allee 45
6000 frankfurt 90
tel. 0611/70 57 72

bilderdienst im id
postfach 90 03 43
6000 frankfurt 90

einzelverkaufspreis
1,50 dm incl 5,5% mwst

abonnement gegen vorauskasse von 1.50 dm je heft. mindestbetrag 18 dm für 12 hefte (vierteljahr) auf **postscheckkonto 52 52 28 – 602 postscheckamt frankfurt** (blz 500 100 60) bitte **stichwörter** angeben: „neuabo" , „verlängerung" „adresswechsel;" außerdem die genaue adresse. noch besser: die abonummer.